

95. Sitzung

Freitag, den 14. November 2003

Erfurt, Plenarsaal

**Vierter Bericht der Landes-
regierung zu Extremismus
und Radikalismus im Frei-
staat Thüringen** **8289**

Nach dem durch den Ministerpräsidenten Althaus abgegebenen Bericht findet eine Aussprache zu dem Bericht statt.

**Auswirkungen der geplanten
Arbeitsmarktreformen auf
Thüringen** **8328**

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3733 -
dazu: Entschließungsantrag der
Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3764 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Reinholz einen Sofortbericht zu dem Antrag in Drucksache 3/3733.

Auf Verlangen der Fraktion der PDS findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache über den Bericht der Landesregierung statt.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Der Entschließungsantrag in Drucksache 3/3764 wird in namentlicher Abstimmung bei 72 abgegebenen Stimmen mit 13 Jastimmen und 59 Neinstimmen abgelehnt (Anlage).

**Bevorstehende Versteigerung
von Objekten des Thüringenforstes** **8340**

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3734 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller und nach Aussprache wird der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Umfang, Intensität und Finanzierung von Forschung und Technologieentwicklung 2004

8346

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3735 -

Nach Begründung und Aussprache wird eine beantragte Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Arenhövel, Bergemann, Böck, Bonitz, Braasch, Carius, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Heym, Jaschke, Köckert, Kölbl, Dr. Kraushaar, Krauß, Kretschmer, Lehmann, Lieberknecht, Michel, Mohring, Panse, Dr. Pietzsch, Pöhler, Primas, Schröter, Schugens, Schuster, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Sonntag, Stauch, Tasch, Vopel, Wackernagel, Wehner, Wetzell, B. Wolf, Wunderlich, Dr. Zeh, Zitzmann

Fraktion der PDS:

Buse, Dittes, Dr. Fischer, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Huster, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Dr. Koch, Kummer, Lemke, Ramelow, Sojka, Thierbach, Dr. Wildauer, K. Wolf

Fraktion der SPD:

Bechthum, Becker, Doht, Döring, Ellenberger, Gentzel, Höhn, Dr. Klaus, Künast, Lippmann, Dr. Müller, Pelke, Dr. Pidde, Pohl, Schemmel, Dr. Schuchardt, Seidel

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Kaiser, Dr. Krapp, Reinholz, Prof. Dr. Schipanski, Dr. Sklenar, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	8289, 8297, 8300, 8301, 8302, 8306, 8327, 8348, 8349, 8352, 8353, 8354
Vizepräsidentin Ellenberger	8328, 8330, 8334, 8336, 8338, 8339, 8340, 8341, 8342, 8343, 8344, 8345, 8346, 8347
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	8311, 8313, 8315, 8316, 8323, 8325, 8326, 8328
Althaus (CDU)	8325, 8326
Bechthum (SPD)	8315
Dittes (PDS)	8311
Gentzel (SPD)	8346, 8353
Gerstenberger (PDS)	8330, 8338, 8339
Groß (CDU)	8313
Dr. Hahnemann (PDS)	8297, 8300, 8302, 8327
Dr. Kaschuba (PDS)	8349, 8352, 8353
Dr. Klaubert (PDS)	8347, 8348, 8354
Dr. Klaus (SPD)	8340
Kretschmer (CDU)	8348
Kummer (PDS)	8330, 8339, 8342, 8343, 8344, 8345, 8346
Dr. Müller (SPD)	8336
Pelke (SPD)	8302, 8306, 8326
Dr. Pietzsch (CDU)	8300, 8301, 8302, 8306
Ramelow (PDS)	8323, 8325, 8326
Dr. Schuchardt (SPD)	8347, 8348, 8352
Schugens (CDU)	8352
Sonntag (CDU)	8328
Vopel (CDU)	8306, 8334, 8339
Wunderlich (CDU)	8341, 8344, 8345, 8346
Althaus, Ministerpräsident	8289, 8316
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt	8340, 8345
Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	8328, 8353, 8354

Die Sitzung wird um 9.02 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung, verehrte Besucher auf unserer Besuchertribüne, ich darf Sie herzlich zur heutigen 95. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am 14. November 2003 begrüßen, die ich hiermit eröffne. Als Schriftführer haben neben mir Frau Abgeordnete Zitzmann und Herr Abgeordneter Seidel Platz genommen. Frau Abgeordnete Zitzmann wird die Rednerliste führen.

Es haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Minister Trautvetter, Herr Minister Dr. Krapp, Herr Abgeordneter Dr. Botz, Herr Abgeordneter Illing, Herr Abgeordneter von der Krone, Frau Abgeordnete Nitzpon, Herr Abgeordneter Nothnagel, Frau Abgeordnete Sedlacik, Frau Abgeordnete Dr. Stangner, Herr Abgeordneter Dr. Vogel und Frau Abgeordnete Zimmer.

Jetzt komme ich unmittelbar zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 1**, den wir uns ja für den heutigen Morgen vorbehalten haben

Vierter Bericht der Landesregierung zu Extremismus und Radikalismus im Freistaat Thüringen

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dieter Althaus, uns den Bericht zu geben.

Althaus, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Thüringer Landesverfassung, die vor wenigen Wochen zehn Jahre alt geworden ist, nennt die Fundamente, auf denen wir die Zukunft unseres Landes aufbauen: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat. Ich habe vor wenigen Tagen auf der Wartburg deutlich gemacht, dass wir eine gute Verfassung haben. Ich habe auch deutlich gemacht, dass das Land in einer guten Verfassung ist. Ich denke, wir alle sollten daran arbeiten, dass sich diese gute Verfassung weiter stabilisiert und dass wir diesem Land eine gute Zukunft geben.

Der Anschlag auf die Erfurter Synagoge im April 2000, der den Anstoß für die jährlichen Berichte zu "Radikalismus und Extremismus im Freistaat" gab, und weitere antisemitische oder ausländerfeindliche Straftaten in Thüringen und Deutschland machen aber deutlich: Die freiheitliche Demokratie und die sie tragenden Normen sind keine Selbstverständlichkeit. Demokratie ist verletzlich. Sie auf Dauer zu bewahren, heißt auch, totalitären Ideologien und jeglicher Form von Extremismus entschlossen zu begegnen und vorzubeugen. Der jährliche Bericht

zu "Radikalismus und Extremismus" zieht eine Bilanz der Entwicklung und Bekämpfung extremistischer Straftaten und Aktivitäten in Thüringen. Doch geht der Bericht darüber hinaus: Denn ebenso wie in den vergangenen drei Jahren hat die Landesregierung die Friedrich-Schiller-Universität Jena mit einer Studie beauftragt, die nach der Einstellung der Menschen zur Demokratie und ihren Werten fragt. Die Studie wird heute Nachmittag von den Autoren der Öffentlichkeit erläutert. Noch mehr als in den vergangenen Jahren geben die Ergebnisse Anlass zum Nachdenken, aber auch zum Handeln.

Die bisherigen Untersuchungen haben einerseits zu dem erfreulichen Resultat geführt, dass in Thüringen ein festes Fundament demokratischer Einstellungen besteht. Andererseits waren im letzten Jahr, ich zitiere, "feine Risse" im demokratischen Fundament feststellbar geworden.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, dieses Ergebnis haben wir sehr ernst genommen, weil wir es nicht zulassen können, dass sich Tendenzen, die die Stabilität unserer Demokratie beeinträchtigen könnten, verfestigen. Deshalb lautete der Auftrag für die diesjährige Studie vor allem, den Belastungsfaktoren für die freiheitlich-demokratische Ordnung nachzugehen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Extremismus bekämpfen bedeutet, die demokratische Verfassungsordnung frühzeitig vor jeder Auslöschung zu schützen. Um es mit Theodor Heuss, dem großen Liberalen, unserem ersten Bundespräsidenten, zu sagen: "Keine Freiheit den Feinden der Freiheit!" Das bleibt unser Auftrag.

(Beifall bei der CDU)

Es spricht für die Wirksamkeit unserer Maßnahmen zur Extremismusbekämpfung, dass sich die Zahl politisch motivierter Straftaten, wie bereits 2002, in den ersten neun Monaten dieses Jahres erneut verringert hat. Insgesamt sind es rund 10 Prozent weniger Delikte als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig stieg die Aufklärungsquote. Diese erfreuliche Gesamttendenz ist in erster Linie auf den Rückgang von Straftaten aus dem rechtsextremistischen Umfeld zurückzuführen. Die politisch motivierten Straftaten von Linksextremisten sind auf geringem Niveau leicht gestiegen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden 22 Gewalttaten von rechtsextremen Tätern verübt, im Jahr 2002 waren es noch 30. Die fremdenfeindlichen Straftaten sanken von 55 auf 47. Leider erhöhte sich die Anzahl der antisemitischen Delikte von 28 auf 32.

Es ist deshalb eine gute Nachricht, dass extremistische Organisationen von Ausländern in Thüringen nach wie vor schwach vertreten sind, denn die allgemeine, weltweite Bedrohungslage durch militante Islamisten ist weiterhin vorhanden. Die Bombenanschläge von Djerba und

Bali haben das verdeutlicht. Das heißt, Grund zur Entwarnung besteht insgesamt nicht. Zwar haben die Waffen- und Sprengstofffunde bei Rechtsextremisten in München offenbar ebenso wenig Verbindungslinien nach Thüringen wie die Brandanschläge von Linksextremisten auf Polizeieinrichtungen in Magdeburg, dennoch lässt sich anhand dieser Fälle ermessen, welches Gefahrenpotenzial von extremistischen Gruppen weiterhin ausgehen kann.

Auch in Thüringen hat es leider Beispiele extremer Gewalt der rechtsextremen Szene gegeben. Am 30. Januar 2003, dem 70. Jahrestag der so genannten Machtergreifung, haben neun Tatverdächtige versucht, das Asylbewerberheim in Greiz mit Benzinflaschen in Brand zu setzen; Gott sei Dank ohne Erfolg! Ein Mensch hat dabei allerdings leichte Verletzungen erlitten. Inzwischen ist es bereits zu Verurteilungen gekommen. Ich danke der Justiz und der Polizei für das zügige Handeln.

(Beifall bei der CDU)

Eine ausgeprägte Gewaltbereitschaft ist weiterhin auch im linksextremen Spektrum vorhanden. So hat das Netzwerk "Autonome Thüringer Antifa-Gruppen" (ATAG) über seine Homepage zur Teilnahme am so genannten "Revolutionären 1. Mai" in Berlin aufgefordert. Dort wurden 175 Polizeibeamte verletzt und es entstand enormer Sachschaden.

Auch die jüngst gemeldeten Übergriffe auf ausländische Studenten in Weimar möchte ich nennen. Verabscheuungswürdige Taten, die dem guten, weltoffenen Ruf Thüringens und Weimars Schaden zufügen. Polizei und Justiz werden mit aller Konsequenz handeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch oder besser gesagt vor dem Hintergrund dieser Taten werden wir unsere Anstrengungen zur Bekämpfung des politischen Extremismus fortsetzen, denn die innere Sicherheit bleibt ein Schwerpunkt der Thüringer Landespolitik. Trotz dramatischer Haushaltslage hat es hier keine Abstriche gegeben, und es wird auch keine Abstriche geben.

Eine zentrale Rolle bei der Extremismusbekämpfung hat nach wie vor das Landesamt für Verfassungsschutz. Es leistet eine unentbehrliche Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Wesentlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die zügige Bestrafung von extremistisch motivierten Tätern. Sie hat Wirkung gezeigt: Die Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften und die beschleunigten Verfahren haben sich hervorragend bewährt.

Dank gilt insbesondere der Thüringer Polizei. Ohne ihr entschlossenes Eingreifen wäre die Zahl der politisch motivierten Straftaten in den vergangenen beiden Jahren gewiss nicht in diesem Umfang zurückgegangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der hohe Verfolgungsdruck auf extremistisch motivierte Tätergruppen muss aufrecht erhalten werden.

(Beifall bei der CDU)

Das Paket "Innere Sicherheit" trägt dazu wesentlich bei. Seine vollständige Umsetzung steht im Übrigen kurz bevor: Von den 127 Stellen für die Polizei, den Brand- und Katastrophenschutz sowie den Verfassungsschutz sind nur noch 16 zu besetzen. Dafür suchen wir Spezialisten, die, wie jeder weiß, schwierig zu bekommen sind. Und, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mit der Änderung des Polizeiaufgabengesetzes ist die Polizei noch besser in der Lage, wirksam gegen Kriminalität vorzugehen und präventiv tätig zu werden. Dazu gehört auch die gestern hier diskutierte Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten und die Verhängung von Platzverweisen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Wie das endete, das haben wir ja gesehen.)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Dittes, sei ruhig!)

Alle Maßnahmen sind selbstverständlich rechtsstaatlichen Grundsätzen unterworfen und daran werden wir uns halten.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Hoffentlich in Zukunft immer.)

Im Übrigen gibt es bereits Videoüberwachungen in zahlreichen kleinen und größeren deutschen Städten,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Ja, das wissen wir doch.)

ich nenne Kassel, Dresden, Leipzig, Bernau, Limburg, Potsdam, Frankfurt am Main und es wären weitere zu nennen. Überall zeigt sich, dass die Straftaten in den überwachten Bereichen erheblich zurückgehen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Und in den unüberwachten Bereichen?)

Es ist für unsere Politik wesentlich: Den Feinden der Demokratie dürfen wir keinen Raum geben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, aber auch mit Rücksicht auf die Opfer der deutschen Diktaturen, sind Demonstrationen extremistischer Gruppierungen an symbolträchtigen Orten oder zu symbolträchtigen Daten ein Unding, das es zu verhindern gilt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bleiben wir dabei, dass das Versammlungsrecht in diesem Punkt präzisiert werden muss. Thüringen hat, wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Mehrheit der Länder, wiederholt Vorschläge zu einer entsprechenden Gesetzesänderung unterbreitet. Der Bund, der für das Versammlungsrecht zuständig ist, steht nun in der Verantwortung, dass es endlich zu einer substanziellen, rechtsstaatlich vertretbaren Änderung kommt. Angekündigt ist der Gesetzentwurf seit Juni letzten Jahres.

Politischer Extremismus muss mit allen zu Gebote stehenden rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft, die Täter müssen zügig ihrer Strafe zugeführt werden und es muss das rechtsextreme Gedankengut bekämpft werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen darauf achten, dass straffällig gewordene Täter nicht erneut in die rechts- oder linksextremistische Szene abgleiten. Für rechts-extreme Straftäter in der Jugendstrafanstalt Ichtershausen wird ein solches Konzept zurzeit erarbeitet. Ich hoffe, dass wir es bald umsetzen können.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Karl Jaspers hat Recht, so entscheidend die Maßnahmen staatlicher Extremismusbekämpfung auch sind: "... notwendig ist die Sorge aller für die Freiheit. ... Sie kann nur bewahrt werden, wo sie zu Bewusstsein gekommen und in die Verantwortung aufgenommen ist." Das heißt, wenn wir Freiheit und Demokratie langfristig sichern wollen, dann geht es stets um die Frage, ob die Werte, die unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu Grunde liegen, von den Menschen mitgetragen werden.

Die Demokratie ist in Thüringen fest verankert, die Ablehnung von Gewalt und Diktatur ist weiterhin hoch. Zu diesen Gesamtergebnissen kommt die Studie aus Jena auch in diesem Jahr.

(Beifall bei der CDU)

77 Prozent der Befragten halten die Demokratie für die beste aller Staatsideen.

(Beifall bei der CDU)

Daneben, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es aber auch ein bedenkliches Fazit: Dass sich die Zufriedenheit mit der Demokratie, das heißt, mit der Erfahrung in der Demokratie deutlich verschlechtert hat. Ich zitiere: "Die unzufriedenen Demokraten stellen die relative Mehrheit und dies ist gewiss mehr, als nur ein 'feiner Riss' im demokratischen Fundament", so die Autoren der Studie. Besorgnis erregend ist darüber hinaus, dass die Forscher eine tendenziell wachsende Verbreitung rechtsextremistischer und ausländergefeindlicher Anschauungen sowie eine zunehmende Verharmlosung der DDR-Diktatur registriert haben. Ich zitiere: "Das Liebgeln mit einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung

und mit national motivierter Diktatur stellen im Ansatz durchaus Gefährdungspotenziale für die Stabilität des demokratischen Systems dar." Alle Demokraten müssen sich durch diese Einschätzung herausgefordert fühlen.

Einige bedenkliche Umfrageergebnisse im Einzelnen: Die Zahl derer, die mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind, ist zwischen 2001 und 2003 von 48 auf 38 Prozent gesunken. Neun von zehn Thüringern meinen, dass in der Politik zu viel geredet und nichts geleistet wird. Zwei Drittel der Thüringerinnen und Thüringer haben vor allem eine ergebnisorientierte Erwartung an die Demokratie. Ihr Wert misst sich in den Augen der Befragten zunächst an den sozialstaatlichen Leistungen (87 Prozent). Pluralismus wird dagegen mit großer Skepsis betrachtet: Mehr als zwei Drittel halten Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen für schädlich und erwarten von der Opposition, die Regierung zu unterstützen statt sie zu kritisieren. Ich zitiere: "Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen"; Zustimmung 77 Prozent. Erfreulich ist: Gewaltanwendung zur Durchsetzung von politischen Zielen wird weiterhin von 90 Prozent der Befragten abgelehnt. Eine wachsende Verbreitung rechtsextremistischer und ausländergefeindlicher Orientierungen lässt sich aber an der Frage festmachen, ob "im nationalen Interesse unter Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform" sei. Statt 17 Prozent im letzten Jahr teilen heute 20 Prozent der Befragten diese Ansicht. Auch die Zahl derer, die Ausländern unterstellen, nur nach Deutschland zu kommen, um den Sozialstaat auszunutzen, ist innerhalb des zurückliegenden Jahres gestiegen von 48 auf nun 53 Prozent. Diese Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht einher mit einer Verharmlosung der DDR, denn, so die Studie wörtlich: "Von Nostalgikern der realsozialistischen Ordnung weist fast jeder zweite rechtsextreme Einstellungen auf." Zwar lehnen 79 Prozent der Befragten die These ab, dass die Diktatur die bessere Staatsform sei, aber 57 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten gehabt habe. Natürlich, die Forscher sind den Ursachen dieser - so meine ich - Besorgnis erregenden Entwicklungen nachgegangen. Für sie macht die diesjährige Untersuchung deutlich, so wörtlich: "wie sensibel die Thüringer auf soziale Verunsicherungen reagieren."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Wahrnehmung der allgemeinen ökonomischen Lage unmittelbare Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit hat, hatte sich bereits bei den letzten Umfragen erwiesen. Für mich ist es eindeutig: Anhand der Studie wird die Gefahr offenbar, dass die anhaltende Wachstumsschwäche in Deutschland und damit die Krise auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen in eine Destabilisierung unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung umschlagen kann. Die Forscher sprechen von "sozioökonomischen Stressfaktoren", die "begünstigen rechtsextreme Orientierungen", so wörtlich. Diese These wird in

diesem Jahr bestätigt und schwer wiegend werden solche wirtschaftlichen Belastungsfaktoren nach Ansicht der Forscher vor allem dann, wenn ein Gefühl gesellschaftlicher Diskriminierung hinzukommt. Deswegen ist es keine Kleinigkeit, dass die Forscher ein zunehmendes Empfinden von Benachteiligung gegenüber Westdeutschen feststellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zwar bleibt es dabei, dass eine deutliche Mehrheit weiterhin sagt, dass die Vorteile der deutschen Einheit für sie persönlich überwiegen, doch sind die Zustimmungswerte im vergangenen Jahr von 68 auf 64 Prozent zurückgegangen. Die Studie spricht von einem so wörtlich "Liebäugeln" mit der sozialistischen Ordnung. Wenn das Gleichheits- gegenüber dem Freiheits- und Rechtsstaatsdenken überwiegt, dann ist das für eine Demokratie eine Besorgnis erregende Entwicklung, der wir mit aller Kraft entgegenwirken müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstverständlich, die Haltung zur Demokratie ist in hohem Maße von der Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Lage abhängig. Aber auch Bildung und Alter haben Einfluss: Je geringer der Bildungsstand und je älter die Befragten, desto größer erweist sich die Anfälligkeit gegenüber antidemokratischen Deutungsmustern. Die Autoren bezeichnen die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen als, so wörtlich, "demokratische Hoffnungsträger". Sie sind mit dem Funktionieren der Demokratie überdurchschnittlich zufrieden und weisen die geringste Neigung zu extremistischen Positionen auf. Ich meine, eine sehr positive Aussage, die uns auch motivieren kann. Es ist die Gruppe, die ihre politische Sozialisation im Wesentlichen im freiheitlichen, wiedervereinigten Deutschland erfahren hat. Es zeigt sich, dass die Maßnahmen zur Förderung eines demokratischen und freiheitlichen Bewusstseins, zur Förderung von Weltoffenheit und Toleranz sowie die eigenen Erfahrungen ihre Wirkungen nicht verfehlen. Es besteht also Anlass, das Engagement an unseren Bildungseinrichtungen, in Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildung, mit Nachdruck fortzuführen, denn die Ergebnisse der Studie zeigen auch, dass wir verstärkt weitere Bevölkerungsgruppen ansprechen müssen. Ich danke allen, die sich in diesem Bildungsprozess engagiert einbringen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, die Thüringerinnen und Thüringer haben sich 1989 die Bürgerrechte erkämpft. Wenige Tage ist es her, wo die deutsche Einheit die ersten sichtbaren Erfolge zeitigte. Sie wurden und werden auch in erheblichem Umfang ausgeübt. Wenn wir herangehen, die, so wörtlich, "Risse" im demokratischen Fundament zu schließen, können wir auf vieles aufbauen: Das Landesbewusstsein der Thüringerinnen und Thüringer, die Identifikation

mit ihrem Land, der Stolz auf das Geleistete sind stark ausgeprägt: 46 Prozent der Befragten sehen sich zunächst als Thüringer, 30 Prozent als Deutsche und nur 15 Prozent als Ostdeutsche. 57 Prozent sind der Ansicht, dass Thüringen den Vergleich mit vielen westdeutschen Ländern nicht zu scheuen braucht. 28 Prozent der Befragten billigen dem Land eine wirtschaftliche Vorreiterrolle unter den jungen Ländern zu. Dieses starke Landesbewusstsein der Thüringerinnen und Thüringer ist ein nicht zu unterschätzendes Zukunftspotenzial. Nach meiner Auffassung gibt es die richtige Antwort auf ein rückwärts gewandtes ostdeutsches Sonderbewusstsein. Es macht auch stark gegen Minderwertigkeitsgefühle, denn Thüringen ist mehr als jedes andere deutsche Land dabei, weder Ost noch West, weder jung noch alt, sondern schlicht Thüringen zu sein. Diesen Weg müssen wir fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz der schwierigen ökonomischen Lage in Deutschland schätzt eine Mehrheit der Thüringer, 53 Prozent, die eigene wirtschaftliche Situation weiterhin gut oder sogar sehr gut ein. Bei den Rentnern sind es sogar 60 Prozent. Es geht also darum, die Arbeitslosigkeit weiter zu bekämpfen. Aber es geht auch darum, deutlich zu machen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte der letzten Jahre nur möglich gewesen sind, weil wir die Chancen der sozialen Marktwirtschaft genutzt haben. Wie soll eine Gesellschaft die Kraft zur Solidarität aufbringen, wenn nicht durch die Leistungskraft und den Ideenreichtum ökonomisch frei handelnder Personen? Ich bin sicher, wenn wir den Sozialstaat leistungsfähig erhalten wollen, dann müssen auch Kenntnisse über seine grundlegenden Funktionsbedingungen Allgemeingut werden. Ebenso erforderlich ist, dass wir eine Grundsatzdebatte über mehr Freiheit und Eigenverantwortung führen, denn Freiheit und Solidarität lassen sich auf Dauer nicht voneinander trennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Staat darf eben nicht allgegenwärtig sein, die Wirtschaft planen, Arbeitsplätze schaffen oder garantieren und darüber hinaus die Einkommen und Lebensrisiken absichern. Damit unsere Gesellschaft wirtschaftlich prosperiert und die Schwachen stützen kann, müssen die Bürgerinnen und Bürger einen größeren Gestaltungsraum gewinnen und wahrnehmen, und die Wirtschaft muss endlich wieder mehr Wachstumskräfte generieren können.

(Beifall bei der CDU)

Dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat der Staat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für individuelle und gesellschaftliche Entwicklungen optimal zu gestalten. Denn wir müssen, und das ist unsere wichtigste Aufgabe und auch unsere Chance, erfolgreich im nationalen und internationalen Wettbewerb sein. Nicht die Verteilung steht an erster Stelle, sondern dass wir wieder über mehr Einnahmen verfügen, individuell und ge-

sellschaftlich, muss Ziel unserer Politik sein.

Wir wollen, dass junge Menschen bei uns Ausbildungs- und Berufsperspektiven finden. Wir wollen, dass kein Abwanderungsgrund besteht, und wir wollen, dass mit den jungen Leuten, ihrem Potenzial, ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten, sich die wichtigen Grundlagen der innovativen Wirtschaft, die sich in den letzten Jahren ausgeprägt haben, weiter ausprägen lassen. Deshalb bleibe ich dabei, dass wir diese Entwicklung nur mit der Wirtschaft voranbringen und deshalb ist eine Ausbildungsplatzabgabe in dieser Situation, aber auch in den nächsten Jahren kontraproduktiv, das falsche Zeichen und schadet der deutschen Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie dies nicht glauben, schauen Sie sich die Ergebnisse der "Managementgruppe zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Thüringer Wirtschaft" an. Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Politik haben über einen langen Zeitraum diese Studie entwickelt. Wir werden in den nächsten Jahren erheblichen Fachkräftebedarf haben. Deshalb ist es wichtig, die Wirtschaft zu motivieren und nicht zu disziplinieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt landläufig den gebrauchten Satz: "Die Politiker machen ja doch was sie wollen." Die Jenaer Studie bestätigt, dass dieser Satz tatsächlich der Wahrnehmung vieler Menschen entspricht. Drei Viertel der Thüringer glauben, dass sie keinen Einfluss auf die Politik haben. Ich denke, unsere Aufgabe ist es, den Menschen deutlich zu machen, dass nur das aktive Mittun und nicht die Zuschauerrolle die Demokratie trägt und zukunftsfähig macht, denn der Ansatzpunkt ist positiv. Die Studie wörtlich: "Die Thüringer sind politisch überdurchschnittlich interessiert." Ich denke, unsere Aufgabe ist es, dieses Interesse in aktive Beteiligung umzumünzen. Zum Beispiel wollen wir mit der Reihe "Jugend trifft Politik" deutlich machen, dass uns die Meinung von jungen Menschen interessiert. "Du hast die Wahl" oder auch "Juniorwahl" sind zwei Projekte, die sich speziell an Schüler und junge Wähler richten und sie auf die Europa-, Landtags- und Kommunalwahl im nächsten Jahr vorbereiten sollen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, politisches Engagement ergibt sich selten von selbst. Auch zur Übernahme politischer Verantwortung müssen Menschen erzogen und ermutigt werden. Demokratie einzuüben, sie zu praktizieren, ist Teil des Alltags, den junge Menschen erleben, also auch Teil der Schule. Und auch die Schuljugendarbeit ist darauf ausgerichtet; über die Programme entscheiden letztlich Schüler, Eltern und Lehrer gemeinsam.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besonders erfreulich und als Potenzial zu würdigen ist das ehrenamtliche Engagement, so wie es der Soziologe Ulrich Beck

sagt: "Das ehrenamtliche Engagement ist die Seele der Demokratie."

(Beifall bei der CDU)

Wenn über ein Drittel der Thüringerinnen und Thüringer regelmäßig ehrenamtlich tätig sind, ist das die Seele der Demokratie und die Chance der Demokratie. Die Landesregierung hat eine Vielzahl von Projekten auf den Weg gebracht, um das Ehrenamt zu fördern, z.B. die deutschlandweit einzigartige Thüringer Ehrenamtsstiftung. Im März hat sie ihre Arbeit aufgenommen. Wir sind auf ein starkes bürgerschaftliches und demokratisches Bewusstsein der Menschen in unserem Land angewiesen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es ein gutes Zeichen, dass gestern die Landtagsfraktionen eine Stärkung der direkt demokratischen Elemente in unserer Verfassung beschlossen haben. Damit ist die Initiative "Mehr Demokratie in Thüringen" und das, was die Fraktionen gemeinsam auf den Weg gebracht haben, ein wichtiger Impuls zur Stärkung und damit auch zur Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie, ich meine, ein gutes Zeichen gelebter Demokratie in unserem Land.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber solange Menschen mit den Ergebnissen von Politik insgesamt unzufrieden sind, wird man sie auch nur schwer zum Mitmachen bewegen können. Das heißt, Politik muss überzeugen, Politik muss bewegen. Seit Jahren ist die Rede von Reformen, aber sie sind bis heute nicht umgesetzt worden. Und um mit Goethe zu sprechen: "Es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun." Die Menschen erwarten, dass Deutschland vorankommt oder sie kehren der Politik und den demokratischen Institutionen den Rücken. Als Präsident des Bundesrats und als Thüringer Ministerpräsident werde ich deshalb mein Möglichstes tun, damit die Reformen, die in Deutschland anstehen, verwirklicht werden. Das Ziel muss sein, bei den vorliegenden Reformgesetzen in einem sehr überschaubaren Zeitraum zur Verständigung und zu greifbaren Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, es spürt jeder, es geht auch darum nachzuweisen, dass Politik handlungsfähig ist; dann wird sie auch an Überzeugungskraft gewinnen. Deswegen ist es auch wichtig, dass die Länder gemeinsam mit den Gemeinden wieder mehr Gestaltungsspielraum zurückgewinnen. Wenn inzwischen 60 Prozent der Bundesgesetze zustimmungspflichtig sind, dann blockieren wir uns gegenseitig, und es herrscht eine viel zu große Intransparenz. Das heißt, neben den aktuellen Reformen steht die Reform des Föderalismus als ganz

wichtiger Punkt auf der Tagesordnung der deutschen Politik. Die Reform des Föderalismus kann uns die Beweglichkeit, aber auch die Transparenz zurückgeben, die gerade in einer globalisierten Welt von besonderer Bedeutung ist, denn die Handlungsfähigkeit der Politik, aber auch die Handlungsunfähigkeit entscheidet heute sehr viel schneller über Zukunftsfähigkeit, über Wirtschaftswachstum, über Arbeitsplätze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer heute unter den wirtschaftlichen Folgen des Strukturwandels leidet, der ist vielleicht versucht, so wie es die Jenaer Studie andeutet, sich nach alten Sicherheiten zu sehnen. Aber die Wirklichkeit des totalitären Staates lässt den Satz "So schlimm ist es doch nicht gewesen." nicht zu.

(Beifall bei der CDU)

In aller Klarheit: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nicht relativierbar, sondern sie haben fundamentalen Charakter und sind vom Sozialismus nie beachtet und gelebt worden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb geht es darum, das Wissen um die Bedeutung unserer Grundwerte zu bewahren und auch zu stärken. Darin liegt ein zentraler Auftrag, dessen Bedeutung auch angesichts der Umfrageergebnisse noch einmal deutlich wird. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir in Thüringen die Werte vermittelnden und Werte lebenden Institutionen wie Schulen, Kirchen, Einrichtungen der Jugendarbeit, Hochschulen in ihrer Arbeit unterstützen. Aber auch die Medien haben einen wichtigen Auftrag, die Werte der Demokratie durch das, was und wie sie berichten, zu vermitteln und darzustellen. Die Schlagzeile ist wichtig, aber auch die Klärung der Inhalte. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, Politik lebt nicht nur von Schlagzeilen, sondern sie lebt vor allen Dingen durch die Inhalte und durch das, was und wie sie entscheidet. Deshalb müssen die Kerngehalte unserer Verfassung auch vermittelt werden. Sie stehen eben nicht zur freien Disposition, nicht aus formalen Gründen, sondern eben gerade aus inhaltlichen. Gerade wir Politiker müssen dafür ein Beispiel geben. Freiheit zu gestalten heißt auch, in einem umfassenden Sinn Verantwortung für sie zu übernehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Erinnerung ist eine wichtige Grundlage für den Fortbestand unserer Demokratie. Der Thüringer Landtag macht das gerade in diesen Tagen mit der Ausstellung z.B. über "Euthanasieverbrechen des Nationalsozialismus" hier im Landtagsgebäude deutlich. In der Staatskanzlei dokumentiert eine Ausstellung "Das Leben der Jüdin Felice Schragenheim". Das heißt, zu einem verantwortlichen Umgang mit der Geschichte gehört in Thüringen selbstverständlich auch die Gedenkstättenarbeit. Dass sie auch international viel Anerkennung findet, ist ein Zeichen für die wesentli-

chen Fortschritte der vergangenen Jahre. Allein die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora werden jährlich von mehr als 600.000 Menschen aus aller Welt besucht. Wir setzen unsere Anstrengungen auch fort: Im Frühjahr dieses Jahres sind die Gedenkstätten unter dem Dach einer selbständigen Stiftung zusammengeführt worden. Ihre Finanzierung ist trotz schwieriger Haushaltslage in vollem Umfang gesichert. Mit der Fertigstellung des Rohbaus für ein neues Lern- und Dokumentationsgebäude in Mittelbau-Dora ist ebenfalls ein sichtbarer Schritt zur Weiterentwicklung der Gedenkstätten getan. Weil wir die Geschichtsforschung und die Erinnerungsarbeit stärken wollen, haben wir auch die "Stiftung Ettersberg" gegründet. Die Arbeit der Grenz Museen in Thüringen muss ebenfalls langfristig Zukunft haben und um wissenschaftliche Potenziale gestärkt werden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb werden die Aufarbeitungsinitiativen in Jena und Gera, die Grenz Museen und die "Stiftung Ettersberg" noch stärker zusammenrücken. Wenn Wissen und Kenntnisse z.B. über den Nationalsozialismus, aber auch über das SED-Regime vermittelt werden, dann geht es immer um Wahrhaftigkeit. Es geht darum, die Menschen mit dem Wissen dazu zu führen, sie selbst zu bewerten und Verantwortung zu übernehmen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang sagen: Die Äußerungen des Bundestagsabgeordneten Hohmann sind inakzeptabel. Sie widersprechen der historischen Wahrheit und nähren in der Art und Weise, wie sie aneinandergesetzt sind, ganz eindeutig antisemitische Ressentiments. Solche Äußerungen müssen, weil sie Grenzfälle der Demokratie überschreiten, zu Konsequenzen führen und ich freue mich, dass diese Konsequenzen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch deutlich gezogen worden sind.

(Beifall bei der CDU, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer Vergangenheit beschönigt oder verdrängt, wird für die Zukunft Probleme bei der Vermittlung geschichtlichen Wissens haben. Und wer Probleme bei der Vermittlung geschichtlichen Wissens hat, wird immer wieder in die Gefahr kommen, dass sich Geschichte wiederholt. Deshalb haben wir Deutsche in diesem neuen Jahrhundert die besondere Verpflichtung, aber auch die besondere Chance, aus beiden Diktaturen zu lernen und die Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine ganze Reihe von weiteren Aktivitäten, die ich nennen möchte, um deutlich zu machen, dass wir uns mit unserer Geschichte befassen, dass wir sie aufarbeiten, dass wir sie transparent machen und besonders, dass wir jungen Menschen diese Geschichte vermitteln. Die Spurensuche nach jüdischem Leben in Thüringen und die Kon-

taktaufnahme mit Überlebenden der Shoah sind Bestandteile von Projekten der "Koordinierungsstelle Gewaltprävention", die eine aktive Teilnahme fördern sollen. Ein konkretes Beispiel: So arbeitet die Koordinierungsstelle seit 2001 eng mit dem Elisabeth-Gymnasium in Eisenach zusammen. Gemeinsam wurde nun das Projekt "Pegischat Nechadim - Treffen der Enkel ehemaliger jüdischer Bürger in Thüringen" erarbeitet. Eine Initiative, die im nächsten Jahr die jugendlichen Nachfahren von ehemaligen jüdischen Mitbürgern mit hiesigen Jugendlichen zusammenbringt. Die Begegnung wird zurzeit von den Schülern und Lehrern an sieben Thüringer Schulen intensiv vorbereitet. Dazu gehörte bereits die Gedenkveranstaltung, die in diesem Jahr am 9. November in Eisenach stattfand. Übrigens eine Initiative, die durch das Bundesprogramm "Jugend für Toleranz und Demokratie" unterstützt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Erinnerung ist kein Ritual, sondern es geht um Menschen, um Schicksale und um den Mut, die Menschen zu befähigen, gegen Gewalt und Unrecht aufzustehen. Deshalb ist es auch wesentlich für die Demokratie, wie wir mit den Opfern umgehen. Niemand kann das Unrecht wiedergutmachen, aber wir müssen es, soweit es geht, versuchen. Die Thüringer Landesregierung wird sich deshalb auch weiterhin intensiv für die Rehabilitierung von SED-Opfern einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es uns wichtig,

(Beifall bei der CDU)

dass die Antragsfristen zur Rehabilitierung von SED-Opfern verlängert werden. Dies hat der Bundesrat auf unsere Initiative hin im Juni beschlossen und ich freue mich, dass, außer der FDP-Fraktion und den PDS-Abgeordneten, alle Fraktionen im Deutschen Bundestag gestern gemeinsam einen Entwurf in diesem Sinne eingebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Auch unterstützen wir ein drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, mit dem so genannte Ehrenpensionen für Opfer des SED-Regimes eingeführt werden sollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Auseinandersetzung mit Diktaturen und totalitären Ideologien muss weitergehen. Das setzt auch voraus, dass nichts unter den Teppich gekehrt wird. Deshalb hat Thüringen sich für eine Verwendung der "Rosenholz-Dateien" eingesetzt. Ich freue mich, dass wir im Bundesrat dafür eine Mehrheit bekommen haben, dass sich insgesamt in Deutschland die Politiker, die Länder führen, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im öffentlichen Dienst besondere Ver-

antwortung tragen, dieser Überprüfung stellen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist für mich ein Akt der Gerechtigkeit, wenn wir Abgeordneten und Beamten in den alten Ländern das zumuten, was die Menschen in den jungen Ländern inzwischen mehrfach akzeptiert haben und auch weiterhin akzeptieren müssen. Niemand in politischen Ämtern darf sich dieser Verantwortung entziehen. Sich überprüfen zu lassen ist eine Frage der persönlichen Integrität, aber auch der politischen Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch für die SED-Diktatur gilt: Die Vergangenheit ist nicht vorbei. Es gibt menschliche, mentale, wirtschaftliche und soziale Folgen, die auch noch, wie wir alle spüren, nach 13 Jahren fortwirken. Das ist im Übrigen einer der Gründe, warum ich "Ostalgie-Shows" für problematisch halte. Sie verstellen nicht nur den Blick auf die Geschichte, sondern auch auf unsere heutige Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Wer meint, die DDR sei nur die Summe der privaten Erlebnisse, wird nicht den Menschen gerecht, im Besonderen auch denen nicht, die zu Opfern geworden sind, aber er wird auch dem totalitären Regime der DDR nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, wir sollten uns immer in die Traditionen stellen, die dieses Regime beendet und Freiheit und Einheit ermöglicht haben. Mein Vorschlag ist, dass wir uns im kommenden Jahr in besonderer Weise mit dem 15. Jahrestag der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 auseinandersetzen sollten - ohne Zweifel, ein entscheidender Ausgangspunkt für die friedliche Revolution im Herbst 1989,

(Beifall bei der CDU)

und auch mit den dann folgenden ersten freien und geheimen Wahlen im Jahr 1990 zur Volkskammer und den Kommunalwahlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an solchen Beispielen kann Geschichte nachempfunden werden und kann auch Gesellschaft in ihren Strukturen nachvollzogen werden. In diesem Jahr hat an den Schulen, in den Kommunen und in den Bildungseinrichtungen eine breite Auseinandersetzung mit dem 17. Juni 1953 stattgefunden und sie war, wie ich meine, beispielhaft. Ich bin allen dankbar, die sich daran beteiligt haben und ich bin sicher, dass sich Ähnliches wiederholen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Urteilskraft, Verantwortungsbewusstsein, Mitmenschlichkeit und Toleranz entstehen nicht von allein. Deshalb kommt der Bildung und Erziehung in der Familie und in allen Bildungseinrichtungen entscheidende Bedeutung zu. Wir wissen, dass Gewalt oft aus Langeweile oder auch aus Lebensüberdruß entsteht. Um der seelischen Verrohung entgegenzuwirken, ist Mut zur Erziehung gefragt. Die Familie ist der erste und wichtigste Ort sozialen und emotionalen Lernens. Sie bietet Geborgenheit und ist der Ort, an dem fundamentale Werte verinnerlicht, persönliche Stärken entwickelt und soziale Kompetenzen herangebildet werden. Wer Menschen gegen Gewalt und gegen extremistische und fremdenfeindliche Denkmuster stark machen will, der muss die Familie fördern. Deshalb ist es richtig, dass Thüringen die Familie in den Mittelpunkt der Politik stellt.

(Beifall bei der CDU)

Vor wenigen Wochen haben wir ein "Landesbündnis für Familie" ins Leben gerufen, das umfassend zu einer noch familienfreundlicheren Gestaltung der Umwelt beitragen soll. Zum 1. Januar 2004 geben wir die Thüringer Familiencard heraus, mit der wir eine größere Teilhabe insbesondere von kinderreichen und sozial schwachen Familien am gesellschaftlichen Leben fördern wollen. Im Mai 2004 wird es erstmals einen Landesfamilientag geben, um Familien zu informieren, aber auch um die Gesellschaft stärker darüber zu informieren, welchen Wert Familie hat und wie wir diesen Wert stärken und stützen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Eine Initiative in Eisenach, von Eltern gegründet, heißt "Starke Eltern - starke Kinder". Ich kann Eltern in Thüringen nur bestärken, auf diesem Weg voranzugehen, ihren eigenen Erziehungsauftrag zu diskutieren, aber auch diejenigen mitzunehmen, Schule, Nachmittagsbetreuungseinrichtungen, die ebenfalls mit ihren Kindern auf dem Weg sind. Das Land geht diesen Weg mit, jetzt auch mit der Elternakademie; sie soll die Familienbildungsangebote leichter zugänglich machen und miteinander vernetzen. Auch die Änderung des Erwachsenenbildungsgesetzes war ein wichtiger Schritt zu noch mehr Elternbildung in Thüringen. Weil wir wissen, dass derjenige meist zu Gewalt greift, der Gewalt erfahren hat, müssen wir dazu beitragen, häusliche Gewalt zu unterbinden. Ein entsprechendes Handlungskonzept liegt vor, aber wir wollen noch mehr tun, um Gewalt in der Familie einzudämmen. Entscheidend ist, dass wir möglichst früh ansetzen. Deshalb hat sich Thüringen in diesem Jahr an einem Modellprojekt zur Förderung der Eltern-Kind-Beziehung beteiligt, das vor allem die frühkindliche Entwicklung in den Blick nimmt. Diesen Ansatz wollen wir weiter verfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben den Familien sind es die Schulen, die bei der Erziehung zu Toleranz, Mitmenschlichkeit und Demokratie eine entscheidende Rolle spielen. Lehrer, Erzieher, sonderpädagogische Fachkräfte leisten hier eine herausragende Arbeit und sie verdienen dabei unsere Unterstützung. Wir wollen ihnen helfen, ihre verantwortungsvolle Aufgabe wahrzunehmen, z.B. mit der Initiative "Juregio", die mehr Handlungssicherheit im Umgang mit Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Drogenmissbrauch schaffen soll. Oder mit dem Landesprogramm "Demokratie und Toleranz", das der Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendarbeit dient. Natürlich findet, das weiß ich, an Schulen eine Vielzahl von Projekten statt, die sich gegen Gewalt, Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit richtet. Allein seit Beginn dieses Jahres wurden 91 solcher Projekte in den verschiedenen Schularten gefördert. Selbstverständlich stützen wir uns nicht nur auf temporäre Projekte. Die Erziehung zu Gewaltfreiheit, Toleranz und Frieden ist auch in den Lehrplänen ein fächerübergreifendes Thema in allen Klassenstufen und allen Schularten. Zum Beispiel lernen die Schülerinnen und Schüler in allen 6. Klassen das "Tagebuch der Anne Frank" kennen. Nationalsozialismus und die sozialistische Diktatur sind also zentrale Themen des Geschichtsunterrichts, aber auch anderer Fächer. Beim rechtskundlichen Unterricht kommen Richter und Staatsanwälte in die Schulen und diskutieren mit den Schülern auch über die juristischen Konsequenzen von Extremismus und Gewalt. Thüringen ist ein weltoffenes Land und fördert internationale Begegnungen z.B. in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Die Wissenschaftsministerin hat kürzlich zum zweiten Mal den Wettbewerb "Miteinander studieren in Thüringen" ausgerufen. Dabei werden besonders erfolgreiche Projekte der Integration ausländischer Studentinnen und Studenten prämiert. Wie wichtig die Frage der Integration ist, haben die aktuellen Ereignisse in Weimar einmal mehr eindringlich unterstrichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Familie, Schulen, Hochschulen können viel, aber ohne einen Widerhall in der Gesellschaft sind die positiven Auswirkungen begrenzt. Auch bei der Bekämpfung von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt brauchen wir bürgerschaftliches Engagement. Deswegen ist es erfreulich, dass es in Thüringen inzwischen rund 250 Initiativen gibt, die sich mit dem Thema "Extremismus" auf unterschiedlichste Art und Weise auseinander setzen. Der erst kürzlich gegründete Verein "neue ebenen" will die Initiativen miteinander vernetzen - ein Vorhaben, das ich sehr begrüße, denn es ist gut, voneinander zu wissen, um sich auch gegenseitig zu unterstützen. Deshalb habe ich gern die Schirmherrschaft über die Thüringer Präventionsfachtagung in Nordhausen übernommen, weil auch hier eine wesentliche Informations- und Vernetzungsarbeit geleistet wurde. Gemeinsam ist diesen Initiativen, dass sie Zivilcourage fördern, ein Ziel, das wir unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Leitbild der Bürgerinnenn und Bürger, die für Demokratie und Freiheit eintreten, ist in Thüringen lebendig. Die freiheitliche Ordnung hat ein solides Fundament. Der Freiheitswille, der 1989 den Sturz der sozialistischen Diktatur möglich machte, bleibt die wirksame Kraft. Aber angesichts des "Thüringen-Monitors 2003" stellt sich eine Frage, die die Vordenker der modernen Demokratie bereits vor mehreren 100 Jahren bewegte: Wie gestalten wir unsere demokratische Gesellschaft, damit die Bürger den Geschmack der Freiheit, so Alexis de Tocqueville sprach, nicht verlieren - den Geschmack der Freiheit nicht verlieren?

Erstens: Der bundesweite Vertrauensverlust der Politik ist nicht zu übersehen. Die Menschen erwarten zu Recht, dass sich die Politik nicht in Grabenkämpfen des 20. Jahrhunderts verliert, sondern die anstehenden Probleme löst.

(Beifall bei der CDU)

Thüringen will in Deutschland ein Motor der Entwicklung sein, auch durch die Rolle im Bundesrat.

Zweitens: Wer ständig nach dem Staat ruft, schränkt seine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten ein und riskiert staatliche Bevormundung.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen deshalb wieder deutlicher machen, dass staatliche Bevormundung in allen Lebenslagen der Menschenwürde widerspricht. Der Staat kann und darf nicht alles regeln, auch darf der soziale Rechtsstaat keine Gleichmacherei betreiben und sich anmaßen, Geborgenheit zu organisieren, das ist Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich muss er Entfaltungsmöglichkeiten und Entwicklungschancen eröffnen, vor allem bei unseren Kindern und Jugendlichen an Schulen und Hochschulen. Und wir müssen die Eltern ermutigen, ihre Kinder als selbständige Persönlichkeiten anzuerkennen und ihnen zu helfen, den Weg in der Freiheit zu gehen, auch mit Verantwortungsbewusstsein.

Drittens: Stolz auf Thüringen zu sein, kann nicht bedeuten, sich allein der schönen Landschaft oder anderer Sehenswürdigkeiten zu erfreuen; stolz auf Thüringen zu sein, heißt auch, für und mit diesem Land zu arbeiten; die Fundamente sind gut gelegt.

Und Viertens: Der Rechtsstaat, unser Rechtsstaat hat die Aufgabe, konsequent gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt und damit für Demokratie einzustehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe in der letzten Woche, genau heute vor einer Woche, im Bundesrat gesagt: "Thüringen steht wie kein anderes deutsches Land für die Janusköpfigkeit und die Brüche der deutschen Geschichte." In der Tat, wer in diesem Land nicht nur vor sich hinlebt, der kommt an den Schattenseiten der Geschichte nicht vorbei, aber er kommt auch nicht an den vielen unzähligen positiven Beispielen für das Streiten für die Menschenwürde, für den Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit vorbei. In den vergangenen 14 Jahren ist bereits viel geschehen, um sich diese freiheitlichen und demokratischen Bestände wieder bewusst zu machen. Aber auf diesem Feld liegt auch noch eine ganze Menge wichtiger Arbeit vor uns. Freiheitliches und demokratisches Bewusstsein entsteht nicht von selbst. Die Ergebnisse des "Thüringen-Monitors 2003" sind sehr ernst zu nehmen, aber es führt nicht weiter, sie nur zu beklagen. Sie sollten uns Politiker zu noch deutlicherer zielgerichteter und ergebnisorientierter Arbeit bewegen und sie sollten uns einmal mehr bewusst machen: Wer die freiheitliche Demokratie verteidigen will, der darf sie nie als etwas Selbstverständliches abtun. Sie ist nicht selbstverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Wir kommen jetzt zur Aussprache. Es hat als Erster das Wort der Abgeordnete Dr. Hahnemann, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Extremismusbetrachtung, Innen- und Sicherheitspolitik, wie sie uns heute begegnen, werden fehlschlagen. Innenpolitik kann man nicht nach dem Motto machen "Wo gehobelt wird, da fallen Späne". Dort, wo restriktive und undemokratische Politik walten, da fallen keine Späne, da fallen Grund- und Bürgerrechte, da fallen Transparenz und Bürgernähe wie welke Blätter vom Baume der Demokratie und der Freiheit und das, meine Damen und Herren, hat Folgen. Es ist zwar bekannt, dass man sich dabei auf diejenigen stützt, die meinen, mit dem Abbau von Grundrechten die Freiheit und Offenheit der Gesellschaft sichern zu können, aber so wenig wie ein Krieg im Irak Frieden und Demokratie ins Land bringen kann, so wenig können die schätzenswerten Grundwerte dieser Gesellschaft dadurch garantiert werden, dass man Grund- und Freiheitsrechten Knebel anlegt.

(Beifall bei der PDS)

Der "Geschmack der Freiheit" vergeht genau auf diese Weise. Dass solche Politik fehlschlägt, haben wir in Weimar gesehen. Die mit den Anschlägen vom 11. September gerechtfertigten neuen Instrumente des Polizeiaufgabengesetzes wurden gegen Pressefreiheit und schutz-

würdige Interessen von Berufsgruppen gerichtet.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Das hält doch kein Schwein aus!)

Diese Art Sicherheit macht schließlich vielen Menschen Angst, so dass der Freilandversuch zur Einschränkung von Grundrechten auf dem Theater- und dem Goetheplatz in Weimar erst einmal eingestellt wurde. Gerade die Debatte um die Videoüberwachung in Weimar hat eines deutlich gemacht: Die technische Aufrüstung des Staates, der unbedingte Drang, alles Machbare auch tatsächlich zu tun, und die zunehmende Bekämpfung sozialer Probleme mit Ordnungsmaßnahmen haben die Thüringer Polizei- und Sicherheitspolitik von den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück entfernt. Solche Sicherheitspolitik lehnen wir ab. Bürgernahe Polizei ist eine Polizei zum Anfassen, keine Distanzbehörde und schon gar keine leiblose Überwachungstechnik.

(Beifall bei der PDS)

Gut ausgebildete, gut bezahlte und entsprechend motivierte Polizeibeamte, die ihr Revier nicht nur vom Bildschirm her kennen, sondern vor allem vom Angesicht, sind unser Ziel. Eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik nimmt Kriminalitätsängste der Bevölkerung ernst, wo sie berechtigt sind, zerstreut diese, wo sie keine Grundlage haben, aber reagiert immer darauf durch angemessene Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, ein Minister, dem sein Kabinettschef erst rechtsstaatliche Zügel anlegen muss, ist eine Last.

(Beifall bei der PDS)

Minister Trautvetter machte keinen Hehl aus seinen sicherheitspolitischen Vorbildern.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Das war gestern.)

Er lobte auf einer Pressekonferenz überschwänglich die Ruhe und Sicherheit in Moskau. "Von Moskau lernen, heißt siegen lernen", war das offensichtlich verbreitete Credo.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Sie machen sich doch lächerlich!)

Sicherlich, Herr Trautvetter hat Recht, wenn er feststellte, in Moskau würden Straßenbahnfenster nicht zerkratzt. Aber um sich ein Bild über die dortige Sicherheitspolitik zu machen, reicht eben nicht ein Blick aus der Straßenbahn, sondern es lohnt sich, auch einen Blick in den Amnesty-Länderbericht zu werfen. Dort wird von Polizeiwillkür bis Folter, unhaltbaren Zuständen in den Vollzugsanstalten und strukturellen ethnischen Diskriminierungen durch die Sicherheitsbehörden berichtet. Am En-

de ist da auch noch ein Krieg in Tschetschenien. Sind das nur sicherheitspolitische Kollateralschäden auf dem Weg zu Ordnung und Sauberkeit oder ist es das, was uns allen als sicherheitspolitische Doktrin empfohlen werden soll?

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Unverschämtheit!)

Ministerpräsident Althaus hat die Politik des Landes Thüringen und damit auch die Arbeit seines Innenministers gelobt, wie vorher seine Vorgänger die Arbeit der Vorgänger gelobt haben. In Thüringen wird eben so lange an den Innenministern festgehalten, bis das Fass nicht nur übergelaufen, sondern fortgeschwommen ist.

(Beifall bei der PDS)

Wann und ob dieser Zeitpunkt für den derzeitig amtierenden Vorsitzenden der Innenministerkonferenz kommen wird, ist unbekannt. Unser Geschäft ist diese Spekulation nicht. Für uns ist klar: Die restriktive Thüringer Sicherheitspolitik, die Ränkespiele im Ministerium, die Serie von Vorkommnissen mit und bei der Thüringer Polizei haben systematische Ursachen, die sich mit einem Amtswechsel nicht beheben lassen. Gründe hierfür sind landesrechtliche Bestimmungen, die Bürger unter Generalverdacht stellen und aus der Polizei einen Kontroll- und Überwachungsapparat machen wollen. Grund hierfür ist die Unmöglichkeit, den Geheimdienst parlamentarisch oder bürgerschaftlich zu kontrollieren. Grund hierfür ist die vollkommen unzureichende Innenrevision einer Behörde und ihrer nachgeordneten Institutionen. Da werden Kritik als Nestbeschmutzung und Kritiker als Sicherheitsrisiko betrachtet. Das werden wir hier und heute nicht ändern, da reicht auch kein Machtwort des Ministerpräsidenten, da braucht es am Ende das Machtwort des Stimmzettels.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Ja, ja.)

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, Thüringer Sicherheitspolitik offenbarte in den letzten Jahren auch jenseits der Handschrift des jeweiligen Ministers unübersehbare Kontinuitäten. Diese Kontinuitäten genau sind mit Ursachen für die Ergebnisse, die uns der Thüringen-Monitor heute präsentiert. Gemeinsam war der Politik in all den Jahren das Prinzip der Geheimhaltung. Gab es Fragen zur Arbeit der Thüringer Sicherheitsbehörden, war die Reaktion des Innenministers - egal, wie er gerade hieß: die Vorwürfe erst einmal ungeprüft bestreiten, belastendes Material beseitigen, Mitarbeiter einschüchtern und dann möglichst Schmutz auf die Fragesteller werfen. Da verschwinden Aktenordner aus Tresoren, Datenträger und ganze Rechner; da werden Mitarbeiter an der Aufarbeitung der Vorwürfe gehindert und Berichte vernichtet oder geschönt. Alle diese Vorgänge hat es gegeben, von Rotlicht- und V-Mann-Affäre bis hin zur falschen Überstundenabrech-

nung. Aber nicht nur interne Probleme wurden in dieser Art behandelt. Die Datenschutzbeauftragte erhält zur Prüfung der Videoüberwachung in Weimar unzureichende Unterlagen und Bürgermeister, Landräte und Feuerwehren werden auch dann nicht informiert, wenn Ende März ein Castortransport durch Thüringen rollt. Wer vom Verfassungsschutz oder der Polizei beobachtet wird, wird davon in der Regel nie etwas erfahren. Geheimhaltungspolitik nennt das die Landesregierung; "unverantwortliche Festungsmentalität" und "bewusste Desinformation" sind die eigentlich richtigen Bezeichnungen dafür.

(Beifall bei der PDS)

Und dann darf man sich nicht wundern, wenn Bürgerinnen und Bürger in ihren Haltungen Politik gegenüber entsprechend reagieren.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pietzsch, CDU: Man darf sich nicht wundern, wenn Sie Politik und Politiker verleumden.)

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. Pietzsch, auch beim Verfassungsschutz ließen sich die Innenminister nie in die Karten schauen. Zu keiner Zeit konnte man sie von ihrer unverbrüchlichen Treue zum Geheimdienst abbringen. Wie leicht man in den Fokus der Geheimbehörde kommen kann, haben wir als Fraktion und im Untersuchungsausschuss 3/3 erfahren müssen. Und in Karlsruhe haben wir alle erlebt, was geheimdienstliche Arbeit im rechtsextremen Spektrum anzurichten vermag. Der Vorsitzende der Internationalen Liga für Menschenrechte Dr. Gössner kommt in seiner umfassenden Abhandlung "Kriminelle im Dienste des Staates" zu folgenden Ergebnissen: "Im Laufe der Jahre ist ein regelrechtes Netzwerk aus Spitzeln und Agent Provocateurs in der Naziszene entstanden. V-Leute arbeiten auch in Thüringen in Führungspositionen von rechtsextremen Organisationen. V-Leute in neofaschistischen Zusammenhängen aber begehen fast zwangsläufig Straftaten, schieben sie an oder provozieren sie. Der Verfassungsschutz duldet oft genug kriminelle Handlungen seiner V-Leute stillschweigend, zeigt die Betroffenen nur selten bei der zuständigen Polizei an und schaltet sie auch dann nicht rechtzeitig ab, wenn sie aus dem Ruder laufen. Der Verfassungsschutz unterstützt über seine V-Leute vielfach Rassismus und Gewalttaten, Neonazistrukturen und rechts-extreme Aktivitäten sogar mit Staatsgeldern. Jeder parlamentarische Versuch, diese Umtriebe des Geheimdienstes in Thüringen abzustellen, schlugen fehl. Die Symbiose zwischen Verfassungsfeinden und Verfassungsschützern zu lösen, wird unter der Ägide der jetzigen Regierung nicht möglich sein."

Meine Damen und Herren, in Thüringen gibt es ein gravierendes Problem mit rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Taten, Haltungen und Strukturen. Zwar gehen in der Statistik die Zahlen der politisch motivierten Straftaten zurück, aber es darf bezweifelt werden,

dass sich dieser Trend auch mit der Entwicklung der Dunkelziffern deckt. Neben dem im Verfassungsschutzbericht ausgewiesenen Zuwachs der gewaltbereiten Rechtsextremisten alarmiert besonders das Anwachsen der dahinter stehenden Haltung. Zur Verbreitung rechtsextremer und ausländerfeindlicher Einstellungen gibt es auch erneut im diesjährigen Thüringen-Monitor Auskünfte. Mehr als die Hälfte der befragten Thüringer stimmten Aussagen zu, nach denen die Bundesrepublik überfremdet sei, die Ausländer den Sozialstaat ausnutzen würden und deutsche Interessen mit Härte gegenüber dem Ausland durchgesetzt werden müssten. Rassistische und nationalistische Statements sind in dieser Gesellschaft inzwischen teilweise mehrheitsfähig geworden und daran hat auch herrschende Politik einen Anteil.

(Beifall bei der PDS)

Erschreckend hoch mit 23,7 Prozent und seit 2001 kontinuierlich ansteigend ist der Anteil der Befragten, die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild mit sich herumtragen. Fast 20 Prozent der Interviewten stimmten zudem der These zu, dass im nationalen Interesse eine Diktatur die bessere Staatsform sein könnte. Diese Meinungen, meine Damen und Herren, sind nicht randständig, jeder fünfte Befragte äußert sich in dieser Form. Es ist eben unzureichend und das ist der Vorwurf, der Thüringer Politik zu machen ist, einmal im Jahr das Augenmerk auf diese Probleme zu richten und den Rest des Jahres das Problem weitestgehend an den Verfassungsschutz und die Polizeibehörden zu delegieren.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Da müssten Sie ja rot werden ...)

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Ist er doch.)

Ach, Frau Groß.

Der Geheimdienst wird mit dem Abzählen der Teilnehmer bei rechtsextremen Aufmärschen und Skinheadkonzerten die strukturelle und die ideologische Basis der Neonazis auch nicht im Ansatz erkennen und bewerten können. Es wird sich auch weiterhin als ein Irrtum erweisen, mit V-Leuten die Szene durchleuchten und gar steuern zu können. Die Polizei ihrerseits kann lediglich mit repressiven Mitteln dort eingreifen, wo Straftaten begangen werden. Oftmals werden rechtsextreme ideologische und organisatorische Hintergründe zu spät oder gar nicht erkannt. Die Polizei kann oder will nicht eingreifen, wo Neonazis sich zunehmend im Schutz des privaten Raumes, das heißt in wohlbekanntem nationalen Zentren, Wohnprojekten für stramme Kameraden, Läden zum Handeln mit Skinheadmusik oder NS-Devotionalien versammeln und vergnügen. Hier sind das Engagement der Bürgerschaft, Zivilcourage und kontinuierliche Auseinandersetzung gefragt, jenseits der Konjunkturen, mit denen das Thema immer wieder im Sommerloch einmal den Weg in die Medien findet.

(Beifall bei der PDS)

Ein Konzept der Landesregierung für die Koordinierungsstelle Gewaltprävention z.B. ist es, einzelne Neonazis aus der rechten Gemeinschaft zu lösen. Mit welchem Erfolg dieses Herangehen gesegnet ist, zeigt das Scheitern der diversen Aussteigerprogramme. Zwar riefen viele Nazis an, um sich einen Spaß zu machen, ernsthafte Ausstiegswillige gab es aber kaum. Es gibt andere Ansätze, meine Damen und Herren, die den Weg nicht über eine Einzelfallbetreuung von Neonazis suchen. Sie wollen mitwirken in einer entschiedenen Auseinandersetzung mit rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Ideologien, das gesellschaftliche Klima hin zur Entwicklung einer demokratischen, toleranten und bewusst vielfältigen Kultur zu verändern. Dieser Ansatz wird von der Landesregierung zwar proklamiert, aber praktisch nur ausgesprochen unzureichend geteilt. Er ist aber nach unserem Verständnis der einzige Weg für eine nachhaltige und wirksame Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus. Solche Initiativen arbeiten tatsächlich in Thüringen schon, aber es sind nicht nur die "neuen Ebenen", die wir unterstützen sollten, sondern auch das Netz der Beratungs- und Anlaufstellen von MOBIT und ABAD zum Beispiel.

(Beifall bei der PDS)

Einen Paradigmenwechsel im Umgang mit rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Statements müssen wir erreichen, aber das wird mit der Mehrheitsfraktion dieses Hauses vermutlich nur sehr schwer möglich sein, solange sie sich nicht eingesteht, dass die Hohmanns und Nietsches in Ihrer Partei eben nicht verirrte Einzeltäter sind, sondern Ergebnis einer Politik, die jahrelang den völkisch nationalistischen Rand, die so genannte Stahlhelmfraktion, integrierte. Sie lässt immer wieder zu, dass sich CDU-Politiker, auch in Thüringen, in diversen Debattierklubs und Thinktanks der extremen Rechten tummeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,

(Zwischenruf Abg. Dr. Pietzsch, CDU: Wo denn? Beweise.)

nicht nur, die wachsende Zustimmung ...

(Zwischenruf Abg. Michel, CDU: Kommunisten ... rechts zur PDS.)

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Ja, das sieht man.)

(Glocke der Präsidentin)

Mindestens diese Bemerkung hat mit dem, was ich gesagt habe, nichts zu tun.

Präsidentin Lieberknecht:

Ist das eine Frage, die Sie stellen wollen?

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Am Ende.

Präsidentin Lieberknecht:

Es war keine Frage, ich habe das jetzt akustisch nicht ganz wahrnehmen können.

Abgeordneter Dr. Pietzsch, CDU:

Es war schon eine Frage, aber der Herr Abgeordnete Hahnemann hat gesagt, dass er sie erst am Ende beantworten will.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Ja. Sehr geehrte Damen und Herren, nicht nur die wachsende Zustimmung zu den diversen Versatzstücken der rechtsextremen Ideologie muss erschrecken. Der diesjährige Thüringen-Monitor gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang Thüringer Bürgerinnen und Bürger das politische System der parlamentarischen Demokratie und ihrer Organe unterstützen und wie deren Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis im Land ausfällt. Zwischen Anspruch aber und Wirklichkeit klafft in Thüringen ein gewaltiger Riss. 80 Prozent der Bevölkerung stimmen der Demokratie als Staatsidee zu und nur 37,3 Prozent zeigen sich mit dem zufrieden, wie diese Demokratie in der Praxis funktioniert. In den letzten Jahren hat sich dieser Trend von Jahr zu Jahr verstärkt. Nur noch 33,5 Prozent der Befragten können als zufriedene Demokraten bezeichnet werden. Dagegen sind 45,6 Prozent äußerst unzufrieden mit dem praktischen Erscheinungsbild der Demokratie. Auch der Anteil der Nichtdemokraten ist auf nunmehr 20,9 Prozent gewachsen. Darunter befinden sich immerhin 8,4 Prozent bekennende Antidemokraten. Diese Entwicklung ist nicht mehr mit dem Bild der feinen Risse - und da scheinen wir ja übereinzustimmen, Herr Althaus - zu beschreiben. Wir haben es mit Erosionen zu tun. Diese Erosionen werden aber nicht durch höhere Gewalten ausgelöst, da machen wir uns doch nichts vor. Wie auch die meisten Erosionen in der Natur sind sie hausgemacht. Dafür spricht die Tatsache, dass Demokratieskepsis und -ablehnung einhergehen mit einer grundsätzlichen Kritik an Politik, Politikern und Parteien, Desinteresse und mangelnde Informiertheit sind dafür nicht die Gründe. Auch das zeigt der Monitor. Die Thüringerinnen und Thüringer sind nach diesen Untersuchungen überdurchschnittlich interessiert an Politik und sie sind informiert. Sie bedienen sich regelmäßig der verschiedensten Informationsquellen, wie regionaler Zeitungen und öffentlich-rechtlicher Medien. Aber im Zentrum des Demokratieverständnisses der Befragten steht die Auffassung, dass eine Demokratie dann eigent-

lich keine Demokratie sei, wenn sie große soziale Ungleichheit zulässt. So erklärt sich auch, warum gerade sozial Benachteiligte mit geringer formaler Bildung und noch geringeren Chancen auf soziale Sicherheit die größte Gruppe unter den Demokratieskeptikern und -gegnern ausmachen. Und mit der Zerstörung des Sozialstaats, dem auch in der alten Bundesrepublik eine wichtige Funktion beim Ringen um Unterstützung der Bevölkerung für das politische System zukam, wird die Demokratiezufriedenheit weiter sinken. Die Monitor-Studie kommt weiter zu dem Ergebnis, dass rechtsstaatliche Prinzipien von den Thüringern kaum bis nicht geschätzt werden. Das ist ein Ergebnis, das ebenfalls in Sorge versetzt, wenn nämlich das Gleichheits- gegenüber dem Freiheits- und Rechtsstaatsdenken überwiegt. Was Thüringer Bürgerinnen und Bürger aber eigentlich zu dieser Haltung treibt, ist das berechtigte Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit. Die Frage muss erlaubt sein: Warum wollen wir uns eigentlich wundern, dass das hohe Gut der Rechtsstaatlichkeit von der Bevölkerung so gering geachtet wird? Der gleichzeitige politische und mediale vorherrschende Diskurs geht doch genau in diese Richtung. Es gibt kaum ein Grundrecht, das von neoliberaler Verwertungsideologie oder innenpolitischer wie außenpolitischer Aufrüstung nicht zur Disposition gestellt wird.

Gering geachtet werden laut der vorliegenden Untersuchung auch Pluralismus und Minderheitenschutz. Auch hier liegt das Meinungsbild der Bevölkerung ganz nah an dem Bild der herrschenden Politik. Die Befragten stimmen mit 60 Prozent der Aussage zu, die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl. Sie kritisieren damit eigentlich ein Grundprinzip demokratischer Meinungsbildung. Hier besteht ein enger Zusammenhang zu aktuellen Erscheinungen in der politischen Diskussion. Die ständigen Hin und Her, Auf und Ab, Hinüber und Herüber, jeder gegen jeden erleben die Bürgerinnen und Bürger zunächst als etwas, das mit ihnen nichts zu tun hat, das die Probleme nicht löst. Wenn die Resultate dessen dann aber bei ihnen ankommen, ist es ein Effekt oben gegen unten. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen nicht nur dieses "ständig eine neue Sau durchs Dorf treiben", sie leiden darunter und sie merken, es richtet sich auch praktisch gegen sie.

(Beifall bei der PDS)

Herrschende Politik betreibt einerseits unverhüllten Lobbyismus, andererseits wird Interessenvertretung zugunsten eines gemeinsamen Volkswillens diskreditiert. So werden zum Beispiel Gewerkschaften zum Hort der Restauration erklärt. Genauso, meine Damen und Herren, ramponiert die politische Klasse, an der Spitze Ihre Partei- und Fraktionseliten, ein demokratiekonstituierendes Prinzip, das dem Ausgleich unterschiedlicher Interessen dient. Diese Beispiele mögen genügen um deutlich zu machen, dass Politik, die selbst Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und sozialen Ausgleich gering achtet, einen

maßgeblichen Anteil hat an der Verbreitung und Verfestigung von Ansichten, die letztlich die Basis der Demokratie zum Wanken bringen.

Die separierte Betrachtung der Familie als Möglichkeit dem entgegenzutreten, verkennt im Übrigen einen wichtigen Umstand: In den Familien als Teile der Gesellschaft finden sich die bedenklichen Grundhaltungen ebenso wie in allen anderen Bereichen.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Was soll denn das heißen?)

Meine Damen und Herren, diese Gesellschaft hat kein Problem mit Linksextremismus.

(Unruhe bei der CDU)

Diese Gesellschaft hat enorme Schwierigkeiten mit rechts-extremistischen Straftaten. Aber die eigentlichen Schwierigkeiten hat diese Gesellschaft mit rassistischen, nationalistischen und antisemitischen Haltungen. Sie finden sich nicht am Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Sie werden ganz maßgeblich miterzeugt

(Beifall bei der PDS)

durch das Denken, Reden und Handeln großer Teile der politischen Klasse und ihrer Partei- und Fraktionseliten.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Politik, die fragt, mit wie wenig Freiheit, Grundrechten und sozialer Gerechtigkeit kommt Demokratie und kommen Demokraten eigentlich aus. Nein, wir brauchen eine alternative Politik, die Demokratie durch persönliche und gesellschaftliche Freiheit durch gesicherte Grundrechte und durch soziale Gerechtigkeit verwirklicht. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Jetzt die Frage, Herr Abgeordneter Dr. Pietzsch.

Abgeordneter Dr. Pietzsch, CDU:

Sie haben gesagt, dass sich CDU-Politiker in der rechten Szene tummeln würden. So ungefähr haben Sie das ausgedrückt, auch in Thüringen. Ich hätte gerne von Ihnen die Namen dieser Politiker, die sich in der rechten Szene tummeln.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Panorama ansehen!)

Das ist eine Frage.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Ad eins, Herr Pietzsch, ich werde mich, auch wenn ich den Indemnitätsschutz der Verfassung genieße, nicht zum Denunzianten machen lassen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ad zwei,

Abgeordneter Dr. Pietzsch, CDU:

Wenn Sie es nicht bringen können, dann bezeichne ich Sie als Lügner!

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Herr Pietzsch, legen Sie Wert auf meine Antwort oder legen Sie keinen Wert auf meine Antwort? Da sollten Sie sich vorher entscheiden, ansonsten kann ich das Pult hier verlassen.

Abgeordneter Dr. Pietzsch, CDU:

Verlassen Sie lieber das Pult.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Genau, wenn Sie es nicht wissen, brauchen Sie nicht weiterzusprechen.)

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Das wird nichts daran ändern, Herr Pietzsch, dass sich CDU-Politiker auch in Thüringen in solchen Debattierclubs wie zum Beispiel der Deutschen Gildenschaft oder dem Arbeitskreis Konservativer Christen tummeln

(Beifall bei der PDS)

und ich könnte Ihnen auch Namen nennen von Leuten, denen es eine Ehre ist Lattuseks Spießgesellen zu flankieren. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Abgeordneter Dr. Pietzsch, CDU:

Das dürfte Ihnen ausgesprochen schwer fallen.

Präsidentin Lieberknecht:

Ich komme jetzt zum Aufruf der nächsten Rednerin, das ist Frau Abgeordnete Pelke, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihre Ausführungen mit folgenden Sätzen begonnen, ich möchte zitieren: "Die

Thüringer Landesverfassung, die vor wenigen Wochen zehn Jahre alt geworden ist, nennt die Fundamente, auf denen wir die Zukunft unseres Landes aufbauen: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat." Ich bin Ihnen dankbar für diese Ausführungen, ich hätte mir allerdings gewünscht, gestern in der Diskussion um Videoüberwachung in Weimar ein ähnlich deutliches Bekenntnis von unserem Innenminister zu bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen sehr wohl, dass wir beim Thema der Videoüberwachung das Problem der Fremdenfeindlichkeit und der Gewalt in diesem Lande nicht lösen können. Sie verlagern bestenfalls das Problem, und sie schwächen natürlich auch die Demokratie, wenn Videoüberwachung so zustande kommt, wie in dem Fall durch den Innenminister, den Sie selbst sozusagen zurückpfeifen mussten. Ich bitte dieses auch in der Diskussion weiter zu bedenken.

Meine Damen und Herren, als ich mich auf diesen Bericht vorbereitet habe, waren mir die aktuellen Ereignisse im Bundestag zur Thematik Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit genauso vor Augen, wie der erst wenige Tage zurückliegende 9. November und die Gedenkfeier in der Erfurter Synagoge. Ich habe mir bei diesen frischen und mich bewegenden Eindrücken schon überlegt, ob es nicht zum wiederholten Male angebracht ist, die Landesregierung und die sie tragende Mehrheitsfraktion dieses Hauses zu bitten, und ich habe das auch gestern getan, endlich die ideologischen Gräben zu verlassen. Die Gräben zu verlassen und sich endlich, denn es ist an der Zeit, dem Problem des Rechtsextremismus und der demokratiefeindlichen Einstellung durchaus beachtlicher Gruppen in dieser Bevölkerung zu stellen. Es ist also angebracht, noch einmal dafür zu werben, endlich alle Kräfte zu bündeln, um offensichtliche demokratiefeindliche Entwicklungen zu bekämpfen und um Menschen aller Altersgruppen für ein Mitmachen in unserer, in dieser demokratischen Gesellschaft zu begeistern. Spätestens, meine Damen und Herren, seit der verniedlichenden Position des Regierungssprechers am Mittwoch, und spätestens auch seit dem Umgang der Bundes-CDU mit dem Abgeordneten Hohmann weiß ich aber, dass es bei dieser Landesregierung und der sie tragenden Partei immer nur hilft öffentlich zu skandalisieren. Sonst gibt es keine Chance die Augenklappe rechts auch nur einen Moment abzunehmen. Ich habe Ihnen das gestern schon gesagt, und nach den vorliegenden Fakten kann ich nur empfehlen, versuchen Sie es einfach mal, weil, wie auch in der Werbung bekannt, mit dem rechten und dem linken Auge sieht man besser.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Nein, mit dem zweiten.)

Meine Damen und Herren von der PDS, auch Sie bitte ich, das Experiment ruhig mal mit dem anderen Auge

auszuprobieren. Aber insgesamt ohne ich allerdings, dass, egal wo man eine ideologische Klappe aufsetzt, den größten Teil der dadurch verborgenen Demokratiefeinde dann als völlig identisch identifiziert. Und falls der Herr Regierungssprecher nach Durchsicht der Ergebnisse und der Wahrnehmung der Fakten das nicht hinbekommt, dann sagen Sie ihm einfach, das Schwarze sind die Buchstaben. Dann müsste es ihm gelingen zu verstehen, was im Thüringen-Monitor festgeschrieben ist. Allerdings befürchte ich, dass alle Liebesmühe und alle offensichtlichen Fakten auch diesmal umsonst sind. Denn wenn es um Ausländerfeindlichkeit und wenn es um Rechtsextremismus geht, dann muss alles, was die Opposition sagt, einfach falsch sein. Die bessere Einsicht reicht bestenfalls für kurze Zeit zur Bildung von Menschenketten und wenn die Betroffenheit weg ist, wenn Presse verschwunden ist, dann sehe ich das Motto der Landesregierung immer wieder unter diesem Tenor, dann alles unter den Teppich zu schieben. Das war so und das ist auch so in dieser Legislaturperiode.

Eine rühmliche Ausnahme aber lassen Sie mich benennen, und ich will es ausdrücklich sagen und ich will ihn ausdrücklich dafür loben, den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Vogel. Die Erstellung und die kontinuierliche Fortschreibung des Thüringen-Monitors war und ist ein guter Beitrag als Frühwarnsystem und als politische Handlungsgrundlage, wenn man denn auch danach handeln würde und die Signale ernst nähme. Aber das, was Sie heute in Ihrem Bericht und in Ihrer Rede vorgetragen haben, Herr Ministerpräsident, lässt nur einen Schluss zu: Es ist eigentlich alles in Ordnung, alles ist gut, es wird weiter bagatellisiert und ich kann nur hoffen, dass kein Ereignis eintritt, was plötzlich die Maske des Kaschierens und des Bagatellisierens und auch des Schönredens herunterreißt.

Denn heute, meine Damen und Herren, liegen Fakten vor, und ich kann nur hoffen, dass auch die Medien diesen Fakten die Brisanz beimessen, eine solche Brisanz beimessen wie der Berichterstattung über skandalöse Straftatbestände. Das wäre dann von dieser Seite auch ein wichtiger Beitrag für ein demokratisches und tolerantes Thüringen.

Die Ergebnisse dieses Thüringen-Monitors, meine Damen und Herren, sind nämlich sachlich und faktisch derart eindeutig, dass die Landesregierung nicht einfach weiter verleugnen kann und dass damit auch die Bürokratie nicht weiter vor sich hin dillietieren kann.

Lassen Sie mich nur einige wenige Ergebnisse hervorheben: Nahezu 50 Prozent der jungen Leute in diesem Land sind tendenziell bereit, Thüringen zu verlassen, und, Herr Althaus, das ist eben keine Demagogie der Gewerkschaften, das ist pure Realität.

Ein nächster Punkt: Selbst innerhalb der sich zur Demokratie bekennenden Befragten überwiegt bei weitem der

Anteil unzufriedener Demokraten. Von der Opposition in einer Demokratie wird von einer Mehrheit der Befragten nicht ein Ringen um bessere Ideen und Lösungen von Problemen erwartet; es werden keine kritischen und offenen Diskussionen, kein konstruktiver Streit erwartet, sondern - man höre und staune - von Opposition erwartet man die Unterstützung der Regierung. Meine Damen und Herren von der CDU, da dürfen und da sollten Sie eigentlich nicht jubeln, denn dieser vorliegende Monitor bestätigt vielmehr, dass ein Grundelement parlamentarischer Demokratie, nämlich kontroverse Auseinandersetzung und die damit zwangsläufig immer wieder neu abgeforderte Meinungsbildung jedes Bürgers zu Gunsten eines geschlossenen Handelns der Parteien immerhin von einer Mehrheit quer durch alle Lager nicht erwünscht wird.

Aber das wissen Sie doch alle insgesamt, meine Damen und Herren, so kann Demokratie nicht funktionieren. Immer wenn Demokratie so missbraucht wurde, dass Opposition als nicht notwendig empfunden wurde, dann ging es um andere, nämlich um undemokratische Ziele, und das wissen Sie und das wissen wir aus unserer jüngsten Geschichte am besten. Das heißt, die Rolle der Opposition ist definiert, sie muss streiten, sie muss kontrollieren und vielleicht zeigt dieses an dem Punkt auch, dass wir in diesem Land der politischen Bildung einen neuen Schwerpunkt geben müssen.

Eine weitere Anmerkung: Diejenigen, die sich eher zur Ablehnung der Demokratie bekennen, die sich von welchem extremistischen Flügel auch immer die jeweils einzige Weisheit erhoffen, sind überwiegend die Verlierer in unserer Gesellschaft. Das sind sie häufig in zweifacher Hinsicht. Erstens, in der Partizipation an Bildung, und hier gilt unverändert der Grundsatz: "Je besser der Bildungsabschluss, je größer die Zustimmung zu demokratischen und gesellschaftlichen Strukturen", also Herr Krapp, auch hier ist mittlerweile ganz deutlich ein Handlungsauftrag gegeben, das alles ist ein wichtiges Thema für unsere Schulen - nicht nur Deutsch und Mathe, wengleich ich damit Deutsch und Mathe nicht negieren will.

Zweitens, es besteht ein Zusammenhang - und auch das wissen wir sehr deutlich - zwischen denen, die insbesondere im Bereich des Arbeitsmarkts keine Chance mehr sehen. Herr Reinholz, hier wäre es mittlerweile notwendig, in der Arbeitsmarktpolitik umzudenken und keine Kahlschlagpolitik zu betreiben.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Ach, ach, das ist ja der Hammer, da müssen Sie die Bundesregierung vorführen!)

Sie müssen nicht mit der Bundesregierung kommen. Unsere Bundesregierung kritisieren wir selber, wir haben auch schon einiges in der Richtung verbessern können.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir haben einiges verbessert, wo Sie dann hinterher wieder so getan haben, als hätten Sie auch etwas damit zu tun.

Aber es kommt noch härter, meine Damen und Herren, die Zustimmung zu einer Diktatur als Staatsform ist deutlich gestiegen. Nahezu ein Fünftel der Befragten können sich eine solche Diktatur vorstellen. Es geht weiter: Der Anteil rechtsextrem Eingestellter stieg von 2001 - damals waren es 22 Prozent, und beträgt nun 22,7 Prozent der Befragten. Innerhalb der rechtsextrem Orientierten äußern dreimal so viel wie in der normalen Bevölkerung tendenzielle Gewaltbereitschaft. Die Ausländerfeindlichkeit ist seit 2001 kontinuierlich gestiegen und beträgt mittlerweile 43,1 Prozent der Befragten. Weit mehr als 50 Prozent der Befragten halten die Bundesrepublik durch Ausländer für überfremdet und meinen, dass Ausländer überwiegend unseren Sozialstaat ausnutzen.

Meine Damen und Herren, und dieses Ergebnis in einem Land, wo der Ausländeranteil noch nicht einmal 2 Prozent beträgt. Dieses sollte uns zu denken geben. Jeder vierte Thüringer liebäugelt mit einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung, und bevor die Kollegen auf dieser Seite nun in die Gefahr geraten, zu klatschen, denken auch Sie hier an die Augenklappe und das dahinter Verborgene. Denn viele der sich danach Sehrenden nehmen eben auch ausländerfeindliche Haltungen ein und betrachten Diktaturen insgesamt als wünschenswerte Staatsform.

Das, meine Damen und Herren, sind die Fakten, und weil diese Fakten so sind, hat zu meinem Entsetzen der Regierungssprecher bereits am Mittwoch verkündet, dass die Untersuchung bestätige, dass die Demokratie als Staatsform fest verankert sei. Und genau in diesem Sinne haben auch Sie, Herr Ministerpräsident, heute argumentiert und gesagt, es ist sozusagen alles klar auf der "Andrea Doria".

Was bitte muss denn noch geschehen, dass diese Regierung auch endlich ihre ideologischen Scheuklappen verliert? Sollen wir weiter warten, bis die Zustimmung zu Diktaturen einen noch höheren Anteil einnimmt? Wenn von den Verfassern der Studie gesagt wird, dass das demokratische Fundament feine Risse bekommt, dann, meine Damen und Herren, ist das mehr als nur ein zarter Hinweis. Dann ist es die Aufgabe dieser Landesregierung, alles, aber auch alles zu unternehmen, um diese Risse nicht nur zu kaschieren, sondern ein für alle Mal zu beseitigen. Da gibt es manchmal schon Parallelen, ich möchte es hier einfach mal ansprechen, auch hinsichtlich wie die Bundespartei der CDU mit solchen Problemen umgeht. Denn wir haben ja gerade dieses Problembewusstsein erlebt, und wir haben erlebt, meine Damen und Herren, dass es wochenlang dauert, und dass es eines erheblichen internationalen und öffentlichen Druckes bedarf, bis endlich gehandelt wird. Heute hat man dann die Konsequenzen gezogen. Ich sage Ihnen, wie das Ergebnis ausgefallen ist: 195 Abgeordnete der CDU-Bundestagsfraktion haben für den Ausschluss gestimmt, immerhin 28 dagegen und 16 haben sich enthalten. Ein Ergebnis, über das Sie

alle nachdenken sollten, meine Damen und Herren. Es gibt leider Gottes noch mehr "Hohmänner" und "Nietshes" in dieser Gesellschaft und speziell in dem Fall in der CDU. Es macht mich betroffen, dass diese Entscheidung, die Frau Merkel dankenswerterweise als Antrag eingebracht hat, nicht eine Reaktion darauf war, dass dieser Herr Hohmann Irrsinn verzapft hat, sondern, dass es öffentlichen Druck gegeben hat. Das halte ich für ein Problem.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch das, was ich gestern gesagt habe, auch hier in Thüringen erleben wir, insbesondere vom Innenminister und von der Fraktion in der Mitte, dass die CDU den Begriff "Rechtsextremismus" immer nur dann in den Mund nimmt, wenn Linksextremismus auf das Gramm genau so nachweislich ist. Wenn das nicht ist, dann gibt es auf der anderen Seite auch nichts.

(Zwischenruf Kaiser, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei: Das ist falsch.)

Nein, Herr Kaiser, das ist nicht falsch, Sie sollten einmal zuhören, auch Ihre Aussagen haben mich gestern ein bisschen irritiert. Ich verstehe, dass Sie den Innenminister verteidigen müssen, aber trotz alledem hätte ich mir eine etwas offenere Haltungsweise erwartet. So habe ich Sie jedenfalls bislang kennen gelernt.

(Zwischenruf Kaiser, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei: Dann sollten Sie nachlesen, was ich gesagt habe.)

Deswegen habe ich auch gesagt, dass wir in Thüringen einen Innenminister erleben, der auch so seine Probleme hat mit Eingeständnissen von logischen Fehlern und deswegen ist, letztendlich kann man das sagen, auch seine Haltung nahezu konsequent, wenn es beispielsweise darum geht, dass der Bund das Civitas-Programm auflegt, dessen Ziel es ist - und ich zitiere - "eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur in den neuen Bundesländern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, etwas entgegenzusetzen." Dann, meine Damen und Herren, passt das zwar genau zur Thüringer Problematik, aber aus Ihrer Sicht gibt es die eben nicht oder sie darf es nicht geben. Also, der Innenminister unternimmt alles, um dieses Programm zu diskreditieren. Aber er diskreditiert nicht nur das Programm, und das muss man auch in dieser Runde einmal deutlich sagen, nein, auch diejenigen, die sehr bewusst als zivilgesellschaftliche Akteure, und die sind ja von Ihnen heute auch angesprochen worden, über einige ideologische Hürden gesprungen sind, um zusammenzuarbeiten. Wenn die Evangelische Landeskirche gemeinsam mit der Jüdischen Landesgemeinde und dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Kooperation mit der katholischen Kir-

che die mobile Beratung in Thüringen genau mit diesem Ziel dieses Programms betreiben, dann ist es im Lichte der heutigen Ergebnisse ein Skandal, dass seit Jahren das Innenministerium alles, aber auch alles unternimmt, um die mobile Beratung und das Programm Civitas in Misskredit zu bringen. So deutlich muss man das ansprechen.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl die Vertreter der genannten Organisationen im Bewusstsein dessen, was draußen in den Regionen tatsächlich an Handlungsbedarf gegeben ist, persönlich mit dem Innenminister in Verbindung treten und ihn um Unterstützung des Programms und um Kooperation bitten, obwohl die SPD-Landtagsfraktion mit dem Innenminister in Verbindung tritt und ein gemeinsames Konzept zwischen der Koordinierungsstelle Gewalt und dem Verein "Mobit" wiederholt anregt, trotz dieser Dinge erfolgt bis heute außer Abwehr nichts. Na ja, nichts wäre falsch, es erfolgt im Sozialausschuss eine Auflistung angeblicher Beispiele, mit denen bewiesen werden soll, dass die mobile Beratung einen falschen Ansatz verfolgt. Dafür aber wird die Arbeit der Koordinierungsstelle Gewalt bejubelt. Herr Minister Dr. Zeh verkündet im gleichen Ausschuss, dass er die Vernetzung aller möglichen Aktivitäten für erforderlich hält. Der Innenminister verkündet, dass sich die Verantwortlichen des eben genannten Vereins zunächst erst mal mit ihren eigenen Ansätzen auseinander setzen sollen, und wenn sie diese geändert hätten, erst dann sei die Landesregierung wieder gesprächsbereit. Wohl bemerkt, das ist der Stand nach einigen Jahren nicht stattgefundener und vom Innenministerium unterlaufener Kooperation. Meine Damen und Herren, das sage ich auch in Richtung des Innenministers, das ist kein Umgang, so geht man nicht mal mehr mit einem Schuljungen um. Das mag vielleicht Armeejargon sein, aber keine Umgangsform mit Kirchen- und Gewerkschaftsvertretern, auch das will ich hier so deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Erforderlich hingegen wäre, und das seit Jahren, eine abgestimmte Konzeption zwischen dem Verwaltungshandeln der Ministerien und dem Engagement der mobilen Beratung. Das wäre Vernetzung, die von allen immer eingefordert wird. Der Schlüssel hierfür liegt im Moment allein in der Hand der Landesregierung. Sie sollten eigentlich begeistert sein, weil Sie es immer an anderer Stelle einfordern, über eine erwünschte und von allen gewollte Zusammenarbeit von Kirchen, von Jüdischer Landesgemeinde und Gewerkschaften. Und ganz nebenbei würde der Bund, der dies schon seit einigen Jahren leistet, auch weiterhin seinen Teil zu einer Sache beitragen, die wirklich keine originäre Bundesangelegenheit ist. Wir haben genau aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, allerdings noch nicht im Wissen der heutigen Ergebnisse, zuletzt in der Sitzung des Sozialausschusses am 4. September 2003 eine Anhörung der landesweit tätigen Trägervereine des Bundesjugendministeriums und der

Verfasser einer Evaluationsstudie beantragt, eben um Vorwürfe zu klären und Zusammenarbeit einzufordern. Aber selbst dieses Ansinnen wurde wie so oft von der Mehrheitsfraktion dieses Landtags abgelehnt. Das ist unverständlich, aus meiner Sicht teilweise böswillig und auch unverantwortlich und ganz nebenbei war damit auch die Bundesförderung akut gefährdet. Heute allerdings konnten wir zur Kenntnis nehmen, dass der Bund noch mal 1 Mio. € mehr für Civitas zur Verfügung stellt. Ich hoffe wirklich, dass es in Ihrem Bereich ein Einsehen gibt, was den Bereich Civitas, was den Verein "Mobit" angeht, und dass nicht der von Ihnen angesprochene, kürzlich neu gegründete Verein "neue ebenen" auf einmal den Verein "Mobit" ersetzen soll, der neuer Antragsteller wird, weil das Klientel, die Zusammensetzung Ihnen möglicherweise näher steht als das andere, wobei ich es nicht verstehe, Sie wollen ja auch immer mit den Kirchen zusammenarbeiten wie wir auch. Deswegen finde ich diesen Umgang mit Vertretern der Kirchen, mit Vertretern der Gewerkschaften, die Art und Weise, wie man mit ihnen umgegangen ist von Seiten des Innenministeriums, unwürdig. Deswegen möchte ich es vielleicht noch mal versuchen und möchte Sie bitten, lassen Sie uns doch die Ergebnisse dieses uns jetzt vorliegenden Thüringen-Monitors im Rahmen einer Anhörung innerhalb der Fachausschüsse mit den landesweiten Trägern der Civitas-Programme, mit dem zuständigen Bundesministerium erörtern und lassen Sie uns doch gemeinsam mit der Koordinierungsstelle Gewalt ein Konzept erarbeiten, das mit den freien Trägern auf eine vernünftige Stufe gestellt werden kann.

(Beifall bei der PDS)

Hier wäre wirklich Gemeinsamkeit bei Wahrung der Eigenständigkeit und der Transparenz des Handelns angebracht. Und eine große Bitte lassen Sie mich abschließend auch noch sagen: Wir sollten, nein, wir müssen sehr rasch Konsequenzen im Bereich der allgemeinen Bildung und auch der Erwachsenenbildung und damit auch der politischen Bildung ebenso ziehen wie im Bereich der Arbeitsmarktförderung. Denn auch das möchte ich Ihnen so deutlich sagen: Verlierer, auch das sagt der Thüringen-Monitor, drohen zu Zerstörern zu werden. Genau deswegen dürfen wir Menschen nicht zu Verlierern werden lassen. Das ist unsere ureigenste Aufgabe. Deswegen möchte ich auch die Inhalte weiter diskutieren und möchte auch diese Anhörung realisieren. Denn spätestens seit heute müsste doch klar sein, dieses Land hat Besseres verdient, und wir alle haben weder Zeit noch Geld, noch Chancen zu verlieren. Denn aus den feinen Rissen, Herr Ministerpräsident, qualmt es schon mächtig und Sie sollten das noch kleine Feuerchen nicht weiter ignorieren, sondern endlich Alarm schlagen. Dafür sind Sie, dafür sind wir alle zuständig. In diesem von mir angesprochenen Sinne wollen auch wir, will meine Fraktion mit Ihnen arbeiten. Denn - der letzte Satz und dann gerne die Frage - die Sicherung des Demokratiestandorts Thüringen ist ebenso wichtig wie die Siche-

zung des Wirtschafts- und Technologiestandorts Thüringen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Pelke, wenn Sie gestatten, hätte ich zwei Fragen. Heute vor einer Woche war der Bundeswirtschaftsminister Clement auf der Erfurter Messe und da ist von Jugendlichen in einer Diskussionsrunde auch das Thema "Abwanderung" angesprochen worden. Ist Ihnen bekannt, wie der Wirtschaftsminister darauf reagiert hat?

Abgeordnete Pelke, SPD:

Verraten Sie es mir doch.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Er hat es verteidigt, er findet das gut, dass die jungen Leute in die westlichen Bundesländer gehen. Das war meine erste Frage. Und meine zweite Frage lautet: Wie groß ist Ihr Protest? Heute wird in der Bundesagentur für Arbeit voraussichtlich eine Kürzung von 3 Mrd. € beschlossen, die ABM und Weiterbildungsmaßnahmen betrifft. Wie groß ist Ihr Protest dort?

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Vopel, ich kann Ihnen gerne alle meine Pressemitteilungen zu meiner eigenen Partei, zu meiner Bundesregierung und zu Herrn Gerster inklusive der Pressemitteilung, wo ich persönlich Herrn Gerster zum Rücktritt aufgefordert habe, zur Verfügung stellen. Wenn etwas falsch läuft, mache ich keinen Unterschied, ob es die CDU falsch macht oder die SPD. Wenn es falsch ist, sage ich es sehr deutlich. Ich hätte mir seinerzeit gewünscht, Sie hätten bei falscher Politik des Bundeskanzlers Kohl es auch mal deutlich gesagt und nicht immer nur den Kopf eingezogen. Erster Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Abwanderung von jungen Menschen in dem Sinne, irgendwo anders Erfahrungen zu sammeln, ob es in westlichen Ländern ist oder im europäischen Bereich, halte ich für gut, weil die Menschen freiwillig weggehen, Erfahrungen sammeln und wieder zurückkommen. Nur unsere Leute müssen im Moment entscheiden, zwangsläufig, weil sie hier keine Chance haben, woanders hinzugehen. Und die kommen dann nicht mehr zurück und das ist ein Problem, um das wir uns kümmern müssen. Das ist ein großes Problem, weil wir junge Menschen in Thüringen brauchen.

Präsidentin Lieberknecht:

Damit sind die Fragen beantwortet. Wir kommen jetzt zum nächsten Redner, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Pietzsch.

Abgeordneter Dr. Pietzsch, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf noch mal darauf verweisen, dass wir vor wenigen Tagen ja erst den 9. November hatten, den 14. Jahrestag des Falls der Mauer. Ich sage an dieser Stelle noch mal: Das ist einer der glücklichsten Tage des vergangenen Jahrhunderts für Deutschland gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Deutschland hat im vergangenen Jahrhundert nicht sehr viele glückliche Tage gehabt, an die es sich lohnt zu erinnern. Das ist einer davon gewesen. Aber der 9. November, meine Damen und Herren, ist eben auch der Jahrestag der Reichspogromnacht und wir haben vor wenigen Tagen den 10. Jahrestag der Thüringer Verfassung gefeiert. Dieser 9. November in all seinen drei Anteilen hat schon etwas auch direkt und indirekt mit dem Bericht zu tun, den wir heute hier von der Landesregierung bekommen haben. Zwei Diktaturen haben ihre tiefen Spuren in Deutschland hinterlassen und so beobachteten wir immer wieder extremistische Aktivitäten sowohl im rechten als aber auch im linken Spektrum. Mit die Gründe dafür sind eben in diesen zwei zurückliegenden Diktaturen zu suchen. Daher begrüßt die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag ausdrücklich, dass es sich die Landesregierung zur Aufgabe gemacht hat, seit dem Anschlag auf die Erfurter Synagoge im April 2000 in jedem Jahr einen Bericht zu Extremismus und Radikalismus im Freistaat Thüringen vorzulegen.

Meine Damen und Herren, es geht dabei um Bestandsaufnahme, es geht dabei allerdings auch um Auswertung des Thüringen-Monitors als Grundlage für zukünftige Entwicklungen. Es ist nicht Aufgabe eines solchen Berichts, nur eitel Freude und Sonnenschein zu verbreiten, und das hat der Bericht des Ministerpräsidenten auch deutlich gemacht. Herzlichen Dank für klare Worte im Rahmen dieses Berichts.

(Beifall bei der CDU)

Es geht sehr wohl darum, den Finger in die Wunde zu legen, aber, sehr geehrter Herr Abgeordneter Hahnemann, es geht nicht darum, die Politik in all ihren Facetten schlechtzureden, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn es so passiert, wie Sie es machen, dass eine Politikverdrossenheit und ein falsches Bild von Politik in der Bevölkerung verbreitet wird.

(Beifall bei der CDU)

Herr Hahnemann, ich habe an den 10. Jahrestag der Thüringer Verfassung erinnert; Sie gehören ja auch zu denen, die dagegen gestimmt haben.

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS:
Richtig. Sie gehören auch zu denen, die ...)

Sie berufen sich auf Grundgesetz und Verfassung, aber wo Sie es können, machen Sie deutlich, dass Sie einen tief verwurzelten Hass auf diese Verfassung und auf das deutsche Grundgesetz haben.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: ... und
Hass sind selten ein Unterschied.)

Es wäre schön, Frau Thierbach, wenn das so wäre. Ich habe den Worten einen tief verwurzelten Hass entnehmen können.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich ganz ehrlich hiermit umgehen soll, habe ich den Eindruck, dass man in Ihrer Fraktion die alte Maxime verfolgt: Solange wir nicht an der Macht sind, nutzen wir die demokratischen Spielregeln aus, um wieder an die Macht zu kommen, und dann sieht es anders aus.

(Beifall bei der CDU)

Die kommunistische Grundtendenz hat sich bei Ihnen offensichtlich nicht geändert.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Wie
wahr.)

Meine Damen und Herren, der im Juni dieses Jahres vom Thüringer Innenministerium veröffentlichte Verfassungsbericht sagt das Gleiche wie der Thüringen-Monitor. Er weist für das Jahr 2002 einen deutlichen Rückgang im Bereich der politisch motivierten Kriminalität und extremistischen Straftaten nach. Wobei dieser Rückgang im Wesentlichen auf den Rückgang rechtsextrem motivierter Straftaten zurückzuführen ist, in einem Umfang, der zwar erfreulich ist, der uns aber nicht davon abhalten darf, weiterhin alles zu unternehmen, dass diese Straftaten weiter zurückgehen, insbesondere dass das geistige Fundament, was dahinter steht, nicht aus dem Auge gelassen wird. Im Jahre 2002 gab es 913 rechtsextremistische Straftaten, im Jahr davor noch 1.313 - immerhin ein Rückgang von etwa 30 Prozent. Im Bereich der linksextremistisch motivierten Kriminalität haben sich im Vergleich 2001/2002 keine nennenswerten Veränderungen auf niedrigem Niveau ergeben.

Meine Damen und Herren, der soeben durch den Ministerpräsidenten gegebene 4. Bericht der Landesregierung bestätigt diese Entwicklung insgesamt. Die Zahl politisch

motivierter Straftaten hat sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 10 Prozent verringert. Das ist nicht zuletzt auf den Rückgang von Straftaten aus dem rechts-extremistischen Umfeld zurückzuführen. Allerdings, was uns dennoch beunruhigt, ist eine geringfügig zunehmende Anzahl antisemitischer Delikte. Hier bedarf es auch einer weiteren intensiven Beobachtung.

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Grund zur Entwarnung in diesem Bereich, aber insgesamt ist eine Entwicklung, was die rechtsextremen Straftaten angeht, in richtiger Richtung zu verzeichnen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle muss ich allerdings auch darauf hinweisen - und das finde ich schon bedenklich -, dass bei einer Veranstaltung, die auch in der Zeitung vermeldet wurde, ein Mitglied dieses Hauses beteiligt gewesen ist an der Vereitelung von Aufnahmen durch die Polizei bei einer so genannten antifaschistischen Kaffeefahrt, wo es zu Ausschreitungen gekommen ist, wo die Polizei von den Ausschreitenden die Personalien aufnehmen wollte und der Abgeordnete Dittes dieses versucht hat zu verhindern. Meine Damen und Herren, das muss an dieser Stelle dann auch mal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen in unseren Bestrebungen zur Bekämpfung des politischen Extremismus - ich sage ganz deutlich - sowohl von Rechts als auch von Links nicht nachlassen. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag wird die Landesregierung bei allen Maßnahmen, die der Stärkung der inneren Sicherheit im Freistaat dienen, wie in der Vergangenheit unterstützen. Meine Damen und Herren, aber ich sage auch, es stimmt nicht, dass es nur der richtigen Betreuung bedarf und alle Menschen werden Brüder. Schon Kain und Abel haben sich gegenseitig umgebracht, das heißt, nicht gegenseitig, sondern einer hat den anderen umgebracht. Meine Damen und Herren, das hatten wir schon mal in der DDR, dass gesagt worden ist, man muss die Menschen nur richtig erziehen, dann werden es alles Engel sein. Nein, wir brauchen ein gut abgestimmtes Programm, ein gut ausgewogenes Verhältnis zwischen präventiven und repressiven Maßnahmen. Ohne diese repressiven Maßnahmen werden wir nicht auskommen, denn es wird auch in Zukunft Kriminalität und auch politisch motivierte Kriminalität geben. Wer dann vielleicht die DDR anführt als ein Land, in dem es weniger Kriminalität gab, auch ganz normale Kriminalität, meine Damen und Herren, das ist in jeder Diktatur so. Die Summe der Kriminalität ist vielleicht gleich, dort sind es die Regierenden, die kriminell sind und die die anderen unterdrücken.

(Beifall bei der CDU)

In Diktaturen hat Kriminalität einen Tiefpunkt, dafür aber die staatliche Kriminalität ein besonderes Hoch. Wir nehmen lieber zivile Kriminalität in Kauf, wenn die staatliche

Kriminalität nicht so hoch ist wie in Diktaturen. Meine Damen und Herren, dabei setzen wir auf die Arbeit der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Justiz. Entschlossenes Eingreifen, ein hoher Verfolgungsdruck sowie beschleunigte Verfahren schaffen nicht nur eine hohe Aufklärungsquote, sondern sie dienen auch der Abschreckung. Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Die Demokratie muss wehrhaft sein, sie muss ihren Feinden zeigen, dass sie mit rechtsstaatlichen Mitteln extremistische Straftaten konsequent verfolgen wird. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen realisiert werden können.

(Beifall bei der CDU)

So hat auch gerade das Sicherheitspaket im Rahmen der Beratung zum Nachtragshaushalt 2003/2004 keine finanziellen Einschnitte erfahren. Damit besteht für die Behörden im Freistaat Planungssicherheit. Daher bin ich der Landesregierung dankbar, dass sie mit dem Programm für mehr Sicherheit in Thüringen auf die wachsende Bedrohung des Rechtsstaats rasch und ausgewogen reagiert hat. Dies ist ein Programm mit zwei Ansätzen - Zusammenarbeit in der Koordinierungsstelle, Zusammenarbeit mit allen Ministerien.

Wir haben die Personalsituation bei der Polizei verbessert. Eine wichtige Rolle kommt in diesem Zusammenhang, und das habe ich vorhin schon gesagt, auch dem Verfassungsschutz zu. Der Verfassungsschutz sammelt Informationen, wertet sie aus, liefert die Grundlagen auch für die Politik, um Maßnahmen gegen politischen Extremismus und Radikalismus im Freistaat zu ergreifen. Für die CDU-Fraktion in dem hohen Haus steht eindeutig fest, das will ich hier noch einmal unterstreichen, wir brauchen den Verfassungsschutz und wir werden es nicht zulassen, dass Hand an den Verfassungsschutz gelegt wird,

(Beifall bei der CDU)

natürlich unter entsprechender demokratischer Kontrolle. Im Gegensatz zu den Damen und Herren von der Opposition, fordern wir nicht die Abschaffung dieses Amtes. Wir sehen den Verfassungsschutz als einen wichtigen und notwendigen Baustein ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD:
Was heißt denn hier Opposition? Die SPD will den Verfassungsschutz.)

Ich bitte herzlich um Entschuldigung, Herr Schuchardt, der Opposition von der rechten Seite.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD: Das muss schon klar sein.)

Und mit der Änderung des Polizeiaufgabengesetzes wurde die Polizei im Freistaat in die Lage versetzt, sich auf die geänderten Bedingungen auch einzustellen. Wir werden

auch keiner Änderung des Polizeiaufgabengesetzes zustimmen, wenn versucht werden sollte, hieran etwas zu ändern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Mehrheit der Befragten stellt fest, dass es zu Demokratie keine Alternative gibt, aber sie zweifeln an der Umsetzung. Wenn ich heute in der Zeitung lese, 85 Prozent sind über die politischen Verhältnisse beunruhigt, 85 Prozent der deutschen Bevölkerung, dann, meine Damen und Herren, muss ich ja fast dem Monitor Schönfärberei vorwerfen.

Meine Damen und Herren, wenn dort 85 Prozent mit den politischen Verhältnissen unzufrieden sind, dann bezieht sich das im Wesentlichen auf das, was in Berlin geleistet wird. Da muss ich nun Frau Abgeordneten Pelke sagen, Sie ergreifen die Maximen, wie sie in der DDR gewesen sind: "Was meines ist, darüber bestimme ich und was deines ist, darüber können wir reden." Nach dem Motto, wie sie vorhin gesagt hat, die Bundesregierung in Berlin, die kritisiert die SPD selbst, da haben wir nicht mitzureden. Aber wenn es um Interna der CDU/CSU-Fraktion, Herrn Hohmann, geht, da möchten Sie ganz besonders intensiv mitreden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, entweder wir reden alle über alles oder es redet nur jeder über seines. Ich bevorzuge ausdrücklich die erste Version. Ich bin bereit, über alles mit Ihnen zu reden und nicht nach dem Motto: "Über meines rede ich und über deines können wir uns unterhalten."

Meine Damen und Herren, auch die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis ist leider nach dem Thüringen-Monitor rückläufig. Im Jahr 2001 waren noch 48 Prozent zufrieden, im Jahr 2002 40 Prozent und in diesem Jahr rund 38 Prozent. Ich halte dieses schon für wichtig, nicht nur den Unterschied zwischen 2001 und 2003 zu nennen, der ja dann immerhin 10 Prozent ausmacht. Der Knick ist zwischen 2001 und 2002, aber die Tendenz ist leider unverändert zurückgehend.

Meine Damen und Herren, es ist zwar erfreulich, dass die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen in dieser Negativtendenz nicht so vertreten ist, aber das ist nur ein leichter Trost. Ein Grund zur Sorge ist durchaus die Tatsache, dass drei Viertel der Befragten der Ansicht sind, dass es in unserer Gesellschaftsordnung eher ungerecht zugeht.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das stimmt!)

Was uns hier in diesem hohen Haus allerdings direkt angeht, ist dabei das schlechte Zeugnis, das der Politik ausgestellt wird. 81 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass es der Politik nicht um die Sache, sondern nur um

die Macht geht.

Meine Damen und Herren, Sie können natürlich fragen, ist es eine Sache des Inhalts oder ist es eine Frage des Marketings. Man sollte sich nicht so einfach nur auf Marketing zurückziehen, sondern ich denke, wir müssen auch deutlicher machen, dass es uns nicht um die Macht, sondern um die Sache geht.

(Beifall bei der CDU)

Sogar 90 Prozent der Befragten meinen, in der Politik werde zu viel geredet und zu wenig geleistet. Politik ist natürlich auch eine Angelegenheit, dass man miteinander redet, um zu Ergebnissen zu kommen. Aber die Ergebnisse müssen dann auch in der richtigen Relation zum Reden stehen.

Auch die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bevölkerung sind ein Parameter für die Stimmungslage im Land. Hier hat es im Wesentlichen keine Verschlechterung gegeben, aber das Bild in der Bevölkerung ist mehr als düster. Nur rund 20 Prozent der Thüringer betrachten die allgemeine Wirtschaftslage als gut, weit über 50 Prozent dagegen als weniger gut. Allerdings ein Phänomen, dass nach wie vor die Bewertung der eigenen finanziellen Lage besser als die der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ausfällt, ist beachtenswert. Nach wie vor wird von einer knappen Mehrheit der Befragten die eigene Lage positiv gesehen, nur jeder Neunte charakterisiert die eigene finanzielle Lage als schlecht. Es gibt also eine deutliche Diskrepanz - das ist unverändert vom ersten Monitor bis jetzt - zwischen der Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der eigenen Lage. Offenbar sind die Menschen im Freistaat überwiegend mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation zufrieden, sehen dagegen aber die allgemeine Situation eher als schlecht an.

Meine Damen und Herren, obwohl die nationalsozialistische Gewaltherrschaft fast 60 Jahre zurückliegt und nur 12 Jahre gedauert hat, hält sich das Gedankengut auch nach einem 40-jährigen Zwischenspiel einer sozialistischen Diktatur in unserer Gesellschaft latent. Es ist etwas, was mich immer wieder nachdenken lässt und was immer wieder bei mir eine gewisse Verwunderung gibt. Wir hatten nur 12 Jahre nationalsozialistische Diktatur,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Nur?)

aber das Gedankengut ist noch immer da. Meine Damen und Herren, für mich eigentlich ein Zeichen dafür, dass dieses Gedankengut - und wenn Sie das verfolgen, dann werden Sie das auch feststellen - nicht nur in 12 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft da war, sondern vorher da war und dass es auch latent noch immer existiert, ja nicht einmal nur in Deutschland latent existiert, sondern auch in vielen anderen Ländern dieser Welt. Das heißt, wir müssen uns diesem latent vorhandenen Gedankengut stellen als einem Gedankengut, was da ist und nicht

nur auf den Nationalsozialismus, nicht nur auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zurückzuführen ist. Das soll keine Relativierung bedeuten, das ist keine Entschuldigung, das ist kein Ablegen auf andere Länder dieser Welt, wo dieses Gedankengut auch vorhanden ist. Wir müssen uns mit diesem negativen Gedankengut als einem Gedankengut befassen, was auch in der Zukunft da sein wird.

Die andere Fehlentwicklung ist die Verharmlosung der DDR, die in dem Thüringen-Monitor aufgezeigt wird. Dass der Aussage, die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten, nach 13 Jahren deutscher Einheit rund 57 Prozent der Befragten überwiegend voll bis ganz zustimmt, ist bedenklich.

Aber, meine Damen und Herren, schauen wir uns einmal um, was wir in den Medien momentan beobachten sind die so genannten Ostalgieshows. Der Ministerpräsident hat es angesprochen. Meine Damen und Herren, die DDR ist kein "Kessel Buntes" gewesen,

(Beifall bei der CDU)

sondern die DDR ist ein groß angelegter Feldversuch gewesen, ein ganzes Volk im Gefängnis zu halten oder er ist die Umsetzung gewesen des Romans "1984". Und das ist das Schlimme.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe große Sorgen, ich habe große Bedenken, was dort in diesen Ostalgieshows abläuft. Das ist nur ein partieller Teil, der kleinste, der harmloseste Teil, es ist nicht das ganz normale Leben in der DDR gewesen. Es ist nicht die Schizophrenie im Denken gewesen, die unseren Kindern anezogen worden ist, spätestens in der 3. Klasse wussten sie genau, was sie zu Hause sagen dürfen und was sie in der Schule sagen dürfen, meine Damen und Herren. Es ist der Bruch von Menschen, Gewissen und Geist gewesen. Das ist es, was auch Menschen heute leider da und dort noch prägt. Was Menschen 45 Jahre geprägt hat, legt man nicht in wenigen Jahren ab.

Meine Damen und Herren, der Alltag sah anders aus als ein "Kessel Buntes", er war viel grauer. All das sind Fehlentwicklungen, denen wir uns entgegenstellen müssen, indem wir die Vergangenheit wachhalten müssen. Helmut Kohl hat einmal gesagt: "Wer die Vergangenheit nicht kennt, der kann die Zukunft nicht meistern." Ich sage, das stimmt ganz ausdrücklich. Daher muss in der Schule großer Wert auf die Vermittlung von Wissen über Diktaturen gelegt werden und dürfen wir die Gedenkstättenarbeit niemals vernachlässigen, und zwar die Gedenkstättenarbeit zweier Diktaturen: Buchenwald und Lager II, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Schauen wir uns doch einmal die Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland an. Was gegenwärtig in Deutschland zu beobachten ist, ist ein tiefer Pessimismus auf allen Ebenen. Ich will weder Deutschland noch Thüringen schlechttreden, aber es ist ein tiefer Pessimismus bei den Menschen in unserem Land. In den letzten Jahren haben sich alle bedeutenden Parameter in Gesamtdeutschland verschoben und leider ins Negative verschoben. Einen nicht unerheblichen Anteil an dieser Entwicklung hat die Regierung in Berlin und, Frau Pelke, da kritisiere ich Sie, auch wenn es - es ist ja leider unsere Regierung, wenn es nur Ihre Regierung wäre, wäre es ja auszuhalten, aber es ist ja unsere Regierung, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: So geht es uns in Thüringen, das ist nun mal so.)

(Beifall bei der CDU)

Und das, was die in Berlin verzapfen, haben wir hier alle gemeinsam auszubaden. Deswegen werde ich nicht müde, daran zu kritisieren, was diese Regierung uns in den letzten Jahren angetan hat. Es werden schlichtweg die falschen Weichen gestellt.

(Unruhe bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Mein Gott, da können einem ja die Tränen laufen!)

Wissen Sie was, Herr Döring, wenn ich das Geld hätte, für Sie würde ich ein Reservat kaufen und dann könnten Sie mit Ihrer Bundesregierung glücklich werden. Von mir aus können Sie auch noch mal den Sozialismus dort aufbauen, einen nächsten Feldversuch.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Zusammen mit der Block-CDU.)

Meine Damen und Herren, die Wahrnehmung der Befindlichkeiten der neuen Bundesländer bei der Regierung in Berlin ist offensichtlich gleich null. Bundeskanzler Schröder hat vor fünf Jahren einmal die Ankündigung gemacht, der Aufbau Ost würde Chefsache werden. Ich habe es schon damals als eine Bedrohung empfunden, als er das gesagt hat. Dass die Drohung so schlimm umgesetzt wird, hätte ich nicht für möglich gehalten.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Alles erst jetzt.)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, früher gab es noch einen Minister für den Aufbau Ost, für die Belange Ostdeutschlands. Vielleicht kennt der eine oder andere den Namen

Schwanitz noch. Das war der Mann. Das ist der, der in der TA einmal mit einem weißen Bild war, wissen Sie?

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Der ist bei den Bundestagswahlen abgewählt worden.)

Unterdessen ist es Herr Stolpe. Herr Stolpe weiß an dem einen Tag nicht, was er am Tag vorher gesagt hat und ob das, was er am Tage heute sagt und was er von gestern nicht mehr weiß, ob er das morgen noch vertritt, weiß man auch nicht so genau. Tatsache ist aber, dass die Interessen der neuen Bundesländer bei dieser Bundesregierung in schlechten Händen ist.

Meine Damen und Herren, neben den vielen negativen Erkenntnissen zeigt der Thüringen-Monitor auch positive Effekte. So sind es die Rentner, von denen 60 Prozent ihre eigene wirtschaftliche Situation weiterhin als gut oder als sehr gut einschätzen. Ich will hier an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen, ich bin zufrieden, dass es den Rentnern so gut geht, denn die Rentner sind diejenigen, die den Karren nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Dreck gezogen haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben es verdient, dass es ihnen gut geht, und sie haben es verdient, dass sie sich auch in Zukunft darauf verlassen können. Die Rentner sind diejenigen, die auch bereit sind, im Interesse ihrer Kinder und Enkel ein Opfer zu bringen, wenn erforderlich. Aber was ich nicht verstehe und was ich nicht nachvollziehe und was ich kritisiere, dass an der Systematik der Rentenversicherung gedreht worden ist und dass unterdessen eine große Verunsicherung auch bei den Rentnern eingetreten ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich hatte schon gesagt, die 18- bis 24-Jährigen werden in diesem Thüringen-Monitor als so genannte demokratische Hoffnungsträger bezeichnet. Diese Aussage korreliert durchaus auch mit der 14. Shell-Jugendstudie aus dem Jahre 2002. Ich denke, wir müssen dieser Gruppe großes Gewicht beimessen, aber auch große Beachtung zukommen lassen. Der Ministerpräsident hat schon auf die Familienpolitik in Thüringen hingewiesen. Ja, ich glaube, hier ist auch ein Schlüssel - er hat ausdrücklich nicht gesagt, das ist der einzige Schlüssel -, aber es ist auch ein Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklung in den nächsten Jahren: Familienpolitik, Bildungspolitik, Hochschulpolitik und Berufsausbildung. Ich möchte schon, dass die jungen Menschen in Thüringen bleiben können, dass sie hier nicht nur einen Ausbildungsplatz, sondern auch einen Arbeitsplatz finden. Ich bin froh, dass vor wenigen Tagen bekannt gegeben werden konnte, dass etwa 97 Prozent der Auszubildenden oder der Ausbildungsbewerber unterdessen eine Lehrstelle haben oder einen Platz haben für ihren weiteren Lebensweg. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass

die nächste Schwelle geschafft wird, nämlich nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Meine Damen und Herren, es kann festgestellt werden, der "Vierte Bericht der Landesregierung zu Extremismus und Radikalismus im Freistaat Thüringen" benennt Defizite, legt den Finger in die Wunde, zeigt aber auch Auswege. Der Ministerpräsident hat gesagt: "Wer die freiheitliche Demokratie verteidigen will, der darf sie nie als etwas Selbstverständliches abtun." Das war sein abschließender Satz. Ich will dieses nur noch einmal unterstreichen. Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sondern Demokratie ist ein Auftrag für uns als Demokraten. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dittes zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dittes, PDS:

Meine Damen und Herren! Herr Pietzsch, lassen Sie mich mit drei Bemerkungen zu Ihrer Rede beginnen. Im Gegensatz zu Ihnen, der nie auf meine Reden eingeht, werde ich jetzt versuchen, auf Ihre einzugehen und mit Argumenten eben auch darauf zu antworten.

Herr Pietzsch, ich gebe Ihnen Recht, an der DDR gibt es vieles zu kritisieren und es gibt viel Ablehnenswertes, ich tue das aber aus einer linken Sicht, aus einer linken sozialistischen Position heraus, aber ich wäre an Ihrer Stelle sehr vorsichtig. Die DDR als Diktatur oder als Feldversuch für das Einsperren eines gesamten Volkes zu bezeichnen, weil, damit nehmen Sie sich das Mittel, persönliche Verantwortung tatsächlich differenziert zu betrachten und die politischen strukturellen Fehler und Mängel innerhalb dieses Systems tatsächlich aufzuarbeiten, weil das eben nicht Kenntnis der Geschichte bedeutet, die wir für die Zukunft brauchen. Und Sie laufen auch Gefahr, sich selbst fragen zu müssen, welche eigene Funktion hatte ich innerhalb dieses Gefängnisses.

(Beifall bei der PDS)

Deswegen sage ich Ihnen, Ihre Einschätzung der DDR verhindert geradezu eine Auseinandersetzung mit der Geschichte, auch mit der sehr persönlichen Biographie, die wir alle auf ganz unterschiedliche Art hier im Raum haben.

Eine zweite Bemerkung: Sie haben mich angesprochen auf das bei der Staatsanwaltschaft laufende Vorermittlungsverfahren. Ich glaube, ich kann mich hier dem "Freien Wort" anschließen, was gesagt hat: Hier hat wohl innerhalb des Thüringer Innenministeriums bei der Weitergabe persönlicher Daten der Vorwurf an Größe gewonnen

und die Hoffnung war wohl auch Antrieb dafür, einen Vorwurf hier an Größe gewinnen zu lassen. Aber ich kann Ihnen sagen, es gab schon mal einen Innenminister, der hat öffentlich verkünden lassen, sollten sich die Vorwürfe gegen den Abgeordneten Dittes bewahrheiten, dann muss dieser sein Mandat abgeben. Ich kann Ihnen sagen, ich habe mein Mandat noch, aber der Innenminister ist nicht mehr Innenminister.

(Beifall bei der PDS)

Ich sage Ihnen auch ein Drittes und das ist auch eine sehr persönliche Bemerkung, Herr Pietzsch: Wenn Sie mir vorwerfen, nicht auf dem Boden des Grundgesetzes oder der Thüringer Verfassung zu stehen, dann kann ich das einordnen in Ihre generelle politische Ablehnung auch meiner Person, die Sie anscheinend auch personifiziert betreiben wollen. Aber ausgerechnet dem Abgeordnetenkollegen Roland Hahnemann Hass gegenüber verfassungsrechtlichen Regelungen vorzuwerfen, geht wohl so sehr an der eigentlichen Diskussion und an der eigentlichen Argumentation des Kollegen Hahnemann vorbei, dass man Sie eigentlich nur noch bedauern kann, weil Sie eben nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass genau dieses Grundgesetz und genau diese Thüringer Verfassung es möglich machen, nicht nur sich ablehnend gegenüber einzelnen Regelungen zu verhalten, sondern eben auch Änderungsvorschläge in die Diskussion einzubringen, wie wir das im Übrigen auch am gestrigen Tag getan haben, weil wir eingesehen haben, natürlich auch auf Druck von 380.000 Bürgerinnen und Bürgern, dass die Regelungen zur direkten Demokratie in der Thüringer Verfassung als nicht ausreichend betrachtet werden konnten. Diese Änderung der Verfassung ist doch keine abgeleitete Verfassungsfeindlichkeit. Es ist die Entwicklung einer Demokratie, in der wir leben, und diese Entwicklung macht auch erst eine Demokratie aus. Dazu gehört natürlich im Vorfeld auch die Diskussion über mögliche Änderungen eines Gesetzes, eben auch eines Grundgesetzes oder einer Verfassung. Ihr Vorwurf gegenüber der Fraktion der PDS ist so absurd, das mussten selbst die hauptamtlichen und Arbeit suchenden Mitarbeiter der Abteilung Linksextremismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz beim Kolloquium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz zum Thema "Linksextremismus in Thüringen" feststellen, wo der zuständige Mitarbeiter aus dem Bundesministerium einräumen musste, die PDS taugt wohl nicht, sie als linksextremistische Organisation in der Bundesrepublik einzuordnen.

(Beifall bei der PDS)

Herr Althaus, zu Ihrer Regierungserklärung: Ich hatte erwartet und das war auch Ihre Ankündigung, als Sie das Ministerpräsidentenamt übernommen haben, dass Sie etwas Neues sagen würden. Ich weiß es nicht, ob die Regierungserklärung in Teilen wortgleich war wie die Ihres Vorgängers, inhaltsgleich war sie aber mit Sicherheit. Ich glaube, sie hatte sogar denselben Aufbau. Sie hat dem-

zufolge in dieser Debatte keine neue politische Positionierung der Landesregierung gebracht. Sie war damit auch noch nicht mal informativ. Hätten Sie nicht den Monitor gehabt, auf den Sie sich in einzelnen Zahlen berufen konnten, dann hätten Sie an dieser Stelle noch nicht mal etwas Neues sagen können, dann wäre diese Regierungserklärung inhaltlich selbst überflüssig. Ich will Ihnen auch sagen, Herr Althaus, Sie widersprechen sogar in Teilen den Aussagen und dem Inhalt des Thüringen-Monitors. Wenn Sie am Ende Ihrer Rede gesagt haben, wir dürfen uns nicht in den Grabenkämpfen des 20. Jahrhunderts verlieren, dann widerspricht das genau den Feststellungen des Thüringen-Monitors, der genau die Frage: "die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl" als Indiz genommen hat, dass diese Gesellschaft mehrheitlich einen Pluralismus, eine plurale Gesellschaft ablehnt, denn 63 Prozent stimmen dieser Aussage zu. Diese Aussage, die Ablehnung des Pluralismus, bedienen Sie im Rahmen Ihrer Regierungserklärung und da wundert es nicht, meine Damen und Herren, dass der Abgeordnete Carius am gestrigen Tag über den Konsens, der im Justizausschuss zum Volksbegehren, Bürgerbegehren gefunden worden ist, als ein Kainsmal der parlamentarischen Demokratie gesprochen hat. Nein, meine Damen und Herren, Demokratie lebt vom Streit, aber der Streit wird eben auch geführt mit dem Ziel der Einigung, dass möglichst viele Menschen sich auch in demokratisch getroffenen Entscheidungen wiederfinden können, diese akzeptieren können. Dazu müssen auch Kämpfe um die Meinungen geführt werden. Das sind keine Grabenkämpfe und, Herr Althaus, Burgfrieden hat in Deutschland noch keine geschichtliche Entwicklung vorangebracht.

(Beifall bei der PDS)

Sie haben von staatlicher Bevormundung gesprochen und haben gesagt, diese lehnen sie als Thüringer Landesregierung ab, aber meinen wohl offensichtlich damit nur den Sozialstaat, denn auf den haben Sie sich bezogen. Sie haben gesagt, die Menschen sind in diesem Land selbst verantwortlich für die Sicherung ihrer sozialen Grundbedürfnisse. Das kann der Staat nicht an jeder Stelle wahrnehmen. Ich kann Ihre Argumentation nicht mehr nachvollziehen, wenn Sie einerseits der Meinung sind, die staatliche Bevormundung muss ein Ende haben, und meinen damit auch die gesellschaftliche Verantwortung für die sozialen Grundbedürfnisse. Aber andererseits wollen Sie mit Ihren Vorschlägen zum Versammlungsgesetz die staatliche Bevormundung auf die Spitze treiben, indem Sie Ihnen unliebsame Meinungen aus der öffentlichen Wahrnehmung durch die Einschränkung des Rechts auf freie Versammlung verdrängen wollen und damit eben auch der öffentlichen Auseinandersetzung außerhalb staatlicher Institutionen, außerhalb staatlicher Schranken verhindern wollen, und gleichzeitig bedienen Sie dieses Argument, indem Sie auch sagen, das Landesamt für Verfassungsschutz führt diese Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Sie bieten jedem die Möglichkeit,

sich auf die staatlichen Strukturen und Institutionen zu beziehen, die sich ansonsten in ihrer Kommune in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus auseinander setzen wollen, und in diese Reihenfolge passt natürlich auch die Diskussion um die Videoüberwachung. Mein Kollege Hahnemann ist darauf eingegangen und wir hatten gestern die Auseinandersetzung zu diesem Thema.

Ich will noch ein zweites Beispiel nennen, das hat auch etwas mit Ohrdruf zu tun, Herr Pietzsch, mit dem, was diese antifaschistische Kaffeefahrt wollte. Diese Landesregierung bezeichnet - ob friedlich oder auch in Teilen mit gewalttätigen Ausschreitungen, die ich nicht verneine; Sie haben gestern die Mehlütten angesprochen, die nicht ich geworfen habe, sondern es ist am Rande einer Demonstration tatsächlich mal eine geflogen -, Sie bezeichnen aber innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus die antifaschistischen Gegendemonstrationen als das eigentliche Problem dieser Gesellschaft und als die eigentlichen Störer und Sie negieren damit, dass es Menschen in diesem Land gibt, die sich eben auch auf der Straße, auf den öffentlichen Plätzen diesen Ideologien in den Weg stellen und sich auch auseinander setzen und hier auch als Bevölkerung dieses Landes deutlich machen, hier gibt es keinen Platz für Rechtsextremisten, und wir überlassen es nicht allein den nicht kontrollierbaren Geheimdiensten und den polizeilichen Maßnahmenmöglichkeiten.

Herr Althaus, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung - und das finde ich tatsächlich fast politisch schon skandalös - sich nicht zum Problem der Ausländerfeindlichkeit geäußert. Sie haben einzig in zwei Sätzen auf die Ergebnisse des Thüringen-Monitors abgezielt, aber haben das in einem Satz in Zusammenhang gebracht mit der Positionierung zur DDR. Ansonsten haben Sie sich inhaltlich zum Problem des Rassismus, zum Problem der Ausländerfeindlichkeit nicht geäußert. Frau Pelke hat es angesprochen, 56 Prozent der Befragten halten das Problem der Überfremdung in diesem Land für gegeben und 54 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Ausländer nur hierher kommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen. Es bleibt Ihnen auch nichts anderes übrig, Herr Althaus, denn wenn Sie sich kritisch mit diesen Thesen auseinander setzen würden, würden Sie merken, dass Sie verdammt nahe mit Ihrer Politik in der Nähe dieser Aussagen sind. Ich will Sie nur an Ihre Positionierung zum Zuwanderungsgesetz erinnern, wo die Diskussion um Zuwanderung unter dem Nützlichkeitsaspekt geführt wird, nämlich mit der Frage: Nützen diese Ausländer, die in dieses Land kommen, der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung? Und wenn sie nicht dieser Entwicklung nutzen, dann haben sie auch kein Recht, hier integriert zu werden, hier in die Bundesrepublik zu kommen. Das ist nichts anderes als die Umsetzung des Vorurteils, dass Ausländerinnen und Ausländer, die hierher kommen, den Sozialstaat ausnutzen, und nur die uns nutzen, nur die uns dienen, haben auch Anspruch hier integriert zu leben.

In diesem Zusammenhang haben Sie Herrn Hahnemann vorgeworfen, er würde durch seine Rede Politikerverdrossenheit mit fördern. Da will ich Sie natürlich daran erinnern, gerade auch im Zusammenhang mit der Debatte zum Zuwanderungsgesetz und gerade an das Agieren Ihrer Partei, wenn Sie sich an den Auftritt von Herrn Koch im Stile eines Chruschtschow im Deutschen Bundesrat erinnern, das hat Politikerverdrossenheit befördert, weil damit sichtbar wurde, als dann auch Herr Müller einräumen musste, dass es bei dem ganzen Spiel wirklich nur um Theater ging, haben dann Menschen in diesem Land gemerkt, dass hier eigentlich nicht die tatsächlichen Inhalte Gegenstand der Auseinandersetzung gewesen sind, sondern dass hier ganz andere politische, strategische, wenn auch machtpolitische und machstrategische Fragen eine Rolle spielen. Das führt eben auch zu Politikerverdrossenheit und letztendlich auch zur Demokratieverdrossenheit.

Herr Pietzsch, es ist eben nicht so, dass Demonstrationen vor einem Landtag die Fragilität von Demokratie begründen würden, es ist im Gegenteil so, in einem Land, wo sich die Menschen nicht mehr äußern, nicht mehr demonstrieren gehen, nicht mehr den Politikern sagen, was sie eigentlich von ihrer Politik erwarten wollen, dann ist Demokratie in Gefahr, weil dann nimmt die Zustimmung zu demokratischen Meinungsfindungs- und Entscheidungsfindungsstrukturen ab. Deswegen können wir uns eigentlich nur wünschen, dass das, was wir gestern im Rahmen des Volksbegehrens beschlossen haben, auch wieder dazu führt, dass Volksbegehren stattfinden, dass Menschen sich an Entscheidungen beteiligen, um auch damit wieder Leben und Diskussionen in die Entscheidungsstrukturen zu bringen, damit sie auch merken, hier sind sie mit ihrer Meinung wieder gefragt und ihre Artikulation der Meinung führt dann tatsächlich auch zu Entscheidungen. Denn diese Auffassung finden Sie gegenwärtig in der Bundesrepublik mehrheitlich nicht.

(Beifall bei der PDS)

Ihre Regierungserklärung, Herr Althaus, hat noch ein weiteres Manko. In den dargestellten Maßnahmen orientiert sie sich hauptsächlich im Bereich der Jugend. Sie haben es aufgezählt, Herr Pietzsch, Bildung, Ausbildung, Hochschule, aber auch Familie. Und ich sage Ihnen, wer damit den Eindruck erwecken will, dass es sich bei dem Problem des Rassismus, des Rechtsextremismus, des Antisemitismus lediglich um ein Vermittlungsproblem zwischen den Generationen handelt, der nimmt den vorliegenden Thüringen-Monitor nicht ernst. Denn wenn Sie sich die Altersstruktur ansehen, die zu rechtsextremen Positionen ihre Zustimmung geben, dann werden Sie merken, es sind nicht die 18- bis 24-Jährigen, sondern es sind die 60-Jährigen und Älteren, die den größten Anteil der Zustimmung oftmals ausmachen. Es sind auch gerade die älteren und mittleren Altersgruppen, die die Zustimmung zu rechtsextremen Denkpositionen, Denkstrukturen hier zum Ausdruck bringen. Dagegen müssen sich auch die

Maßnahmen der Landesregierung, aber auch die Maßnahmen, die die Landesregierung im zivilgesellschaftlichen Bereich fördert, richten. Da ist der Verweis auf die Straftatenstatistik nur ein kleiner Ausschnitt, weil das, was der Monitor an Denk- und Ideologieansätzen nachgewiesen hat, sich nicht in Straftaten innerhalb dieser Gesellschaft manifestiert, sondern im Reden und im Denken.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren - der Innenminister ist nicht da, Herr Staatssekretär zum Thema auch nicht, das verwundert schon -, es ist dann auch ein Stück weit Verharmlosung des Problems Rechtsextremismus und das Verharmlosen vor dem Hintergrund des vorliegenden Thüringen-Monitors, wenn der Innenminister im Innenausschuss es ablehnt, dass mit den zivilgesellschaftlichen Projekten in der Bundesrepublik Deutschland auch eine demokratische Gegenkultur geschaffen werden soll, obwohl genau das "Bundesprogramm Civitas - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern", das in den Ausgang seiner Überlegungen gestellt hat, weil es eben aus der Diskussion im Jahr 2000 heraus festgestellt hat, dass eine demokratische Gegenkultur notwendig ist in diesem Land, um Rechtsextremismus, um Antisemitismus, um Rassismus wirksam begegnen zu können. Und der Thüringen-Monitor bestätigt die Notwendigkeit eines solchen breiten zivilgesellschaftlichen Vorgehens. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren, doch Frau Abgeordnete Groß.

Abgeordnete Groß, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben den Vierten Bericht zum Radikalismus und Extremismus im Freistaat vom Ministerpräsidenten gehört. Es ist schon viel gesagt worden, auch zu dem Gutachten zur Einstellung zur Demokratie. Deshalb möchte ich einige Dinge nur noch beleuchten, und zwar die Thüringenidentität. Die Heimatverbundenheit, so hat der Monitor festgestellt, ist sehr groß und, ich denke, das ist etwas sehr Positives. Der Freistaat braucht den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Im Vergleich zu 2000 verbesserte sich die Einschätzung und, ich denke, das ist auf eine solide Politik hier im Freistaat zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU)

46 Prozent der Befragten sehen sich zuerst als Thüringer. Sie sind stolz darauf Thüringer zu sein. Doch dann komme ich gleich auf das Problem, Frau Pelke hat vorhin darauf aufmerksam gemacht, die Abwanderung. Und hier ist eigentlich der Widerspruch: Die Thüringer, auch die jungen Menschen fühlen sich wohl in unserem Land, aber die wirtschaftlichen Situation - und da bin ich Ihnen

dankbar, Frau Pelke, dass Sie Kritik an der Bundesregierung gerade auch in diesem Bereich üben -

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Und deshalb wandern die auch alle ab, weil ...)

treibt die jungen Leute einfach auch dazu, woanders hinzugehen. Was wir brauchen in Thüringen ist ein wirtschaftliches Wachstum, denn die Identifikation der jungen Leute ist vorhanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident beleuchtete auch die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Doch da frage ich: Was ist der Grund? Vertrauen in Demokratie und Politik muss gestärkt werden. Politik muss verlässlich werden. Der Ministerpräsident sprach vom Vertrauensverlust der Politik. Und da möchte ich gar nicht - die SPD wird es freuen - nach Berlin schauen, ich möchte einfach mal hier im eigenen Hause anfangen und einige Wortsplitter bringen von der gestrigen Diskussion. So wurde gesprochen von "Kostüm-Thüringern", von "Freilandversuchen mit Bürgern des Freistaats", von der "typischen Geringschätzung der Bürger des Freistaats", von "Videoüberwachungsaktivisten", vom "Generalverdacht der Regierung gegen die Bürger", von "Observationen von Rechtsanwaltskanzleien und Lokalredaktionen", von einer "renitenten Öffentlichkeit". Nun frage ich Sie, Äußerungen dieser Art in einem solchen hohen Hause schaffen die Vertrauen in die Politik?

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Aber nicht in die Regierung, da haben Sie Recht.)

Wie soll der Bürger Wertschätzung für die Arbeit von Abgeordneten oder auch für Politik haben, wenn er solche Äußerungen vernimmt. Und, ich denke, wenn wir gestern die Besucher, die auf der Tribüne waren, fragen, die werden das bestätigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat Recht, Freiheit muss gestaltet werden und sie heißt Verantwortung übernehmen. Eine ständige Schlechterederei hat noch kein Land vorangebracht

(Zwischenruf Abg. Ellenberger, SPD: Was soll das denn?)

und das vermisse ich gerade, weil ich Sie gehört habe, Herr Kollege Ramelow. Da brauche ich nur das Beispiel von gestern Abend zu bringen in einer Veranstaltung "Quo vadis, Thüringer Kommunalordnung?" und am Ende der Veranstaltung sind die Podiumsteilnehmer, zu denen Sie ja gehört haben, gefragt worden, wie stellen Sie sich die Zukunft der Kommunen in 20 Jahren vor. Herr Ramelow antwortete sinngemäß, dass, wenn er jetzt schon durch die Orte fährt, durch die Gemeinden, es gibt viele leer stehenden Häuser, also er sieht eine Verwahrlosung der Orte. Da frage ich mich doch, wo waren Sie 1989?

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Da haben Sie es aber am Ohr!)

Ich habe gute Ohren. Nur, es waren zu dieser Veranstaltung über 100 Personen und bestimmt zwei Drittel junge Leute und da frage ich mich, wo ist die Verantwortung, die die Abgeordneten haben. Wir müssen auch junge Leute motivieren, denn der Thüringen-Monitor bezeichnet

(Beifall bei der CDU)

ja auch diese Altersgruppe gerade als demokratische Hoffnungsträger.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Sie haben wirklich kein gutes Beispiel dagegensetzt, aber es interessiert ja gar nicht, was ich gesagt habe.)

Nein, Sie können mir dann Ihre Argumente dazu noch sagen, ich habe gestern Abend gehört, was ich gehört habe.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Oder hören wollten!)

Und gerade, was die Kommunen betrifft, dass ...

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Diese Haltung gab es zu SED-Zeiten auch. Die Partei hat immer Recht und Probleme gibt es keine.)

Herr Ramelow, Sie haben doch Gelegenheit, hier an dieses Pult zu gehen und zu reden. Sie kennen das doch genauso lange wie ich.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Nein, ich kenne das schon länger.)

Um noch einmal zurückzukommen auf diese Kommunen und auf den Zustand der Kommunen auf diesen Begriff der Verwahrlosung: Ich denke, es ist an der Stelle auch Zeit, den Kommunen und auch den Bürgern in den Kommunen Dank zu sagen. Denn wenn wir heute durch unsere Kommunen fahren, sehen die anders aus, als sie 1989 ausgesehen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin überzeugt davon, dass wir in 20 Jahren weder in den Kommunen noch in den Städten eine Verwahrlosung haben.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Sie laufen mit geschlossenen Augen durchs Land.)

Ich wollte mit dem kleinen Hinweis eigentlich nur auf die Verantwortung hinweisen, die sowohl wir haben als

Verantwortliche in der Politik, aber das trifft genauso auf die Medien zu, denn wenn Kübelböcks und Bohlens an erster Reihe stehen, dann, denke ich, kann das auch nicht das Bild sein, was wir unseren Leuten im Land vermitteln sollten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Bürger durch diese Aussagen der Politik ständig verunsichert werden, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, durch dieses ständige Hin und Her, dass die Glaubwürdigkeit der Politik gering geschätzt wird. In der Regierungserklärung wurde auch darauf hingewiesen oder gefragt: Wie funktioniert ein demokratischer Staat? Der Ministerpräsident sagte zu Recht: Die grundlegenden Funktionsbedingungen müssen Allgemeingut werden und nicht nur an den Schulen. Frau Pelke, Sie hatten ja auch den Appell an die Bildung und auch an die Erwachsenenbildung dazu.

Ich möchte Ihnen, Herr Ministerpräsident, auch danken für die Heraushebung des Ehrenamtes. Ein Drittel aller Thüringer ist ehrenamtlich tätig und dies bindet viele Menschen und vor allen Dingen junge Menschen, ich denke an die Feuerwehren, ich denke an die vielen, die in Sportvereinen tätig sind. Wir haben die Stiftung "Ehrenamt" auf den Weg gebracht und wir als CDU-Fraktion haben in diesem Jahr das dritte Mal eine Ehrenveranstaltung für Menschen gemacht, die sich besonders ehrenamtlich engagieren in unserem Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bedeutung der Familie ist noch einmal besonders herausgehoben worden und der Ministerpräsident hat das auch schon zu Beginn gesagt, Mut zur Erziehung. Mut zur Erziehung heißt aber auch, der Wille zu Kindern, denn Kinder bereichern unser Leben. Deshalb auch der Schwerpunkt unserer Politik auf Familie. Das Landesbündnis für Familie ist ins Leben gerufen worden und ich hoffe, dass es auch weiter greift und wir zu kommunalen Bündnissen kommen. Die Familiencard ist angesprochen, die Elternakademie ist angesprochen worden und auch weitere Projekte und Aktivitäten. Ich denke und sage, Thüringen ist ein kinderfreundliches Land und wir hoffen oder tun was dafür, dass die jungen Leute, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch stimmen, hier in unserem Land bleiben.

Ehe ich beende, möchte ich doch noch mal auf Dr. Hahne zurückkommen: Sie haben mit Ihrem Beitrag gesagt, Sicherheit macht vielen Menschen Angst. Das kann ich so nicht teilen - doch, er ist da -, denn der Staat hat auch die Aufgabe die Bürger zu schützen. Und die Sicherheit, fragen sie unsere Menschen, die Menschen möchten Sicherheit in unserem Land. Und wenn Sie die Polizei als Distanzbehörde bezeichnen, so kann ich Sie nur auffordern das zurückzunehmen, ansonsten muss ich sagen, dass Sie neulich beim Ausflug des Innenausschusses die Polizeiuniform getragen haben. Nach einer sol-

chen Äußerung wäre es eigentlich eine Beleidigung. Wir stehen zu unserer Polizei in Thüringen,

(Beifall bei der CDU)

wir stehen zum Verfassungsschutz.

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluss ein Zitat mit auf den Weg geben von einem deutschen Soziologen - Max Weber: "Man kann sagen, dass drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß." Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Bechthum zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, eigentlich hat mich jetzt Frau Groß dazu mit angeregt, doch hier noch mal etwas sagen zu müssen, und zwar es geht um die Aussagen, Herr Ministerpräsident, zur Familie. Es geht mir darum, Sie sagen hier: "Um seelischer Verrohung entgegenzuwirken, ist Mut zur Erziehung gefragt." Was meinen Sie damit? Welcher Mut ist hier gefragt? Ich kann es bestätigen, dass das notwendig ist, aber wie wollen Sie das umsetzen? Auf der letzten Fachtagung, es war "Thüringen bleibt sozial" war auch ein Redner, Pater Otto, ein von uns allen sehr geschätzter Mensch. Ich habe ihn noch nie mit so viel Unmut erlebt. Er hat auch zu dem Problem Erziehung/Bildung gesprochen und sagte: Es ist ein Fehler, der hier gemacht wird in Thüringen, dass man Schuljugendarbeit und Schulsozialarbeit hier entweder gleichsetzt oder glaubt, mit Schuljugendarbeit das bewältigen zu können, was einfach fehlt an den Schulen. Wir brauchen Sozialarbeit, Sozialpädagogen und er hat das ganz vehement eingefordert. Man kann das eigentlich nur unterstützen. Wer Kontakte zur Schule hat und nachfragt, wie ist die Situation in Familien, der wird von Lehrern erfahren, die Eltern, die Kinder lassen sich so in drei Gruppen einteilen, so ungefähr immer ein Drittel. Und ein Drittel ist genau der Teil, der wirklich Probleme hat, von den Eltern ganz besonders vernachlässigt wird und sich selbst überlassen bleibt. Alle Studien haben das bestätigt. Genau diese Eltern, die hilflos sind, die auch zum Teil erziehungsunfähig, überfordert sind, die brauchen diese Hilfen. Dafür sollte es eigentlich auch sein, dass Schulsozialarbeit das Bindeglied auch darstellt. Dazu fällt nicht ein Wort in Ihrem Bericht, wie kann so was geschehen, denn das sind die gefährdeten Kinder. Sie nehmen selbst auch an Konferenzen teil, und mich hat hier schon die sehr mutige und sehr offene Aussage bei einer Konferenz in Bad Salzungen/Schmalkalden doch betroffen gemacht, dass Lehrer deutlich sagen: Der beste Lehrer kann das Elternhaus nicht ersetzen; die Wur-

zeln für Gewalt liegen in der Familie. Die Schule kann nur die Symptome mildern. Deshalb ist es auch so wichtig, sich hier der Familie zu widmen und auch niedrigschwellige Angebote zu machen. Das kann nur jemand, der dieses Bindeglied auch darstellen kann.

Sie haben für Mai 2004 einen Landesfamiliientag vorgesehen, der kostet viel Geld. Was soll der bringen, frage ich Sie, um dort zu zeigen, was es alles gibt. Es werden die Eltern, die wir erreichen wollen, nicht dort hingehen und dazu brauchen wir nicht so einen Familiientag. Es sollte sicherlich eine Darstellung der Landesregierung sein, was alles geschieht, aber das Geld sollten Sie eigentlich nehmen, um jetzt hier Schulsozialarbeit mit zu unterstützen. Da würden Sie mehr Erfolge erreichen, auch mehr tun und das würde auch anerkannt.

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Der Landesfamiliientag ist aber in Nordrhein-Westfalen mit Erfolg gemacht worden.)

Und, Herr Ministerpräsident, Sie unterstreichen noch mal das geänderte Erwachsenenbildungsgesetz. Ich habe das ja sehr befürwortet, unterstütze das auch, aber ich bin schon enttäuscht. Es kann nicht sein, dass an den Schulen, wo die Klassen 1 bis 5 erreicht werden sollten, solche Flyer verteilt werden. Das hilft keinem Menschen, und darin steht noch, dass diese Veranstaltungen Geld kosten. Das ist das persönliche Ansprechen, man hat die Chance vertan, am ersten Schultag oder in der ersten Schulwoche mit Dozenten, mit Klassenlehrern und den Eltern darüber zu sprechen. Es wird hier kein Angebot oder auch keine Nachfrage kommen. Das kann ich Ihnen heute schon zusagen. Es ist schade, dass wir uns solche Chancen hier vergeben. Es sind alle Familien angesprochen auch etwas mehr zu erfahren. Wenn eine junge Frau - der Gerichtsprozess war vor kurzem, als sie mit 19 Jahren als Abiturientin ihr Kind hat zu Tode kommen lassen, weil sie es selbst zur Welt gebracht hat -, sagt: Ich hatte eine beschissene Jugend. Mit 13/14 habe ich gesoffen. Ich habe immer Probleme mit mir selbst ausgemacht. Und das sind die aus den ganz normalen Elternhäusern. Auch die zu erreichen, denen so etwas passieren kann,

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Das sind doch keine aus normalen Elternhäusern, nun machen Sie mal einen Punkt!)

die Chancen sollten wir uns schon hier nehmen. Danke.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Seitens der Abgeordneten liegen mir keine weiteren Redemeldungen mehr vor. Der Ministerpräsident hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Althaus, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es fällt mir schwer, nach der selektiven Wahrnehmung meiner Rede durch einige Kolleginnen und Kollegen hier im Haus noch einmal darauf hinzuweisen, dass ich, und das nehmen Sie mir bitte ab, bewusst und, ich denke, richtigerweise die Situation, die positiven, aber auch die negativen Tendenzen sehr deutlich beschrieben und auch mit Zahlen unterlegt habe. Wenn Sie nicht aufnehmen wollen oder Ihr Bild, von dem, was die Landesregierung tut oder auch nicht tut, nur bestätigt sehen wollen, dann ist das Ihre Sache. Ich bleibe dabei, dass dieser Bericht, den ich gegeben habe, sehr wohl auch umfassend negative Tendenzen, auf die wir aufmerksam machen wollen und gegen die wir angehen wollen, dargestellt hat.

(Beifall bei der CDU)

Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist etwas komplizierter, als zwischen Bonn oder Berlin und Erfurt hin- und herzuspringen und sich dann aus der Opposition heraus in dieser Debatte etwas oberflächlich zu äußern und damit natürlich nicht die Differenziertheit der Situation zu beachten. Ich sage Ihnen einmal einen zentralen Satz, der in dieser Studie als Erster im Fazit und Ausblick beschrieben ist, der auch die Tiefe der Problemlage etwas klarer umreißt, als das die Oppositionsredner auch nur im Ansatz erkannt haben. "In den Einstellungen der Thüringer zu Politik allgemein spiegelt sich im Jahre 2003 recht deutlich die Tatsache wider, dass das soziale Klima in Deutschland rauer geworden ist." Ich hätte mir gewünscht, wenn zumindest die SPD-Fraktion sich etwas aus dem Schatten der Opposition hier im Thüringer Landtag gelöst hätte und einmal die deutschlandweite Situation mit beleuchtet hätte, aus der sich Thüringen nämlich nicht herausnehmen oder ausblenden kann. Wenn wir die soziale Situation in Deutschland beschreiben, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ist das vor allen Dingen eine nationale Aufgabe und deshalb eine Verantwortung der deutschen Bundesregierung und des deutschen Bundestags.

(Beifall bei der CDU)

Und da sie mit diesem sehr groben Messer eine sehr fein zu sezierende Aufgabe angegangen sind, sage ich Ihnen auch, so einfach ist Demokratie nicht. Sie ist ein sehr komplexer Begriff mit sehr unterschiedlichen Elementen. Die Studie - und ich trage hier nicht die Studie vor in meiner Rede, sondern jeder hat sie zur Verfügung - analysiert das auch einzeln und kommt bei der Auswertung der Befunde dann auch zu sehr differenzierten Ergebnissen. Ich habe mich bemüht, diese differenzierten Ergebnisse, natürlich ausschnittshaft, hier auch darzustellen. Es geht um die Einzelbewertung, aber es geht auch um die Gesamtbewertung und bei der Gesamtbewertung ist es so und das ist in der Studie wörtlich genannt, be-

günstigend für die schlechte Stimmung, auch manche negative Tendenzen sind vor allen Dingen die so genannten sozioökonomischen Stressfaktoren, also das, was unsere Ökonomie ausmacht, an positiven Ergebnissen produziert oder auch nicht produziert. Dass das die PDS aber nicht versteht, verstehe ich wiederum. Aber dass Sie nicht wenigstens bemüht sind, diese deutschlandweit geführte Debatte positiv zu beeinflussen und sich einfach hierher stellen und sagen, die Kritik in Erfurt nach Erfurt und wenn Berlin etwas nicht richtig macht, dann kritisiere ich auch Berlin, und so Ihre gesamtstaatliche Verantwortung nicht einmal im Ansatz wahrnehmen, das nehme ich Ihnen persönlich übel und da sage ich Ihnen auch, das ist zu wenig, um gewählt zu werden. Da sitzen Sie auch in Verantwortung, auch für Berlin.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Da müssen Sie zuhören ...)

Frau Pelke, es nützt überhaupt nichts, wenn Sie den Rücktritt von Herrn Gerster fordern, der Landesvorsitzende der SPD ist Mitglied dieser Bundesregierung. Tun Sie etwas, damit hier etwas passiert und sich die Arbeitsmarktdaten nicht ständig negativ

(Beifall bei der CDU)

entwickeln.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Sitzen Sie einmal im Vermittlungsausschuss, schieben Sie es nicht immer hin und her.)

Wissen Sie, ich habe mich sehr bewusst und, ich denke, das kann man auch im Protokoll nachlesen, nicht auf die Einzeldebatte, die in diesen Wochen ansteht, bezogen. Das hätte ich auch getan, aber ich habe gedacht,

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Warum fangen Sie dann jetzt damit an?)

wir reden um die politische Situation in Thüringen, die Einstellung junger Menschen und wie wir dieses Land in der Zukunft auch weiter positiv beeinflussen. Sie bringen es auf eine sehr einfache Formel, wobei Sie genau wissen, wie schwierig die Materie ist, die zu bearbeiten ist, übrigens nicht so, dass da zwischen CDU/CSU und SPD/Grünen die Linie zu ziehen ist, sondern sie ist sehr viel differenzierter zu ziehen,

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Sehr richtig.)

quer durch Länder, quer durch Parteien, quer durch Fraktionen und wenn Sie dieser Komplexität auch nur im Ansatz genügen, leisten Sie einen wichtigen Beitrag zum Verstehen der Demokratie.

(Beifall bei der CDU)

Und um diese Debatte mit Blick auf die PDS ein für alle Mal von meiner Seite noch einmal abzuschließen: Die DDR, der SED-Staat, war ein totalitärer Staat und er hat Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat mit Füßen getreten.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Dittes, wenn Sie versucht sind, mich in eine rechte, rechtsradikale - oder wie immer man das nennen will - Ecke zu stellen, dann weise ich das nicht nur weit von mir, sondern sage auch, Sie sind unfähig, in einer offenen Gesellschaft Globalisierung auch nur im Ansatz zu verstehen. Es ist mir klar, dass Menschen wie Sie sich in "Attac" organisieren, nur die Welt lässt sich nicht mit den Regeln von "Attac" ordnen. Wir müssen diese Globalisierung gestalten und dazu gehört auch ein sauberes Zuwanderungsgesetz, das die Ängste der Menschen in diesem Land ernst nimmt und sie nicht so billig vom Tisch wirft, wie das die PDS ständig tut.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich Ihnen und wenn Sie die Statistik einmal anschauen würden, die vom Bundesamt veröffentlicht ist, würden Sie wissen, warum die Menschen verunsichert sind, und das habe ich dargestellt. Ein Ergebnis der Studie - ich will nur zwei Beispielzahlen nennen: Im Jahr 1990 waren in diesem Land 5.342.000 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, sozialversicherungspflichtig waren 1.793.000. Im Jahr 2000 hatten wir 7.296.000 ausländische Mitbürger und sozialversicherungspflichtig waren 1.974.000. Wenn Sie die Ängste nicht ernst und die Realität nicht zur Kenntnis nehmen, leisten Sie keinen guten Dienst Ausländer in diesem Land zu integrieren. Ich will, dass Ausländer sich bei uns wohl fühlen, hier arbeiten und hier leben. Dafür ist die Voraussetzung, dass wir das nationale Interesse betonen, dass die Menschen, die zu uns kommen, nämlich hier auch Arbeit haben, sich hier integrieren können und so mit uns gemeinsam leben und arbeiten können. Das ist die Aufgabe eines ordentlich formulierten Zuwanderungsgesetzes.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie den Eindruck vermitteln, dass dies einmalig in der Welt ist, dann schauen Sie sich die Welt an, die Staaten, in denen das genau aus diesem Geist heraus formuliert ist, nicht nur die USA, auch viele andere Länder. Die Europäische Union ist in ihrem Verfassungsvertragsentwurf viel weiter als Sie, denn sie akzeptiert das, hat das auch aufgeschrieben. Es wird im Europäischen Verfassungsvertrag genauso geregelt, dass die europäische Zuwanderung die jeweiligen nationalen Interessenlagen berücksichtigen muss. Wenn sie dies nämlich nicht tun, schüren Sie geradezu die Angst voreinander, dass der eine dem anderen die Arbeit wegnimmt, dass der eine

dem anderen aus dem Sozialstaat zu viel Leistungen entnimmt. Ich will diese Angst nicht, weil ich weiß, wir haben in dieser Welt eine Aufgabe, Solidarität auch untereinander zu üben. Und Solidarität ist durch Leistung zu erreichen, das heißt, unser Land muss die Leistungsfähigkeit haben, nach innen zu integrieren und nach außen zu integrieren. Deswegen müssen wir gastfreundlich sein, müssen offen für Zuwanderung sein, aber wir müssen auch garantieren, dass die, die zu uns kommen, bei uns leben können und dass auch gerne gesehen wird, dass sie bei uns leben. Deswegen müssen sie hier im Leben zu Hause sein. Sie müssen hier Arbeit haben, damit sie hier mit ihrer Familie auch ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können. Das ist eine wesentliche Aufgabe, um Menschenwürde für diese Menschen auch zu sichern. Ihre oberflächliche Vorgehensweise im Blick auf Ausländer und auch auf die Sorgen um Ausländer und auch das Miteinander ist mir etwas zu billig für eine so komplizierte Materie.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Frau Bechthum, auch das, was Sie dargestellt haben, ist ein viel zu umfassender, komplexer Bereich, als dass man ihn so mit Stichworten in drei, vier verschiedene Richtungen thematisiert und mir unterstellt, ich würde die Probleme im Blick auf Familie und Erziehung nicht sehen. Da ich zufällig einer der Begründer dieser katholischen Jugendsozialarbeit und deshalb verbunden mit der Arbeit bin, die Pater Otto leistet, können Sie mir glauben, dass ich sehr wohl weiß, wie wertvoll die Arbeit ist, die er leistet im Blick auf die Schulsozialarbeit. Die Sorge, die er ausdrückt, haben wir gemeinsam in Podien, aber auch in Gesprächsrunden diskutiert. Es ist vollkommen klar und für die Landesregierung auch ohne jeden Zweifel in Zukunft bindend, die Schulsozialarbeit hat Vorrang, das sagt nämlich auch das Kinder- und Jugendhilfegesetz oder das SGB VIII. Hier tragen wir Sorge, dass diejenigen, die aufgrund ihrer sozialen Situation, ihrer familiären Situation nicht Anteil haben können oder nicht im gleichen Umfang Anteil haben können, also dauerhaft benachteiligt sind, im Mittelpunkt bleiben. Deswegen will Jugendarbeit nicht gegen Schulsozialarbeit oder Schulsozialarbeit gegen Schuljugendarbeit tätig sein, sondern miteinander. Ich sage Ihnen eine Sorge, die der Pater Otto hat, und sage Ihnen auch den Grund für diese Sorge. Wir müssen unsere Jugendhilfeausschüsse in dieser Richtung etwas klarer sensibilisieren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn nämlich bei Jugendhilfeausschüssen die Prioritätenpläne jetzt umgestellt werden und die Jugendpauschale, die nämlich genau diese Jugend- und Schulsozialarbeit prioritär fördern will, hintanstellt, und dafür die Schuljugendarbeit befördert, ist das nicht das, was wir wollen, sondern wir wollen, dass Schul- und Jugendsozialarbeit natürlich Vorrang hat. Dafür haben wir die Jugendpau-

schale entwickelt. Wir stehen auch dazu und werden sie weiter stabil gestalten. Das ist nicht Konkurrenz, sondern Miteinander.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie von Eltern sprechen, dann wollen wir - und ich denke, das mache ich auch immer wo ich gehe und stehe deutlich -, dass eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe die Familie hat. Sie gibt zuallererst Heimat, sie gibt zuallererst Werte, sie lebt vor. Wir müssen Eltern darin bestärken, das auch zu tun. Mut zur Erziehung heißt diese Bestärkung. Wissen Sie, ich könnte eine Stunde darüber reden, wo ich glaube, dass wir es in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland Eltern schwerer gemacht haben zu erziehen. Dazu haben nicht zuletzt die 68er beigetragen, weil sie der Gesellschaft eingeredet haben, Erziehung muss nicht mehr sein und haben damit Eltern verunsichert und haben eine Erziehungslosigkeit hervorgebracht, unter der wir heute noch leiden. Erziehung muss sein.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich auch bei uns; wir sind eine gesamtdeutsche Gesellschaft und Thüringen lebt nicht exterritorial.

(Zwischenruf Abg. Bechthum, SPD: Aber nicht bei uns hier!)

Natürlich auch bei uns, die Verunsicherung in der Erziehung hat auch bei uns stattgefunden aus dem ideologischen Sinn heraus, indem Eltern nämlich viele der wichtigen Erziehungsbereiche weggenommen werden sollten, um Kollektive zu bilden.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Bechthum, SPD: Die ... nicht bei uns.)

Sehr geehrte Frau Bechthum, von beiden Seiten nähert es sich und kommt zum gleichen Schluss, dass nämlich Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung und -funktion nicht mehr ernst genommen und nicht mehr wertgeschätzt wurden. Heute setzt die Wissenschaft noch eins drauf und macht eine Menge Komplizierungen dazu. Bindestricherziehung wie Medienerziehung, Umwelterziehung, Gesundheitserziehung und Eltern sind dann unsicher, können wir das alles leisten? Jawohl, sie können es leisten. Sie müssen nämlich das tun, was Eltern immer getan haben, ihre Kinder lieben, ihnen Achtung beibringen, sie zu Ordnung und Disziplin und auch zu Menschlichkeit erziehen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind die wichtigen Aufgaben. Das will ich Eltern mitgeben, weil ich glaube, wenn wir es weiter verkom-

plizieren und es nur akademisch betreiben, werden immer mehr Eltern verunsichert. Wir haben dann nicht mehr die Kraft zur Erziehung, weil wir nicht mehr den Mut zur Erziehung haben. Mut zur Erziehung heißt einfach, da ändert sich nicht so sehr viel am Inhalt. Unsere Gesellschaft muss das deutlicher machen, via Politik, aber auch via Medien und auch via Schule und all den anderen die in dieser Gesellschaft wichtige öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Das ist etwas komplizierter, das weiß ich, weil sich auch die Lebenswirklichkeit von Familien geändert hat. Das, was Menschen miteinander tun können, hat sich dramatisch verändert. Wissen Sie, die Freiheitsentwicklung, die Emanzipation der letzten 40 Jahre ist ein Wert an sich. Aber das heißt auch, dass ich in Folge meine persönlichen Einstellungen verändern muss. Wo nämlich Bindungswerte in den 50er-, 60er-Jahren vielleicht noch selbstverständlich waren, meinen heute viele von uns, sie sind überflüssig. Nein, sie sind gerade in Freiheit wichtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist mir ernst. Wenn wir an der Stelle nicht wirklich vorankommen uns selbst zu motivieren, dann kann Gesellschaft, dann kann Politik, dann können Gesetzgeber tun und lassen was sie wollen, sie werden nicht erfolgreich sein. Die Familie ist Grundlage unserer Gesellschaft. Dort wird geprägt, dort wird orientiert, dort wird gebildet, und wenn das Fundament gut gelegt ist, und dafür wollen wir Hilfe leisten, dann haben wir auch eine gute Zukunft als Gesellschaft sowohl demographisch als auch in der Werteperspektive.

(Beifall bei der CDU)

Herr Hahnemann hat in seinem Wortbeitrag, wie das üblich ist, wichtige Institutionen unseres Rechtsstaats in Frage gestellt und auch ihre Arbeit denunziert. Ich weise das in aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU)

Eine bodenlose Frechheit, wie Sie mit unserer politischen Arbeit gegen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt umgehen und wie Sie die Polizei und den Verfassungsschutz diskreditieren. Ihre Unterstellung, die CDU-Politik hätte rechtsextremes Gedankengut befördert und nicht wenige würden sich in ihrem Dunstkreis tummeln, ist nicht nur unerträglich und demagogisch, sondern ich finde es schäbig.

(Beifall bei der CDU)

Es gehört zu der Art und Weise, wie Sie meinen, rhetorisch geschickt eingepackt, tief demagogisch in diesem Land das süße Gift des Hasses zu träufeln.

(Beifall bei der CDU)

Sie suhlen sich geradezu in den sozialen Ängsten der Menschen und sie instrumentalisieren sie sogar noch und schämen sich nicht dafür. Sie haben überhaupt kein inhaltliches Konzept für eine freiheitliche Gesellschaft. Das hat der letzte Parteitag wieder bewiesen. Aber sie nutzen die Sorgen der Menschen, die sie in Freiheit haben, weil es schwierig ist, Freiheit zu organisieren. Sie suhlen sich in diesen Sorgen. Statt zu helfen diese Sorgen zu mindern, geben Sie falsche Visionen, falsche Ideologien, falsche Rezepte. Sie gehören in das Geschichtsbuch samt Ihrer Ideologien.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch ganz klar, Sie schaden damit in Wort und Tat der Demokratie.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS:
Soll ich Ihre Überwachungskameras halten
oder ...)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Pelke, es ist, das habe ich gesagt, für mich nicht ganz nachvollziehbar, dass ein Satz war, alles was die Opposition sagt, muss falsch sein oder alles was wir sagen muss falsch sein, aus Ihrer Sicht. Ich hätte die Situation in Deutschland nicht offen angesprochen. Ich habe mich bemüht und habe auch an vielen Stellen gerade die negativen Tendenzen, die sich aus dem letzten Jahr heraus neu ergeben haben, deutlich benannt. Ich will Ihnen auch ein Beispiel sagen, wie man die Stimmung für Demokratie negativ beeinflussen kann. Sie haben das Wort benutzt "Dilettieren der Bürokratie". Wissen Sie, wir haben einen Rechtsstaat, wir haben einen öffentlichen Dienst, Beamtinnen und Beamte, Angestellte, die leisten ihren Dienst. Da mögen Leute auch Fehler machen, so wie wir auch Fehler machen, tagtäglich. Aber wenn Sie das unter die Generalüberschrift "Dilettieren der Bürokratie" stellen, dann leisten Sie einen Vorschub für all die, die diese Form der Demokratie mit all den Ausprägungen in der Kompliziertheit, wie sie bestehen, nicht verstehen. Sie sollten einen Beitrag dazu leisten, dass die Menschen Vertrauen in den Rechtsstaat haben und damit auch in seine Institutionen und seine vollziehenden Institutionen. Das darf man dann nicht so einfach mit "Dilettieren der Bürokratie" überschreiben.

Weil Sie Civitas und Mobit angesprochen haben: Civitas wird von der Landesregierung nicht in Misskredit gebracht, sondern es gibt gute Zusammenarbeit. Mobit ist nur ein Programm von Civitas und nicht Civitas an sich, sondern ein Programm. Thüringen streicht auch kein Geld, aber wir können die geforderte Kofinanzierung des Bundes nicht aufbringen. Ich denke, ich brauche auf die Haushaltssituation nicht hinweisen. Diese Bemerkungen haben wir auch am Anfang bei der Einführung dieses Programms durch den Bund gemacht, dass man bitte darauf achtet,

dass nicht nur der Einsatz des Programms wichtig ist, sondern auch die Dauerhaftigkeit. Genau an der Stelle stehen wir heute, dass der Bund sich verabschiedet und die Länder sollen es übernehmen. Es ist auch falsch, dass wir bei den Projekten weniger gestalten, wir haben in diesem Jahr 26 Projekte und wir werden auch im nächsten Jahr eine Projektzahl auf hohem Niveau sichern.

Bei beiden Oppositionsfraktionen ist mir ein Problem bewusst geworden. Ich glaubte, ich hätte es einfach durch die Aussage an sich zu einem Thema für uns im Inneren, aber auch in der öffentlichen Diskussion gesagt, ohne es im Detail noch einmal auszuführen. Ich will es auch noch einmal wiederholen: "Zwei Drittel der Thüringerinnen und Thüringer haben vor allem eine ergebnisorientierte Erwartung an die Demokratie. Ihr Wert ermisst sich in den Augen der Befragten zunächst an den sozialstaatlichen Leistungen. Pluralismus wird dagegen mit großer Skepsis betrachtet. Mehr als zwei Drittel halten Auseinandersetzungen zwischen Interessensgruppen für schädlich und erwarten von der Opposition, die Regierung zu unterstützen, statt zu kritisieren."

Ich habe es bewusst nicht im Detail bewertet. Das ist kein positiver Befund. So funktioniert Demokratie nicht.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Eben, genau das habe ich gesagt.)

Deswegen haben wir doch gemeinschaftlich die Aufgabe, den Menschen auch mitzugeben und auch das Gefühl zu vermitteln, dass wir beides können. Dass wir unterschiedliche Diskussionspunkte einbringen können, streiten, das ist Opposition, das ist Regierung, das ist Mehrheit und Minderheit, das ist Demokratie, und dass wir dann aber auch am Ende zu Entscheidungen kommen. Deswegen ist diese Aussage eine nachdenkliche Aussage, die uns alle betrifft und im Besonderen die, die in den letzten Jahren regiert haben. Übrigens, ich komme auf meinen Ausgangssatz zurück, in Deutschland. Da sind die Länder einbezogen, das will ich gern sagen. Aber auch Deutschland ist einbezogen, das heißt, auch das, was in Berlin oder vorher in Bonn passiert.

Wenn die Menschen zuallererst die sozialstaatlichen Leistungen bewerten, das sozusagen als Maß für die Akzeptanz von Demokratie nehmen, dann ist das auch kein positiver Befund. Natürlich muss der Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland zukunftsfähig gestaltet werden, aber der Wert von Demokratie misst sich tiefer. Da sind vor allen Dingen Freiheit und Rechtsstaatlichkeit die tragenden Säulen, die auch miteinander verbunden diese Freiheit und diese Rechtsstaatlichkeit sichern.

Genau daraus, dass der soziale Frieden, die sozialen Leistungen zuallererst bewertet werden, kommt ja auch die tiefe Frustration, die tiefe Sorge, ob denn Demokratie in der Lage ist, die Probleme, die wir haben, zu lösen. Nur die Demokratie wird in der Lage sein. Mein Vorgänger

hat hier einmal formuliert, sie ist die schwierigste Gesellschaftsform, die wir haben. Das bleibt sie auch und deswegen sollten wir uns bemühen, da bin ich fest davon überzeugt, einen Beitrag dazu zu leisten, dass das Verständnis für Demokratie und auch für Pluralismus wächst, sonst hat Attac Recht. Sonst werden die Rechte bekommen, die den Menschen einreden, man könne in einer pluralen Gesellschaft mit offenen Grenzen anders vorgehen. Ich bleibe dabei, ich glaube das nicht. Alles, was sich derzeit in Europa und Deutschland und weltweit an politischen Bemühungen ausweist, ist doch Ordnungsstrukturen zu entwickeln. In diesem Miteinander hat Deutschland, denke ich, gute Ausgangspositionen, weil wir eine gefestigte Demokratie haben. Aber ein Land wie Thüringen, das betrifft alle jungen Länder, muss natürlich noch diesen Wert dieser gefestigten Demokratie stärker auch als Wert an sich vermitteln und ihn nicht nur in der Reaktion auf soziale Leistungen bewerten. Sonst haben es Rattenfänger leicht. Rattenfänger, die soziale Missstände, die soziale Notlagen, vielleicht auch aus Fehlentwicklungen oder die Streitkultur in einem pluralistischen System, das aus demokratischem Für und Wider besteht, nutzen, um den Menschen einzureden, es ginge ganz anders und viel einfacher. Davon haben wir eine Gruppe, die tut das mit Leidenschaft. Ich glaube nicht, dass das erfolgreich ist, weil ich denke, wir haben alle miteinander erfahren, was Freiheit und Demokratie ausmacht und wir haben die dicken Bretter, von denen Max Weber spricht, ja gebohrt seit 1989 und es sollte uns gelingen, auch dieses dicke Brett weiter zu bohren, nicht auf die Rattenfänger von heute einzugehen oder ihnen Vorschub zu leisten, dafür müssen wir arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, Sie können das alles lange diskutieren, ich habe mich bewusst nicht auf diese Ebene bezogen, Sie haben es aber getan, deswegen muss ich es ansprechen: Arbeitslosigkeit. Das ist ein Thüringer Problem, aber es ist ein deutsches Problem.

(Beifall bei der CDU)

Ich will wirklich nicht heute die Polemik in den Mittelpunkt stellen, aber Sie bringen es so, als wenn wir nur ein Thüringer Problem hätten. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist vom letzten Jahr zu diesem Jahr gestiegen und wir haben die höchste Arbeitslosigkeit seit 1998. Deshalb sind die Menschen in Sorge, weil die Arbeitsplätze fehlen und deshalb ist auch die Jugend in Sorge, weil sie nicht glauben, dass ihnen morgen Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wissen Sie aber, wer dafür verantwortlich ist? Nicht vor allen Dingen dieser Thüringer Landtag, sondern für die makroökonomischen Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland ist der deutsche Bundeskanzler mit seiner Regierung und dem Deutschen Bundestag verantwortlich. So ist die Ordnung in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Ersparen Sie uns doch, dass wir jetzt den Vermittlungsausschuss hier hereinziehen. Aber Sie haben es uns nicht erspart. Zu jedem der Details kann man etwas sagen.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Das sollen Sie ja auch, deshalb diskutieren wir darüber.)

Aber das gehört doch nicht zur politischen Situation in Thüringen, wenn wir den Thüringen-Monitor betrachten und schauen, wie es im rechtsextremistischen oder ausländerfeindlichen Stimmungstief oder Stimmungshoch ist.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Dafür haben wir ihn doch da.)

Sehr geehrte Frau Pelke, wollen wir anfangen über den Arbeitsmarkt zu reden, dann sage ich Ihnen, 16 : 0 haben beim Bundesrat in der letzten Woche alle Länder die jetzige Arbeitsmarktreform abgelehnt. Wissen Sie auch, warum?

(Beifall bei der CDU)

Weil, wenn die Länder fünf Umsatzsteuerpunkte auf Dauer an den Bund abgeben, ist das eine der dynamischsten Einnahmen, die wir haben und die wir dauerhaft an den Bund abgeben und wir schränken unsere Gestaltungsvielfalt in erheblichem Maße ein. Punkt. Das ist ein Streitproblem, das ist ganz schwer zu lösen. Das Brett bohre ich nicht hier einmal schnell, mit so einer Oberflächenbemerkung, wie Sie sie angesprochen haben. Da muss man mehr Mühe anwenden.

(Beifall bei der CDU)

Den Arbeitsmarkt haben Sie angesprochen und haben dann gesagt, Sie haben Herrn Gerster seinen Rücktritt schon gefordert. Na und? Die Politik lebt doch nicht von der Rhetorik, die lebt aus dem Tun. Heute wird im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit dieser Leistungstitel von 13,5 Mrd. € auf 10,5 Mrd. € gekürzt. Heute, zu dieser Stunde - das ist die Tat, die Sie zurzeit mit bewegen, denn Sie sind verantwortlich und auch politisch verantwortlich für diese Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Frau Pelke, Sie haben damit angefangen, warum ziehen Sie das Hohmann-Problem auf das Land? Warum sagen Sie, die Union auch in Thüringen hätte damit ein Problem oder unsere Fraktion? Ich habe mich von der ersten Minute an sehr deutlich geäußert. Ich war der allererste Landesvorsitzende in Deutschland, der das so deutlich gesagt hat. Wer die Rede liest, sieht, es ist ein bewusster Versuch, durch die Zusammensetzung von Dichtung, Wahrheit und Halbwahrheit ein falsches, ein geklittertes Geschichtsbild darzustellen, um mit Überhöhung im Blick auf das Tätervolk plötzlich eine Relativierung

zu erreichen, die wir alle miteinander als Demokraten nicht wollen, weil der Nationalsozialismus gerade an den Juden Verbrechen ohne Ende begangen hat. 6 Mio. Tote mahnen uns hoffentlich und auch die Generationen, die nach uns leben.

(Beifall bei der CDU)

Diese Auffassung ist für mich unmissverständlich. Nur wir haben keine Gesinnungsdiktatur, sondern Menschen können so etwas sagen. Ich mag das nicht. Wenn dann eine Partei - was übrigens nicht einfach ist - einen klaren Schnitt zieht, weil eine Grenzziehung überschritten ist, dann ist das ein Wert in der Demokratie, so zu verfahren. Trotzdem können dann Menschen morgen oder übermorgen mit diesen oder anderen Theorien in die Öffentlichkeit gehen, weil wir es ihnen nicht verbieten können. Wir müssen nur darauf aufpassen, dass unsere eigene Handlung als Demokraten in diesem Land eine klare Sprache spricht und dass eine klare Hand geführt wird. Insofern wehre ich mich, dass die CDU Thüringen oder dass die CDU-Landtagsfraktion bei Hohmann steht. Wir haben gesagt, was wir denken in dieser Demokratie. Wir akzeptieren aber auch, dass andere anders denken und wir setzen uns mit denen auseinander, die zu Feinden der Demokratie werden. Das sind dann aber Extremisten, das sind dann nicht einfach Linke und Rechte. Linke und Rechte muss ich versuchen in die Demokratie einzubinden und darf sie nicht von vornherein ausschließen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Wort zum Regierungssprecher und seiner Äußerung am Mittwoch. Er hat das gesagt, was notwendig war nach einer falsch veröffentlichten Äußerung, nämlich: "Die Demokratie ist in Thüringen fest verankert". Ein zentraler Satz der Studie. Das ist die beste Staatsidee. Auf diese Frage wurde geantwortet und 77 Prozent haben gesagt, das ist die beste Staatsidee. Ich finde, das ist ein sehr positives Ergebnis. Aber dann kommt der Nachsatz und den habe ich ganz genau so gesagt hier vorn: Die Unzufriedenheit mit der Demokratie hat eine relative Mehrheit. Damit sind wir wieder beim Ausgangspunkt. Das ist das, was die Menschen erfahren an Ergebnissen, an Handlungen, an konkreten Taten; so bewerten sie die Demokratie. Sie interessiert nämlich nicht die innere Struktur der Demokratie, sondern sie interessiert vor allen Dingen, und das ist auch verständlich, das, was an Ergebnissen für sie, für ihr Familienleben, für ihr gesellschaftliches Leben herauskommt. Und wenn Sie zwei Tage zurückdenken, waren in drei Thüringer Zeitungen interessante Kommentare zu lesen, nicht zum heutigen Tag, aber sie passen.

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Ja, ganz genau!)

Die eine Zeitung aus dem Süden: "Kleinkarierte Inszenierung", die eine Zeitung aus dem Osten: "Reden und

Vorleben", also tun, und die Dritte aus der Mitte, die geht dann etwas nach außen: "Die Erwartungsbürger". Alle drei - und ich finde das wichtig, dass das auch getan wird in der Öffentlichkeit - geben ganz wichtige Denkanstöße, ganz wichtige Denkanstöße für uns hier, "Reden und Vorleben", "Kleinkarierte Inszenierung" und auch "Die Erwartungsbürger". Politik tut sich da schwerer, Partei ohnedies, da wir ja auch eine Erwartungshaltung haben. Aber ich finde es schon wichtig, dass man über diese Themen offen spricht, denn man darf sich nicht an den inneren Prinzipien der Demokratie einfach so vorbeimogeln und denken, irgendwie wird die sich schon durchsetzen. Nein, das nehme ich sehr ernst, dass eine viel zu große Zahl sagt, sozialistische Gesellschaft, eine demokratisch sozialistische Gesellschaft wäre eine Alternative. Deswegen glaube ich auch, dass wir, das habe ich auch gesagt, unsere Konzentration verstärken müssen, die Probleme zu lösen, hier, aber vor allen Dingen auch in Berlin, weil das für die globale Wettbewerbspolitik Deutschlands entscheidend ist. Ich bin kein Fantast, sondern ich bin Realist, wenn ich sage, die Wirtschaft und das Wirtschaftswachstum sind die Voraussetzung für die Sozialpolitik unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss erst haben, bevor ich verteile. Vor 40, 50 Jahren gab es in Deutschland unter nationalökonomischer Stringenz noch bessere Möglichkeiten, sich um diese Weisheit herumzumogeln, obwohl sie Adam Smith und auch Ludwig Erhardt alle schon ausgesprochen hatten. Aber heute gibt es diese Möglichkeit nicht mehr. Heute sind wir - Gott sei Dank - in Freiheit, in Globalisierung und die Großen leben sie und die Kleinen hängen davon ab, dass wir Deutschland fit machen, dass sie es mitleben können, weil sie nicht als Bäcker um die Ecke nach Tschechien oder als Mittelständler aus Tambach-Dietz nach Polen gehen können, sondern sie müssen hier produzieren. Das können sie nur, wenn unsere makroökonomische Kultur sich deutlich verbessert. Wir stehen auf Platz 79 in der Welt. Da kann man vom Kündigungsschutz bis zur Arbeitszeit alles heranzuführen. Das ist keine Statistik von Althaus oder der Landesregierung, sondern vom WorldEconomicForum, und die ist auch bis zur Stunde nicht bestritten. Wenn wir unsere mikroökonomisch tolle Basis in Thüringen, nämlich tolle Unternehmen mit Leistungskraft, mit Innovation, mit Beschäftigten, die ihren Geist einbringen, das ist ja die Stärke, die wir haben, nutzen wollen, können wir das dauerhaft nur, wenn diese makroökonomische Ausprägung Deutschlands sich deutlich verbessert. Dazu müssen jetzt Weichen gestellt werden, endlich, weil wir schon viel zu viel Zeit verloren haben und weil junge Menschen genauso handeln, wie Sie das beklagt haben. Sie schauen, wo gehen Entwicklungen in dieser Welt, in Deutschland ab, besonders die, die als junge Leute vielleicht studiert haben und damit vielleicht noch größere Entwicklungschancen für sich sehen wollen und sehen. Deswegen will ich, dass Thüringen seine Chance, die sich entwickelt hat,

die wir alle auch mitgestaltet haben, die aber vor allem die Menschen vor Ort bewegt haben, nutzt. Und, ich glaube, wir haben da vorzügliche Bedingungen, denn, wenn man die Daten der letzten Woche sieht, ist ja unser Industrierowachstum nun wirklich vorzüglich. Dass wir eine Gesamtnegativbilanz haben in der Wirtschaft, hängt ja mit anderen Faktoren zusammen, die Sie gut genug wissen, z.B. mit der Bauwirtschaft. Warum die Bauwirtschaft so dramatisch zusammengebrochen ist, hängt wieder damit zusammen, dass, wenn die Arbeitslosigkeit wächst, wenn die Investitionskraft von Kommunen und von Ländern nachlässt, weil die Steuermindereinnahmen sich ständig im Haushalt wiederfinden, dann natürlich im Besonderen die Bauwirtschaft betroffen ist. Das heißt, hier ist fahrlässig mit der Wirtschafts- und damit der Wachstums- und damit der Arbeitsmarktsituation Deutschlands umgegangen worden. Und der Sozialstaat, wenn wir den reformieren und zukunftsfähig gestalten wollen, hat sozusagen eine Weiche, die man vorwegstellen muss, das ist für Wirtschaft. Wenn wir die Weiche nicht stellen und auf Wachstum kommen, können sie tun und lassen, was sie wollen, dann werden sie den Verteilungsmotor noch etwas anwerfen können und irgendwann ist nichts mehr zum Verteilen da, weil ihnen erstens das Geld ausgeht und zweitens diejenigen, die Besonderes leisten können, weglaufen. Deswegen glaube ich, Freiheit erfordert auch auf Leistung zu setzen und erfordert auch Leistung zu fördern und auch zu honorieren. Wer Leistung ständig tabuisiert oder schlecht macht, wer die, die Besonderes leisten und dadurch auch besondere Erträge haben, ständig beschimpft, sie mit Vermögenssteuer bedroht, der muss sich nicht wundern, dass unser Standort unattraktiver wird. Ich will, dass unser Standort Thüringen seine Attraktivität weiter ausprägt. Wenn wir das geschafft haben und dann den Staat weiter beschränken, damit er wirklich die Anreize schafft, die die Bürger in ihrer Freiheit brauchen, und sie nicht bevormundet, haben wir einen zweiten wichtigen Beitrag geleistet. Wenn wir außerdem weiter unseren Rechtsstaat mit seinen Institutionen wertschätzen, ihn unterstützen von den Verfassungsorganen bis hin zu den exekutiven Organen von Polizei, Verfassungsschutz und all denen, die wirklich darauf achten, dass innere Sicherheit auch gewahrt bleibt und nicht nur geschützt wird, sondern auch die Ursachen für das Vergehen bei innerer Sicherheit analysiert werden und verändert werden, haben wir ein Drittes getan. Und wenn wir dann gleichzeitig dafür sorgen, dass Familien, dass werthafte Institutionen wie Kirchen, wie diejenigen, die in Vereinen ehrenamtlich tätig sind, hier angenommen sind und weiter gefördert werden, sind wir auf dem richtigen Weg. Wenn wir begreifen, dass sozusagen die Freiheit dieses Miteinander einfordert, Eigenverantwortung zu tragen, aber eben auch gesellschaftliche Verantwortung für den Staat zu ermöglichen, dann bin ich fest überzeugt, können wir nicht nur Freiheit schützen, sondern auch Demokratie weiter gestalten. Genau darum ging es mir. Es wäre schön, wenn Sie mitmachen und sich nicht im Kleinklein verlieren. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die PDS-Fraktion hat sich der Abgeordnete Ramelow zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Werter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe, ja, ich unterstelle, dass es ein Versprecher Ihrerseits war, dass in dieser Demokratie die Linken und die Rechten nicht von vornherein ausgeschlossen werden sollten. Ja, wann sollen sie den ausgeschlossen werden, wenn nicht von vornherein?

(Unruhe bei der CDU)

Oder war es vielleicht doch nur ein Missverständnis oder ein falsches Wort, dann hätten Sie sagen müssen, was Sie meinen, wann links und rechts in dieser parlamentarischen Demokratie ausgeschlossen werden sollen. Denn nach meinem Dafürhalten gehört das gesamte Spektrum des Denkens, des Handelns und des Fühlens von Menschen in diesem Land zur parlamentarischen Demokratie. Ich hoffe, sehr geehrter Herr Pietzsch, dass es bei Ihnen auch nur ein Missverständnis war, dass Sie im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von nur 12 Jahren gesprochen haben.

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion)

Ich finde, die 12 Jahre waren 12 Jahre zu viel und Herr Ministerpräsident hat völlig Recht, 6 Mio. Tote viel zu viel. In dem Zusammenhang verbietet es sich, von nur 12 Jahren zu reden. Es waren 12 schreckliche Jahre und es bleibt das Kainsmal der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 damit umgehen zu müssen. Ich wiederhole das, was ich am 9. November in der Synagoge in Erfurt gesagt habe: Das Kainsmal Deutschlands bleibt es, dass der Tod, der industriell hergestellte Tod, der ingenieurtechnische Tod seine Heimat in Deutschland hat. Dieses Kainsmal bleibt unser Kainsmal.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Was soll denn das jetzt, Herr Ramelow?)

Sehr geehrter Herr Parteivorsitzender Althaus, in diesem Zusammenhang stelle ich schon die Frage, ob ein Erfurter CDU-Stadtrat in einem Leserbrief nicht auch mit einer Diskussion aufgefordert werden sollte, darüber nachzudenken, was er hat verlautbaren lassen, als er gesagt hat, einerseits zu Recht, so wie Sie ganz klar, das will ich ausdrücklich sagen, deswegen habe ich vorhin auch geklopft, als Sie Ihre Haltung zu Hohmann gesagt haben, davon war ich auch sehr überzeugt, dass das Ihre Haltung war, aber wenn ein Erfurter CDU-Stadtrat dann schreibt über das Wort

(Zwischenruf Abg. Panse, CDU: Der ist kein Stadtrat.)

- ist er kein Stadtrat, er ist aber der Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Erfurter Stadtrat - in einem Leserbrief schreibt, dass das Wort vom Tätervolk in Deutschland nicht thematisiert werden darf, weil es tabuisiert sei, dann finde ich das genauso falsch, weil ich denke, es geht nicht um die Frage "Tätervolk" als Volk, sondern es geht um das Kainsmal der ingenieurtechnischen Ermordung von Mitmenschen. An dieser ingenieurtechnischen Großleistung waren viele Menschen in Deutschland in einer bestimmten Phase mit kaltem Herzen beteiligt. Deswegen war ich Herrn Panse sehr dankbar, dass er auch in der jüdischen Landesgemeinde für Ihre Partei und für die Fraktion deutliche Worte gefunden hat.

Ich darf nur sagen, dass wir an dieser Stelle gemeinsam dann wirklich den Wertekanon beschwören sollten, was uns denn als Demokraten eint. Da kann ich nur sagen, wehret den Anfängen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie als Landesvorsitzender, was die Hohmann-Rede angeht, nicht nur aus taktischen Gründen, sondern aus innerer Überzeugung gesagt haben, hier sind Tabus gebrochen worden in einer sehr geschickten Art und Weise der antisemitische Diskurs auf einen Weg gebracht worden, wo ich hoffe, dass wir gemeinschaftlich sagen, so geht es gar nicht. Wir haben uns dieser Verantwortung zu stellen. Aber wenn Sie jetzt in einer sehr intensiven Rede hier vorn in unsere Richtung in einem Gestus sich dahin gehend entäußern, dass wir die Rattenfänger seien und ich das im Kontext zu Ihrer Äußerung sehe, die Linken und die Rechten sind nicht von vornherein auszuschließen, und ich so das Verhalten auch des gestrigen Tages und des gestrigen Abends, Frau Groß, auf mich wirken lasse, habe ich langsam das Gefühl, dass Sie nicht von der von der Bevölkerung gewählten PDS-Fraktion auf Themen angesprochen werden wollen, die Ihnen unangenehm sind.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das hat doch damit nichts zu tun.)

Aber unsere Rolle und unsere Aufgabe ist es, Problementwicklungen darzustellen und insoweit habe ich ein bisschen das Gefühl, Frau Groß, bei dem, was ich von Ihnen hier gehört habe, dass die 77 Prozent, die sagen, die Opposition soll doch die Regierung unterstützen und nicht kritisieren, nicht irgendwoher kommen, sondern dass sie auch tief verankert sind im Herzen in der Mitte dieses hohen Hauses, dass die Opposition nur dann eine gute Opposition ist, wenn sie Laolawellen macht zur Unterstützung, aber nicht das tut, was sie eigentlich in einer Demokratie tun muss, nämlich auch kritische Punkte anzusprechen. Und die Videoüberwachung in Weimar war, bleibt und ist ein kritischer Punkt, den Sie sich, sehr geehrter Herr Althaus, in Ihrer Regierung anziehen müssen, davon können Sie nicht freigesprochen werden.

Das Problem, dass die Pressefreiheit starke Schäden genommen hat, dass dem Anwaltsgeheimnis und der Rolle von Unabhängigkeit von Medien, von Parteien und von Anwälten mit dieser Art der Videoüberwachung wirklich nicht nur ein Bären dienst erwiesen worden ist, sondern die geistige Haltung Ihres Innenministers anschließend auch deutlich wurde.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das war das Schlimmste.)

Da habe ich ein bisschen das Gefühl, dass seine eigentliche innere Profession seine Zeit ist aus der DDR, die er gern heute wettmachen würde, indem man darüber nicht mehr redet, indem man den Schuldigen der DDR immer in dieser Ecke festmacht und sagt, daran ist allein die PDS Schuld und das Denken und Fühlen, Frau Groß, der Nationalen Front, das haben Sie doch hier in einer Form kundgetan, dass Sie das Gefühl vermitteln, dass sich im Moment nur die CDU an die Stelle der SED gesetzt hat, aber doch bitte die PDS jetzt den Mund halten soll oder freundlich lachen und Laolawellen machen soll. Das ist nicht die Rolle einer Opposition in einem Parlament. Wir sind gestaltende Opposition, wir machen Vorschläge und wir können gern, wenn wir denn auf dem Niveau des Diskurses einer Wahlveranstaltung wären, sagen, welche Vorschläge wir als Oppositionspartei und als Oppositionsfraktion haben zu längerem gemeinsamen Lernen, zu bürgernah statt bürokratisch, zu einer Wirtschaftspolitik, die regional statt global ist. Und da sagen Sie, Attac hätte die falschen Konzepte, da muss ich Ihnen sagen, ich glaube, Sie haben bei Attac nie nachgelesen.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Doch, doch.)

Die Tobin Tax - verzeihen Sie, makroökonomisch kann ich nur sagen, wäre etwas, was mir auch US-amerikanische Wirtschaftsmenschen gesagt haben, was sie glauben, was notwendig wäre, wenn nicht irgendwann ganze Währungsspekulationen dazu führen, dass Volkswirtschaften vernichtet werden. Und Tobin Tax wäre eine Antwort der Nationalstaaten, um globaler Spekulation von Vermögen und von floatenden Geldern, die hin und her transferiert werden, ausschließlich mit dem Ziel zur Spekulation. Wenn dann eine Zeitung in Thüringen in den letzten Tagen sogar noch dem Derivat Handel das Wort redet als besondere Maßnahme zur Existenzunterstützung kleiner und mittelständischer Betriebe, dann steigen einem wirklich die Haare auf dem Rücken zu Berge, dann kann ich nur sagen, das ist völliger Unsinn. An dieser Stelle hat Attac völlig Recht. Ich denke, dass die Diskussion mit Attac richtig ist, zu sagen, die Globalisierung, die nur dazu dient Neoliberalismus in der Welt dahin gehend zu betreiben, dass alles das, was an sozialer Verantwortung mit Kapital und Vermögen gebunden ist, aufgelöst wird. Da darf ich Sie daran erinnern, Herr Althaus, im Grundgesetz steht, Eigentum verpflichtet. Eigentum verpflichtet und das bedeutet, dass Menschen, die Eigentum ha-

ben, dass Unternehmen, das Eigentum hat, dass Vermögende in diesem Land in der Tat auch angesprochen werden müssen auf Vermögenssteuer, auf Kapitalertragssteuer, auf Körperschaftssteuer, so dass es eben nicht so ist, dass mittlerweile festzustellen ist, dass in diesem Land mehr Hundesteuer bezahlt wird als Körperschaftssteuer. Das ist eine Ungerechtigkeit und ein Ungleichgewicht, bei dem man anschließend den Menschen erzählt, die Städte, Gemeinden, Kommunen, das Land seien so verarmt - stimmt, die öffentlichen Haushalte sind leer, aber sie sind deswegen leer, weil sie verarmt worden sind. Die Rentenkassen sind leer, die Arbeitslosenkassen sind leer, die Sozialkassen sind leer, weil 5 Mio. Menschen daran gehindert werden, Beiträge in diese Kassen zu zahlen. Dass dann die Verunsicherung um sich greift, sehr geehrter Herr Althaus, hat nicht die PDS zu verantworten. Das hat die Politik der Altparteien zu verantworten, bei denen ich nur noch sagen kann, das ist das Kartell der sozialen Kälte, das den Menschen signalisiert, dass Arbeitslose bekämpft werden, aber die Massenarbeitslosigkeit nicht mehr auf der Agenda der Tagespolitik steht.

Sehr geehrter Herr Althaus, da würden wir uns dann doch wünschen, dass Sie nicht uns die Schuld zuweisen, weil ich ein bisschen das Gefühl habe, die einzige Rolle aus Ihrem Blickwinkel, die die PDS hier im hohen Haus hat, ist die Rolle des Gesamtschuldigen, desjenigen, der für alles verantwortlich ist, für das Sie, meine Damen und Herren, irgendwann auch mal Mitverantwortung getragen haben. Dann sage ich mal, wer ein bisschen die Diskussion, wie Sie Herrn Hahnemann hier angesprochen haben in Bezug auf seine kritischen Anmerkungen zur Videoüberwachung oder Ihre Entäußerung zum Thema Bildung und Erziehung, da muss ich nur sagen, Sie waren auch Teil des Systems, in dem Sie als verantwortlicher Lehrer auch an der Bildung teilgehabt haben. Das ist mir ein wenig zu knapp, wenn Sie dann immer nur mit den Fingern in unsere Richtung zeigen. Ich wäre froh, wenn wir dann darüber reden, welche Fragen der DDR aufzuarbeiten sind und welcher Unterschied zwischen NSDAP und Nazi Herrschaft und SED-Zeit zu ziehen ist. Da liegen 6 Mio. jüdische Tote im Unterschied dazwischen. Das kann man nicht reduzieren und einfach nur abtun und auf dem gleichen Level abhandeln, das ist ahistorisch und ist meines Erachtens auch eine völlige Negierung des Kalten Kriegs, eine völlige Negierung der Blockauseinandersetzung, eine völlige Negierung, dass es keine freie Entscheidung, weder der DDR noch der BRD, war, dass die Teilung Europas an der Nahtstelle in Deutschland stattgefunden hat. Das war eine Entscheidung der Alliierten als Konsequenz aus dem, was die Deutschen angerichtet haben durch Nationalsozialismus.

Ich finde, an der Stelle sollten Sie ein bisschen historisch genauer sein und ich darf für uns in Anspruch nehmen, dass wir auf diese Art der Reduzierung nicht gewillt sind einzugehen oder weitere Ausführungen dazu zu machen.

Sehr geehrter Herr Althaus, lassen Sie mich zum Schluss eins klar sagen: Ich stelle mich ausdrücklich vor meine Kollegen Dr. Hahnemann und Dittes,

(Unruhe bei der CDU)

die haben im Namen der PDS-Fraktion ... Das Benehmen mancher in diesem hohen Haus ist wirklich so unglaublich; die letzten Stunden hier lassen einen wirklich die Fußnägel hochklappen,

(Heiterkeit bei der CDU)

weil man das Gefühl hat, dass die ganzen Schimpfworte, die aus der Mitte dieses hohen Hauses kommen, hier im Präsidium gar nicht gehört werden. Ich will das nicht wiederholen, was gestern ein Abgeordneter mir gegenüber dreifach, vierfach gerufen hat. Ein bisschen habe ich das Gefühl, Sie haben ein schlechtes Gewissen. Ein bisschen habe ich das Gefühl, Sie scheuen sich vor dem, was Ihnen in den Landtagswahlen bevorsteht und ein bisschen habe ich das Gefühl, Sie sind eine Zusammenrottung von unflätigen Menschen, die im Moment nur damit beschäftigt sind, die Schuld bei uns abzuladen.

(Unruhe bei der CDU)

Ich glaube, dass wir dem Thüringen-Monitor einen schlechten Dienst erweisen, wenn von diesem Pult auch nur eine Fraktion als die "Rattenfänger" bezeichnet werden. Deswegen stelle ich mich ausdrücklich vor meine Kollegen Hahnemann und Dittes und sage, sie haben für unsere Fraktion die Argumente vorgetragen, die wir für bedenklich halten in diesem Land, und diese Art der Videoüberwachung, diese Art, wie mit ausländischen Mitbürgern in Thüringen umgegangen wird, entspricht eben nicht dem, Herr Ministerpräsident Althaus, was Sie hier verkündet haben. Das erinnerte mich eher an eine Sonntagsrede. Wenn ich in Meiningen in einer Asylunterkunft von einer Flüchtlingsfamilie höre, und ich betone Flüchtlingsfamilie, dass das Mädchen eine Ausbildungsstelle gefunden hat und diese Ausbildungsstelle anschließend abgenommen bekommt, dann ist das ein Skandal. Wenn Sie sagen, dass die Menschen hier arbeiten sollen, dann müssen wir uns auch dafür einsetzen, dass sie arbeiten können. An dieser Stelle wäre die Handlung der Landesregierung dringend erforderlich, dass Menschen möglichst schnell aus Asylbewerberunterkünften auch in einer ganz normalen Wohnung untergebracht werden können und anschließend auch arbeiten gehen dürfen. Das scheint mir so der Fall zu sein, dass man das dann abtut und versucht, in eine Ecke zu stellen, dass das gar nicht möglich ist und dass die Ausländer daran Schuld sind. Daran wird dann wiederum nur ein bestimmtes Bild bedient.

Meine Damen und Herren, die PDS-Fraktion ist gewählte Opposition. Wir haben, wenn es gewünscht wird, auch Angebote, wie Landespolitik anders gemacht werden kann. So, wie Sie bisher 14 Jahre Landespolitik be-

trieben haben, glauben wir, geht es nicht weiter. Wir sehen die Grenzen einer bestimmten Landespolitik als erreicht. Und immer nur Ihre Wahlkampfreden von hier vorn zu hören, an was die SPD Schuld ist und dass in Berlin alles falsch läuft,

(Unruhe bei der CDU)

meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hatten vorher als CDU viele Jahre Zeit zu beweisen, dass Sie anderer Meinung waren in der DDR. Ich kann mich nicht erinnern, das nachhaltig von Ihnen gehört zu haben, so dass Sie entweder mit uns gemeinsam über die totalitären Strukturen der DDR reden. Dazu hat sich die PDS bekannt. Aber ich habe das Gefühl, dass die Blockpartei CDU bis heute nicht bereit ist, über ihre eigene Rolle wirklich zu reden. Das ist, glaube ich das, warum Sie jetzt so schimpfen auf den Thüringen-Monitor,

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Wer schimpft denn?)

dass Menschen sich erinnern, dass es in der DDR mehr gab als Sandmännchen und den grünen Pfeil. Wir bleiben dabei, es ist möglich, sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist möglich, andere alternative Beschäftigungsmodelle zu entwickeln. Es ist möglich, den Non-Profit-Sektor zu entwickeln. Es ist möglich, Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben, und es ist möglich, mit der Landespolitik damit zu beginnen. Lassen Sie uns damit anfangen und nicht nur Schuldzuweisungen verteilen. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Ramelow, der Abgeordnete Althaus möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das? Bitte, Herr Althaus.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Herr Kollege Ramelow, wollen Sie behaupten, dass die 1.000 Mauertoten, die 10.000 Stasiopfer und die vielen anderen ungezählten Opfer der DDR Folge der internationalen Politik sind und Folge des so genannten Kalten Krieges?

(Beifall bei der CDU)

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Sehr geehrter Herr Althaus, Sie wissen ganz genau, wo die Entscheidung zur Teilung Deutschlands getroffen worden ist.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Beantworten Sie bitte meine Frage. Die sind erschossen worden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Wer dafür die Verantwortung trägt, das wollte ich von Ihnen nur wissen, da Sie vorhin den Eindruck vermittelt haben, als wäre dafür die ganz normale Welt verantwortlich. Die, die den Kalten Krieg mit zu verantworten haben in West wie in Ost, und ich behaupte, es war der SED-Staat, der hat diese Opfer zu verantworten.

(Beifall bei der CDU)

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Sie haben sich ja selbst die Antwort gegeben und ich habe den Eindruck ... Wissen Sie, Herr Althaus, das ist das, was ich an Ihnen so oberlehrerhaft finde. Aber das ist ja Ihr Beruf.

(Unruhe bei der CDU)

Dafür sind Sie ja im SED-Staat mit einer Medaille ausgezeichnet worden, dass Sie so reagieren können, wie Sie reagieren.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pietzsch, CDU: Ich habe auch einmal eine Frage.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Ramelow, beantworten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Dr. Pietzsch?

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Ich habe keine Lust, an diesem Schauspiel weiter teilzunehmen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Als nächste Rednerin hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Pelke, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst, Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank, dass Sie so umfassend auf meine Ausführungen eingegangen sind. Ich freue mich, dass ich Ihnen die Gelegenheit gegeben habe mit u.a. meinem Redebeitrag, dass Sie hier eine allgemeine Regierungserklärung abgeben konnten. Aber nichtsdestotrotz, was mich persönlich betroffen macht, ist, dass die Diskussion und die Art und Weise des Umgangs in den letzten Stunden hier in diesem Haus, sowohl was den Ton als auch was den Inhalt angeht, weder dem Thema noch dem Haus würdig gewesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Auch Sie, Herr Ministerpräsident, wenn Sie immer lauter werden und man im Prinzip die Mikrofone ausschalten könnte, dann bedeutet das nicht, dass der, der laut redet, Recht hat. Ich finde es schon schade, wenn Sie einem das Wort im Munde herumdrehen. Ich werde Ihnen meine Ausführungen schriftlich zur Verfügung stellen. Ich finde eine solche Art, wenn man vorher an der gleichen Stelle, wie Sie es getan haben, einen fairen und offenen Umgang miteinander einfordert und man muss miteinander reden, so haben Sie es gesagt, dann finde ich die Art und Weise nicht in Ordnung. Ich lasse mir von Ihnen nicht bewerten oder in Frage stellen, ob ich in einer Rede wie der heutigen zum Thüringen-Monitor das Thema "Arbeitsmarkt" mit anspreche. Die Themen "Arbeitsmarkt, soziale Unsicherheiten und Abwanderung" gehören zu diesem Themenkomplex. Ich habe ihn in zwei Richtungen angesprochen, indem ich den Thüringer Wirtschaftsminister aufgefordert habe, in dieser Richtung tätig zu werden, und zugleich auf die Verantwortung der Bundesregierung hingewiesen habe. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Das Thema "Bildung" habe ich auch ebenfalls nur kurz angesprochen, u.a. im Zusammenhang mit der Bewertung der Oppositionsrolle in einer Demokratie, ich habe hingewiesen auf das Thema "Erwachsenenbildung" und damit verbunden "politische Bildung". Auch dieses halte ich für einen wichtigen Punkt und, ich glaube, dass alle wissen, dass hier nicht jeder Aspekt in einer solchen Rede und in der Bewertung des Thüringen-Monitors bis ins kleinste Detail untersetzt werden kann.

Dritter Punkt: Ich habe nicht allgemein Bürokratie als Dilettanten bezeichnet, sondern im speziellen Zusammenhang, was den Umgang mit der Verfahrensweise und der Handlungsweise hinsichtlich Rechtsextremismus angeht. Dazu stehe ich. Aber dass Sie mir unterstellen wollen, dass ich allgemein behaupten würde, Mitarbeiter in Ministerien oder anderen Bereichen seien Dilettanten, das weise ich ausdrücklich zurück, so lasse ich mir das Wort im Munde nicht herumdrehen.

Der letzte Punkt: Sie haben das Thema "Hohmann" angesprochen und in welchem Zusammenhang es überhaupt notwendig ist, es hier anzusprechen. Erstens: Ich halte das Thema "Hohmann" für wichtig, dass es angesprochen wird in einem Parlament und gerade zu einem solchen Thema wie heute. Außerdem haben Sie selbst Ihre Position in Ihrer Rede noch einmal beschrieben, für die ich im Übrigen sehr dankbar bin. Zum Dritten habe ich lediglich das Ergebnis der Abstimmung der CDU-Bundestagsfraktion hier vorgetragen und in die Richtung der Mehrheitsfraktion gesagt, darüber bitte ich Sie nachzudenken - nicht mehr und nicht weniger. Ich habe weder das Ergebnis bewertet noch sonst irgendetwas. Ich denke, das steht uns zu. Das steht jedem zu, darüber nachzudenken, ob es denn nur einen oder mehrere Hohmänner gibt und ob ein solches Gedankengut, wie er es beschrieben

hat, möglicherweise auch bei anderen zu sehen ist. Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, solche Bewertungen, wie Sie sie hier gemacht haben gegenüber Rednern der Oppositionspartei, schlichtweg zu unterlassen. Und das Allerletzte: Sie begannen sofort sehr lautstark auf meine Bemerkungen hinsichtlich Arbeitsmarktpolitik und Bundesanstalt für Arbeit einzugehen. Dieses war, und das sage ich ausdrücklich, nicht verbunden mit der Rede zum Thüringen-Monitor, sondern eine ehrliche, offene und deutliche Antwort auf die Zwischenfrage der CDU-Abgeordneten Vopel. Dazu stehe ich auch und, ich denke, das Recht habe ich und das lasse ich auch nicht in Frage stellen. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen liegen jetzt nicht mehr vor. Doch, Herr Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich will an das von Frau Pelke Gesagte anschließen. Ich glaube auch, dass viele Erwidierungen auf das, was hier von der Opposition vorgetragen worden war, und die Aufregung dieser Abwehr völlig fehl am Platz waren und dass sie dem Ansehen der Politik geschadet haben. Denn, Herr Ministerpräsident und Herr Dr. Pietzsch, machtgespeiste Aufregung und demokratisches Engagement, das ist nicht dasselbe. Insofern hat die Debatte tatsächlich schon wieder einen kleinen Grundstein für die nächsten negativen Ergebnisse in einem Thüringen-Monitor gelegt. Es ist ja schon schlimm, dass Frau Pelke sich hier vorn hinstellen und auf die Rechte der Opposition klopfen muss. Nur, wir müssen uns darüber nicht wundern, Herr Ministerpräsident, ich wundere mich allerdings über Sie, wenn Sie sich bei der Diskussion über Demokratieverdrossenheit einerseits hinstellen und uns vorwerfen, dass wir uns den demokratischen Regeln nicht gemäß verhalten würden und dann anschließend die SPD-Fraktion auffordern, sie möge aus dem "Schatten der Opposition" heraustreten. Das ist im doppelten Sinne interessant. Also wenn es diesen Schatten gibt, dann kommt er ganz bestimmt nicht vom Sonnenlicht der Regierungspolitik. Aber wie kommen Sie überhaupt zu der Auffassung, dass die Opposition die Schattenseite der Demokratie sei?

(Beifall bei der PDS)

Da muss ich Ihnen eines sagen: Wenn Ihre Hoffnungs- und Zielgruppe für die - sagen wir mal - Verbesserung des Ansehens der Demokratie die 18- bis 24-Jährigen sind, dann sollten Sie sie bitte nicht mit solchen Grundauffassungen über das Verhältnis von Opposition und Regierungskoalition oder regierender Fraktion speisen.

Vor allem zu den Ausländerfragen hat Kollege Ramelow alles gesagt. Wenn Ihnen ernsthaft daran gelegen ist das Ansehen von Politik zu verbessern, dann sollten Sie abrücken von einer Art und Weise von Politik, die mit demokratischen Normen in einem Parlament absolut nichts zu tun hat. Man kann nicht eine Parlamentsdebatte auf der Grundlage von "nicht hören", "nicht zuhören" oder "nicht verstehen wollen" führen. Die Beispiele will ich Ihnen ganz kurz nennen.

Frau Groß - ich kann sie im Moment nicht sehen, ist auch egal -, ich habe nicht gesagt, wie sie behauptet hat, Sicherheit mache den Bürgerinnen und Bürgern Angst, nein, ich habe gesagt, Sicherheitspolitik, die sich auf Beobachtung stützt und gleichzeitig dabei Pressefreiheit, Parteilichkeit, Anwaltsfreiheit gefährdet, das macht Bürgerinnen und Bürgern Angst.

(Beifall bei der PDS)

Ich habe auch nicht gesagt, die Polizei sei eine Distanzbehörde, ich habe gesagt, wir müssen aufpassen, dass Polizei nicht eine Distanzbehörde wird, denn die Bürgerinnen und Bürger in Weimar haben anderen, aber auch mir gesagt, wir wollen nicht Kameras, wir wollen Polizisten auf diesem Platz haben, die eingreifen können, wir wollen mit den Verantwortlichen über andere Möglichkeiten als über Kamerainstallationen reden.

(Beifall bei der PDS)

Bei Frau Groß habe ich den Eindruck, sie hört nicht zu, denn sie hat ganz offensichtlich Herrn Ramelow gestern Abend auch nicht zugehört. Aber auf Nichtzuhören kann man keine Attacken reiten, das hat mit demokratischer Auseinandersetzung nichts zu tun.

Herr Kollege Pietzsch, es tut mir einfach Leid. Bei Ihnen verstehe ich auch nicht: Wie glauben Sie ernsthaft, an 18- und 24-Jährige ihren Begriff von Demokratie vermitteln zu können? Sie werfen uns vor, wir hätten der Verfassung nicht zugestimmt und deswegen hätten Sie den Eindruck, wir würden die Verfassung hassen. Wissen Sie, welche Haltung dahinter steht? Da steht diese schlimme Haltung - und diese Haltung kenne ich seit 20, 30 Jahren - dahinter, jeder, der irgendetwas kritisiert, der verwirft das Kritisierte auch im Ganzen. Und das ist DDR-Denkart. Sie haben auch gesagt, meine Meinung über die herrschende Politik würde bewirken, dass Bürgerinnen und Bürger darüber so denken. Nein, Herr Pietzsch, die Bürgerinnen und Bürger, die brauchen nicht den Vermittler, die Politik gibt ihr Bild von ganz allein ab und diese Diskussion hier hat einen Beitrag für das verheerende Bild der Politik geleistet, denn Bürgerinnen und Bürger, die brauchen diese Art von Diskussionen, wo nicht zugehört wird, nicht verstanden wird, aber ein politisch anders Denkender attackiert wird, teilweise vernichtend attackiert wird, nicht.

(Beifall bei der PDS)

Im Übrigen ist das auch diese typische Haltet-den-Dieb-Methode. Man ist selbst für etwas verantwortlich, aber man kritisiert vernichtend denjenigen, der es wagt, die Kritik hervorzubringen. Auch dieses kenne ich aus DDR-Zeiten sehr gut. Herr Pietzsch, wenn Sie wissen wollen, wer in Ihren Reihen an dem Rand marschiert, wo auch ein Herr Hohmann marschiert, dann schauen Sie "Monitor", dann schauen Sie "Report", aber schaffen Sie in Ihrem Laden selbst Ordnung und bürden Sie das uns nicht auch noch auf. Der Innenminister hat uns gestern mit den Aufgaben zur Sicherheitspolitik genug aufgeladen.

(Beifall bei der PDS)

Ein Letztes noch, das scheint mir besonders wichtig zu sein: Wenn es darum geht, Bürgerinnen und Bürger von der Zukunftsträchtigkeit von Demokratie zu überzeugen, dann hilft es überhaupt nichts, wenn man seinen eingeschränkten Blickwinkel auf eine Thematik, unabhängig davon, ob es nun rechtsextremistische Straftaten und rechts-extremistische Einstellungen sind, dadurch z.B. an der Opposition austobt, dass man der Opposition vorschreibt, welche Themen sie nicht in die Debatte einbringen darf, obwohl der Thüringen-Monitor eindeutig sagt, dass soziale Aussichtslosigkeit eine der maßgeblichen Ursachen für die Speisung von solchen Haltungen und solchen Taten im Bereich des Rechtsextremismus und des Rassismus ist. Wer also bereits wieder versucht, vor dem Hintergrund einer Mehrheit die Gedanken sogar innerhalb eines Parlaments zu beschneiden, zu beschränken und zu verbieten, der fügt der Demokratie viel, viel mehr Schaden zu, als er begreifen kann. Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Böse Unterstellung.)

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Redemeldung des Abgeordneten Sonntag, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Kollege Ramelow vor kurzem dem Ministerpräsidenten und uns mangelnde geschichtliche Korrektheit vorgeworfen hat. Herr Ramelow, als Sie ausführten,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Da müsst Ihr noch mal nach ...)

dass zwischen dem Dritten Reich und der DDR 6 Mio. Tote standen. Wenn Sie damit die Juden meinen, haben Sie einen Fehler gemacht, wo Sie leider nicht allein stehen,

es waren 6 Mio. tote Juden, das ist richtig, aber jedoch waren das bei weitem nicht alle. Wenn Sie schon diesen Zwischenraum, diesen Abstand dokumentieren wollen, Herr Ramelow, und wenn Sie geschichtlich korrekt sein wollen, dann bitte vergessen Sie oder unterschlagen Sie nicht die Millionen Toten in den besetzten Ländern, unterschlagen Sie nicht die Widerstandskämpfer, die hingerichtet wurden, unterschlagen Sie nicht die Sinti und Roma, unterschlagen Sie nicht all diese, die ebenso auf das Konto des Dritten Reiches gehen. Das wollte ich hier noch mal sagen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr, so können wir den Tagesordnungspunkt abschließen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 11

Auswirkungen der geplanten Arbeitsmarktreformen auf Thüringen

Antrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/3733 -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/3764 -

Wünscht die beantragende Fraktion eine Begründung? Nicht, dann wird wohl der Bericht der Landesregierung gegeben. Bitte schön, Herr Minister.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, grundlegende und nachhaltige Reformen sind dringend notwendig, um mehr Beschäftigung zu erreichen und die viel zu hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland abzubauen. Allerdings kann dies nicht die Arbeitsmarktpolitik allein leisten, sondern es bedarf insgesamt aufeinander abgestimmter Konzepte der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Die Landesregierung unterstützt deshalb sinnvolle Ansätze und Reformschritte, damit die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die konjunkturelle Entwicklung besser werden. Die Hartz-Gesetze erfüllen diesen Anspruch aber nur sehr eingeschränkt, wie man auch an den kaum spürbaren Ergebnissen von Hartz I und II sieht. Diese Gesetze sind seit Anfang 2003 in Kraft. Für zwei Drittel von 20.000 befragten Unternehmen spielen diese Gesetze in dem betrieblichen Alltag keine Rolle. In den neuen Bundesländern beträgt der Anteil sogar 71 Prozent, nachzulesen in der heutigen Ausgabe der "Thüringer Allgemeinen".

Die Gesetze Hartz III und IV befinden sich derzeit im Bundesratsverfahren. Am 7. November wurde der Vermittlungsausschuss angerufen, der am 13. November - also gestern - erstmals dazu getagt hat. Es wurden Arbeits-

gruppen eingerichtet, die sich mit den Themenbereichen "Steuern/Finanzen und Arbeitsmarkt" befassen. Thüringen ist in der Arbeitsgruppe "Steuern/Finanzen" vertreten. Inhaltliche Ergebnisse gibt es nach dieser ersten Sitzung des Vermittlungsausschusses noch nicht.

Für das Vermittlungsausschussverfahren gibt es keine einzelnen formalen Änderungsanträge wie im eigentlichen Bundesratsverfahren. Die Vermittlung zwischen Bundestag und Bundesrat basiert auf der "Auslotung von Positionen und möglichen Kompromissen" sowie den Empfehlungsdraftsachen der Ausschüsse bzw. dem Bundesratsbeschluss.

Die Landesregierung sieht folgende Eckpunkte und Positionen für die Verhandlungen: Zu Hartz III und zu Hartz IV sind wir grundsätzlich kompromissbereit, um dringend notwendige Reformen zu erreichen. Voraussetzung ist es aber, dass notwendige Änderungen besonders zur Finanzierung von Hartz IV und zum weiteren Erhalt der Landesarbeitsämter erfolgen. Kompromisse um jeden Preis, meine Damen und Herren, sind nicht sinnvoll.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Hartz III ist nicht zustimmungsbedürftig, wird aber im Rahmen des Gesamtpaketes zum Arbeitsmarkt mit behandelt.

(Beifall bei der CDU)

Hartz IV ist zustimmungsbedürftig und meines Erachtens hinsichtlich der grundlegenden Auswirkungen der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II auf Bund, Länder, Kommunen sowie die betroffenen Hilfebedürftigen zentraler Diskussionsgegenstand des Vermittlungsausschussverfahrens zum Arbeitsmarkt. Aus Hartz III wurde der wichtige Ablehnungsgrund der Länder "faktische Abschaffung der Landesarbeitsämter" herausgenommen, allerdings nur in das zustimmungsbedürftige Hartz IV verschoben. Man sollte Hartz III letztlich nicht scheitern lassen, da es deutliche Vereinfachungen und Verbesserungen im Arbeitsförderrecht, der Neustrukturierung der Bundesanstalt und der Arbeitsvermittlung bringt. Auch wenn SAM abgeschafft werden, ist dies tragbar, dass solche Maßnahmen zukünftig durch neu strukturierte ABM-Förderung abgedeckt werden können und sich das Land auch daran wie bei SAM beteiligen wird.

Eine deutlichere Entrümpelung des komplizierten Leistungs- und Förderrechts im SGB III und eine umfassendere Reform der Bundesanstalt wäre aus Thüringer Sicht dennoch wünschenswert. Wir werden versuchen, im Vermittlungsverfahren weitere Verbesserungen in dieser Hinsicht zu erreichen.

Nun zu Hartz IV: Grundsätzlich ist die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im Rahmen

eines neuen einheitlichen Leistungsrechts richtig und sinnvoll. Dies muss zu einer Verbesserung der Integration der Hilfebedürftigen in Beschäftigung führen und gleichzeitig zu einer Vereinfachung und besseren Transparenz der Leistungsverwaltung. Die Landesregierung hatte bereits in der Plenarsitzung am 3. April 2003 zur Aktuellen Stunde Stellung genommen. Insoweit möchte ich auch auf diese Ausführungen verweisen.

Nach wie vor wird die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Kommunen im neuen Leistungssystem gesehen. Verschiebebahnhöfe, meine Damen und Herren, müssen verhindert werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Reform muss zudem im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzreform betrachtet werden. Insgesamt darf es zu keiner Mehrbelastung der Länder und Kommunen kommen und die Leistungsfähigkeit der Kommunen in den neuen Ländern muss besonders beachtet werden. Im Ergebnis muss die Entlastung der Kommunen stehen, damit diese mehr investieren und dadurch Beschäftigung sichern können. Dies war auch der Grundgedanke von Herrn Hartz, der in dieser Konsequenz leider nicht mehr in den Gesetzen zu erkennen ist.

Wir haben etwa viermal so viele Arbeitslosenhilfeempfänger wie erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in Thüringen und in den anderen neuen Ländern. Das ist ein wesentlich ungünstigeres Verhältnis als in den alten Ländern. Eine Berücksichtigung dieser besonderen ostdeutschen Bedingungen hat Thüringen auch mit seiner Protokollerklärung zum Existenzgrundlagengesetz im Bundesrat eingefordert. So haben wir darauf hingewiesen, dass eine Beschäftigungspflicht in den neuen Ländern mittelfristig nicht umsetzbar ist und dass angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage eine besonders enge Kooperation zwischen den Arbeitsämtern und Kommunen verbindlich geregelt werden muss. Die besondere ostdeutsche Situation muss bei der Entscheidung über die Trägerschaft und die notwendige Kooperation vor Ort beachtet werden. Die Landesregierung ist im Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden Thüringens und auch offen für eine Trägerschaft des Bundes bzw. der Arbeitsämter für die neue Leistung.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Die von der Bundesregierung vorgesehene Umverteilung der Umsatzsteuer zu Lasten der Länder und zu Gunsten des Bundes in erheblicher Größenordnung zur Finanzierung von Hartz IV kann aber nicht mitgetragen werden.

(Beifall bei der CDU)

Es muss eine deutlich bessere Finanzierungsregelung, möglichst auch durch gesonderte Kompensationsmaßnahmen für die Länder, erreicht werden. Wie Sie auch

den Medien entnehmen konnten, sind sich die Ostministerpräsidenten darin einig. Kaufkraftverluste, die besonders die neuen Länder betreffen, müssen so gering wie möglich gehalten und vom Bund größtenteils ausgeglichen werden. Hierzu gibt es auch konkrete Vorschläge. Die Finanzministerkonferenz Ost hat im Oktober vergangenen Jahres bereits die Übernahme von Finanzierungsleistungen für die DDR-Zusatzversorgungssysteme durch den Bund gefordert. Ferner hat die Arbeits- und Sozialministerkonferenz im November vorigen Jahres auf Initiative aller neuen Länder den Bund aufgefordert, eine kommunale Infrastrukturinitiative in den neuen Ländern im Umfang von 1 Mrd. € und fünf Jahren Laufzeit zu finanzieren. Dies resultiert zudem aus den Hartz-Vorschlägen. Der Bund hat dies bislang nicht eingelöst.

Hartz IV, meine Damen und Herren, muss meines Erachtens zudem durch ein Förderprogramm des Bundes für mehr Jobs im Niedriglohnbereich ergänzt werden, um bessere Möglichkeiten der Vermittlung zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Konstruktive Vorschläge dazu enthält das hessische Existenzgrundlagengesetz, das vom Bundesrat eingebracht wurde. Diese Forderung steht im Einklang mit Vorschlägen aus Sachsen-Anhalt und Sachsen. Es gibt eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu Hartz IV, die heute schon tagt und insbesondere Positionen aus Sicht der neuen Länder für das jetzt begonnene Vermittlungsverfahren entwickelt.

Derzeit, meine Damen und Herren, ist es aber zu früh, um konkrete Ergebnisse und Auswirkungen der Bundesgesetze zu diskutieren. Die Gesetze befinden sich erst am Anfang des Vermittlungsverfahrens und sollen - mit Übergangsvorschriften - im kommenden Jahr in Kraft treten. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, warum die PDS bereits jetzt einen solchen Antrag stellt

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Sehr richtig.)

und die Diskussionen zu Auswirkungen von Hartz III und IV, also zu Auswirkungen von noch nicht in Kraft befindlichen und noch der Veränderung unterliegenden Gesetzen, führen will, es sei denn, meine Damen und Herren, man will ganz bewusst Ängste schüren und politische Stimmung machen gegen jegliche Reformen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wird Aussprache gewünscht?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt die Aussprache.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gut, dann rufe ich als ersten Redner Herrn Abgeordneten Gerstenberger ans Rednerpult. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn ein Gefühl zurzeit im ganzen Land herrscht, dann ist das, denke ich, tiefe Verunsicherung.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Und die wird jetzt gefördert.)

Kein Mensch weiß mehr so genau, was eigentlich als Nächstes kommt, welche Änderungen an dem sozialen Sicherungssystem vorgenommen werden und wie sie oder er selbst davon betroffen sein wird. Inzwischen halte ich es für nicht unwahrscheinlich, dass dieser kaum auflösbare Wirrwarr von Ankündigungen und Dementis, von Indiskretionen und Halbwahrheiten in Berlin bewusst inszeniert wird. Es ist eine einzige Desinformationskampagne. Kaschieren will man damit, was immer mehr sichtbar wird. Diese Gesetzgebungsmaschine der Bundesregierung entpuppt sich als Reißwolf, der zu großen Teilen das in Generationen erkämpfte Sozial- und Arbeitsrecht vernichtet, ohne dass manche der Betroffenen auch nur ahnen, was ihnen alles zugemutet werden soll und zugemutet werden wird. Und dann stellt sich vor ein paar Tagen der frühere SPD-Spitzenpolitiker Professor Glotz hin und behauptet in einer Thüringer Tageszeitung, die SPD brauche ihr Vorhaben der Öffentlichkeit nur besser zu erklären, dann werde schon alles gut. Wie das aussieht, meine Damen und Herren, wenn Verantwortliche, wie Herr Clement, seines Zeichens Arbeits- und Wirtschaftsminister, und Herr Gerster als Chef der Bundesanstalt für Arbeit das tun, das war am Montag auf einer Veranstaltung in Berlin zu erleben. Mir sind bei dieser Veranstaltung kalte Schauer über den Rücken gelaufen und ich will nicht das wiederholen, was am Dienstag dazu im Arbeitslosenparlament besprochen wurde. Wie weltfremd sind diese Leute eigentlich, meine Damen und Herren, so viel Realitätsverlust kann einem fast schon Leid tun. Fast symptomatisch ist übrigens, dass sich mit Herrn Glotz jemand ein Urteil anmaßt, der sich völlig sicher sein kann, niemals von den Beschlüssen, um die es geht, persönlich betroffen zu sein. Dazu sagt der katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach am 1. November in einem Interview mit der TAZ, ich darf zitieren: "Es ist ironisch, wenn die Professoren die angebliche Inflexibilität bedauern, dann reflektieren sie eigentlich nur ihre eigene Situation. Professoren, Akademikern, Beamten, Managern wurde bisher tatsächlich wenig zugemutet, deswegen scheinen sie zu denken, dass man auch Arbeitslosen ruhig noch

mehr zumuten kann und muss." Ich möchte das um eine Berufsgruppe ergänzen, meine Damen und Herren, die der Politiker einiger Parteien.

Nein, meine Damen und Herren, es geht längst nicht mehr darum, irgendetwas den Menschen besser zu verkaufen, es geht um die Notwendigkeit grundsätzlicher Änderungen an einem zutiefst falschen, an einem für Thüringen und seine Bürger schädlichen Konzept. Das betrifft sowohl die Mär von der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, auf die Herr Ministerpräsident so gern eingeht, als auch die Mär von der Notwendigkeit der Erhöhung der Verantwortung des Einzelnen, der Umsetzung des Forderns und Förderns gegenüber den Arbeitslosen. All das sei zur Lösung des Beschäftigungsdesasters in der Bundesrepublik Deutschland nötig, wird uns suggeriert.

Kurz zum Fakt 1: Die deutsche Wirtschaft ist im Prozess der zunehmenden Globalisierung durchaus wettbewerbsfähig.

(Beifall bei der PDS)

Das wird allein dadurch belegt, meine Damen und Herren, dass sie inzwischen wieder zum Exportweltmeister geworden ist. Andere Länder, die dieses erreicht haben, feiern das mit Erfolgsmeldungen. In Deutschland wird weiter gebärgelt und gejammert von eben dieser Seite, die Exportweltmeister geworden ist. Dabei geht es nicht um die Berechnung von statistischen Größen, meine Damen und Herren, es sind absolute Zahlen. Und wenn man die absoluten Zahlen umrechnet auf die Pro-Kopf-Exportleistung, dann käme heraus, dass in Deutschland dreimal mehr pro Kopf an Waren exportiert wird als in den USA, das heißt, die deutsche Wirtschaft dreimal so leistungsfähig ist wie die amerikanische und die liegt immerhin auf Platz 2 in dieser Statistik. Das heißt, meine Damen und Herren, das Problem liegt im Inneren,

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Das ist wirtschaftlicher Art.)

im Binnenmarkt und seiner fehlenden Kaufkraft und der fehlenden Nachfrage. Und eben um dieses Problem, was im Inneren liegt, zu beseitigen, tragen die Hartz-III und Hartz-IV-Gesetze nicht bei,

(Beifall bei der PDS)

ganz im Gegenteil.

Herr Ministerpräsident, der ja offensichtlich der Meinung ist, dass diese Themen nicht so die wesentliche Rolle spielen,

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Sie waren heute früh anderer Meinung.)

es kann auch nicht allein das Ziel des Handelns sein, Verständigung in überschaubarem Zeitraum und greifbare Ergebnisse zu erreichen, so wie wir das heute vor 3 bis 4 Stunden hier im Raum gehört haben. Es muss den Menschen auch helfen, was diskutiert und was vorgeschlagen wird. Es muss situationsverbessernd wirken und das erkenne ich weder in den einen noch in den anderen Vorschlägen.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Aber jetzt kommen die Vorschläge.)

In unserem Antrag haben wir deshalb bewusst von einem Komplex von Auswirkungen gesprochen, von sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Komponenten. Denn in diesem Spannungsfeld bewegen Sie sich mit der rotgrünen Bundestagsmehrheit und in dem Zusammenhang verabschiedeten Gesetzen. Was sind in diesem Sinne nun die wichtigsten Auswirkungen, Herr Pohl, der Hartz-III und Hartz-IV-Gesetze in ihrer jetzigen Form

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Wir wollen aber Vorschläge hören.)

und was haben die Menschen in Thüringen zu erwarten. Mit Hartz III kommt die stärkere Pauschalierung von Leistungen, die für viele Menschen zu geringeren Zahlungen, sprich Einnahmen, führen wird, der Wegfall des Unterhaltsgeldes bei Weiterbildung und die Zusammenlegung von ABM und SAM zu einer der ABM ähnlichen Leistung, deren Teilnehmer keinen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld erwerben, die Leistungszeiten werden drastisch reduziert. Dabei steigen gleichzeitig die Kofinanzierungsbedarfe der Träger und die Gesamtzahl der Maßnahmen wird reduziert. Ob das die Träger leisten können, steht nicht zur Diskussion. Gleichzeitig, meine Damen und Herren, wird heute von der Bundesanstalt für Arbeit bekannt, dass 3 Mrd. € - Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik - aus dem Haushalt gestrichen wurden, 3 Mrd. €, die also der Arbeitsmarktpolitik insbesondere auch in den neuen Ländern nicht zur Verfügung stehen und das vor dem Problem und dem Hintergrund steigender Langzeitarbeitslosenzahlen in Ost. Es sei nur daran erinnert, in Thüringen hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres um 15.000 Personen erhöht. Wir haben jetzt einen Stand von nahezu 82.500 Langzeitarbeitslosen, d.h. Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, was auch darauf zurückzuführen ist, dass keine Beschäftigungsmaßnahmen in dem Niveau der Vorjahre bereitgestellt werden und durch diese Reduzierung ganz massiv Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Leute fehlen, die sie in die Langzeitarbeitslosigkeit treiben.

Eine weitaus größere Dimension des Sozialbereichs bringt allerdings das Hartz-IV-Gesetz. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbstätige zum Arbeitslosengeld II - in Ostdeutschland sind das 331 € monatlich - wird für viele schlimme Folgen haben. So, meine Damen und Herren, ist kein menschenwürdiges Leben möglich. Und diesem Satz kann keiner widersprechen,

der es praktisch erleben musste oder erleben muss. Ich, meine Damen und Herren, wäre ganz persönlich dafür, dass es eine Selbsterfahrung für alle die Politiker gibt, die diese Beschlüsse treffen, die müssten mehrere Monate mal versuchen, mit diesem Geld auszukommen, um zu erkennen, welchen Unsinn und welche Konsequenzen sie beschlossen haben. Dazu werden, meine Damen und Herren, die Zumutbarkeitsregeln drastisch verschärft. Künftig soll jede Arbeit als zumutbar gelten, auch Minijobs, die dann allerdings ortsüblich entlohnt werden sollen. Voraussetzung für die Zahlung des Arbeitslosengeldes II ist die so genannte Bedürftigkeit, d.h., eigenes Vermögen muss zuerst zum Lebensunterhalt eingesetzt werden. Als Sanktionen drohen Leistungskürzungen bis zur Ausgabe von Lebensmittelscheinen, so die gesetzliche Regelung, die zurzeit zur Diskussion steht. Als Hauptziel der Bundesregierung steht - und das ist auch ganz klar und das ist auch durch die heutige Entscheidung sichtbar geworden - die Einsparung im Mittelpunkt, um den maroden Bundeshaushalt zu sanieren. Auf Kosten der Arbeitslosen, das muss an dieser Stelle deutlich hinzugefügt werden, soll diese Sanierung passieren und diese Aufgabe umgesetzt werden. Konkret will man über 4 Mrd. € allein im Jahr 2005 zusätzlich zu dem heute bekannt Gewordenen einsparen. Es geht der Bundesregierung dabei nicht um zusätzliche Arbeitsplätze, sonst hätten diese Gesetze anders aussehen müssen.

Zu beiden Gesetzen, meine Damen und Herren, liegt zumindest ein Gegenentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor - das Existenzgrundlagengesetz, das auf einer Initiative von Hessen basiert. Welche Auswirkungen würde dieses Gesetz bringen? Auch hier ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe vorgesehen, wobei die Leistungen für ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger noch niedriger als diese 331 € beim Hartz-IV-Gesetz ausfallen sollen. Man plant die Schaffung von kommunalen Arbeitsgelegenheiten ohne Prüfung ihrer Gemeinwohlorientierung und ohne Mehraufwandsentschädigung für die dort beschäftigten Arbeitslosen. Auch der unsägliche Niedriglohnssektor findet sich erneut als vermeintlicher Arbeitsanreiz, so steht es dort. Die Prüfung der Bedürftigkeit fällt noch strenger aus als beim Hartz-IV-Gesetz und Sanktionen sind schon bei einmaliger Pflichtverletzung vorgesehen. Sie reichen bis zur vollständigen Versagung der Leistung bis zu einem Status, der als "eingeschränkte Grundversorgung" bezeichnet wird. Für Arbeitslose werden keine Beiträge zur Krankenversicherung abgeführt werden. Sie sollen dennoch im Krankheitsfall Leistungen der Krankenkassen erhalten. Sie erwerben keine Rentenansprüche. Es geht in beiden Konzepten, meine Damen und Herren, also um deutlich geringere Leistungen an Arbeitslose. Und da Massenarbeitslosigkeit herrscht, werden viele Menschen betroffen sein.

Nur eine Zahl zur Verdeutlichung, Herr Minister, Sie haben das heute auch schon gesagt: In Thüringen haben wir etwa 120.000 Arbeitslosenhilfebezieher, für die dieses wirksam werden würde. In der Konsequenz sinkt nicht nur deren Lebensstandard und der ihrer Familien, sondern auch die

Kaufkraft und davon ist wiederum die regionale Wirtschaft und das Handwerk betroffen. Geringere Nachfrage führt zu Insolvenzen, zur Entlassung von Mitarbeitern und die Abwärtsspirale dreht sich auf ein neues, noch niedrigeres Niveau.

Ich möchte eine Bemerkung von Frank Spieth aufgreifen, dem Vorsitzenden des DGB in Thüringen. Er bezeichnete die geplanten Veränderungen am Mittwoch vor der PDS-Fraktion und im Arbeitslosenparlament als massiven Sozialklau. Die Menschen sollen um die Beiträge betrogen werden, die sie jahrelang in die Sozialversicherung eingezahlt haben, so der DGB. Im Arbeitslosenparlament wurde hinzugefügt, die Entscheidung zwischen den Konzepten der SPD und Grünen sowie denen der CDU wäre die zwischen Pest und Cholera.

Ein Satz übrigens am Rande, liebe Parlamentarier der CDU: Es stünde diesem hohen Haus, wie es sich nennt, gut zu Gesicht, dem Arbeitslosenparlament eine Heimstatt zu geben. Was sehen Sie für eine Gefahr darin, dass alle 100 Tage in diesem Plenarsaal ein Arbeitslosenparlament tagt und die Meinung Betroffener, im täglichen Leben stehender, artikuliert wird?

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU)

Warum diese Angst, Herr Wunderlich, vor den Meinungen Betroffener, die sachlich und fundiert mit praxisbezogenem Hintergrund vorgetragen werden?

Ich bitte deshalb namens meiner Fraktion den Landtagsvorstand um wohlwollende Prüfung der Sitzungsmöglichkeit des Arbeitslosenparlaments, die diesem Parlament in den letzten fünf Jahren versagt wurde. Das ist meiner Meinung nach eine mehr als berechtigte Bitte des Parlaments, die hier vorgetragen wird.

(Beifall bei der PDS)

Aber zurück zum Thema: Ich hatte gerade von einem Entwurf der Unionsbundestagsfraktion geredet, denn beim Wort "Verunsicherung" wird es auch bei der Thüringer CDU klingeln, das kennt sie sehr genau. Es ist ihr gelungen, seit Wochen mit immer neuen Stellungnahmen dafür zu sorgen, dass eine klare Position nicht zu erkennen ist. Kritik an der Bundesregierung ja - da ist die CDU ja schnell zugange -, aber dass die eigene Bundestagsfraktion sogar eine Verschärfung will, unterschlagen sie dabei der Öffentlichkeit. Und, meine Damen und Herren, der Ministerpräsident Althaus hat ja dafür einige Beispiele geliefert: An einem Tag will er dies, so liest man in der Zeitung, und am nächsten Tag erfährt man, dass er das will, im nächsten Fernsehsender, handelt es sich nicht selten um das genaue Gegenteil des vorher Gesagten.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: So ein Quatsch!)

Ich erinnere an die Steuerproblematik, Herr Kaiser, vielleicht machen Sie sich dort noch mal sachkundig, welche Aussagen in den Medien geisterten.

(Beifall bei der PDS)

Während man einen Bundesminister fragen müsste, meine Damen und Herren: Heute schon mit Rücktritt gedroht? Dann wäre bei Herrn Althaus die Frage durchaus angebracht: Heute schon Ihre Meinung geändert und neu justiert? Inzwischen verbindet er die Zustimmung zu einer vorgezogenen Steuerreform mit einer Verschärfung des Sozialabbaus und gänzlich unverantwortlich wird es, wenn er neben seiner Forderung nach weiterer Aushöhlung des Kündigungsschutzes unverhohlen auch die Abschaffung der Tarifautonomie fordert. Die, Herr Ministerpräsident, hat noch immer Verfassungsrang; noch ist diese Verfassung in Kraft und nicht geändert.

(Beifall bei der PDS)

Weil wir gerade bei der Verfassung sind und bei Verfassungstreue, möchte ich noch eine kleine Entscheidungshilfe mit auf den Weg geben und dazu zitieren: "Es ist ständige Aufgabe des Freistaats, jedem die Möglichkeit zu schaffen, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte und dauerhafte Arbeit zu verdienen." So steht es klar und deutlich in Artikel 36 der Landesverfassung.

(Beifall bei der PDS)

In einem Kommentar zu dieser Verfassung formuliert ausdrücklich Herr Linck, der ja nun nicht unbedingt als Sympathisant unserer politischen Auffassungen gilt, gemeinsam mit Herrn Jutzi und Herrn Hopfe: Gelegenheitsjobs und geringfügige Betätigungen seien dabei - und nun das Zitat - "nicht das Ziel." Zumindes, meine Damen und Herren, wenn man das zu Ende denkt, steht damit der Vorwurf im Raum, dass die Thüringer CDU sich neben der Verfassung unseres Freistaats bewegt, wenn sie genau diese Gelegenheitsjobs und geringfügigen Beschäftigungen als das Ziel ihrer gegenwärtigen Politik betrachtet.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, uns in diesem Zusammenhang vorzuwerfen, wir würden uns in den Ängsten der Menschen suhlen, ist eine Unverschämtheit. Wer das zu Ende denkt, der muss sich fragen, ob er nicht der Verantwortliche für die Ängste der Menschen hier ist.

Herr Ministerpräsident, als weiterer Hinweis für Ihre weitere Arbeit: Folgen Sie auch nicht den Vorschlägen eines Herrn Stoiber, der mit der Forderung nach gänzlicher Streichung von ABM und Fortbildung durch das Land zieht. Das wäre absolut nicht im Interesse Thüringens, Herr Minister Reinholz, dort haben Sie mehr als unsere Zustimmung, wobei man auch deutlich sagen muss, dass der massive Abbau von ABM und SAM, der in den letzten Jah-

ren hier in Thüringen stattgefunden hat, deutlich zeigt, dass zum einen Beschäftigungsmöglichkeiten in Thüringen in völlig unzureichendem Maß vorhanden sind und dass zum anderen sichtbar wird, dass mit diesen Beschäftigungsmöglichkeiten über ABM und SAM ein Stück weit ein Beitrag geleistet werden kann, um die soziale Situation, insbesondere die soziale Situation von Langzeitarbeitslosen, zu verbessern. Es ist also bei weitem nicht zufrieden stellend, dass wir dieses Niveau so zurückgefahren haben, wie das die Landesregierungspolitik von CDU-Seite in den letzten Jahren betrieben hat. Nichtsdestotrotz sind wir unter den gegenwärtigen Bedingungen unbedingt dafür, dass diese Maßnahmen in Thüringen erhalten werden.

Deshalb lassen Sie mich noch mal zusammenfassen: Die Gesetze der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur ein riesiges Sparprogramm für den Bundeshaushalt. Es geht vor allem zu Lasten der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen, ohne dass durch SPD und Grüne klar gemacht werden kann, wie damit neue Arbeitsplätze entstehen. Besonders Ostdeutschland mit einem hohen Anteil an Menschen, die durch ihre Arbeit und Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe erworben haben, wird von einem erheblichen Kaufkraftverlust betroffen sein. Eine angebliche Orientierung auf bessere Vermittlung greift dabei ins Leere, da viel zu wenig freie Stellen vorhanden sind. Ich darf auch das noch einmal untersetzen. Wir haben in Thüringen zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Situation, dass 22 registrierte Arbeitslose auf einen vorhandenen gemeldeten offenen Arbeitsplatz kommen. Mit mehr und besserer und schnellerer Vermittlung bekomme ich die 21 Leute nicht in Beschäftigung. Es ist ein Irrglaube, dieses Prinzip für die neuen Bundesländer anzuwenden, um zusätzliche und neue Beschäftigung zu realisieren. Auch das Konzept der Unionsfraktion ist untauglich, mit mehr Druck auf Arbeitslose zusätzliche Beschäftigung zu erreichen. Hier stimme ich ausdrücklich Friedhelm Hengsbach zu, der dort zitiert wird mit dem Satz: "Die CDU hat den Schwächeren tatsächlich den Krieg erklärt." Dazu wird von SPD und Grünen sowie von CDU und CSU suggeriert, es gebe keine Alternativen und das ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb fordert die PDS von der Landesregierung, sich im Interesse Thüringens und seiner Menschen im Vermittlungsverfahren für eine Reihe von Veränderungen in den Gesetzen stark zu machen, und zwar Veränderungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Thüringens und nicht im Interesse der Herren Koch und Stoiber, die an dieser Stelle ein völlig anderes Niveau und einen völlig anderen Gegenstand haben. Deshalb, meine Damen und Herren, unser Entschließungsantrag, auf den ich jetzt noch einmal kurz eingehen möchte.

Nötig ist, das geplante Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld existenzsichernd auf 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens zu erhöhen. Das ist keine fiktive Zahl, meine Damen und Herren, sondern das ist die Armutsgrenze, die im Rahmen der EU, in der wir ja wohl Mitglied sind, als verbindlich festgelegt wurde. Es kann nicht Ziel sein, weit unter der Armutsgrenze die Bürger per Gesetz zufrieden zu stellen. Gleiches fordert übrigens das Thüringer Arbeitslosenparlament mit seiner Resolution vom 12. November. Erhöht werden muss ebenso die pauschale ABM-Entlohnung. Dazu gehört auch und endlich, die Diskussion um eine neue Landesrichtlinie zur ABM-Forderung zu Ende zu bringen, den Trägern klar und deutlich zu sagen, welche Leistungen von Landesseite gewährt werden und damit Planungssicherheit bei diesen für ihre Maßnahmen, die sie nächstes Jahr einreichen wollen, zu gewährleisten. Es kann nicht sein, dass über Monate mit permanent neuen Entwürfen zu dieser Richtlinie Unsicherheit unter den Trägern forciert wird. In den Gesetzen gilt es, die Möglichkeit der langfristigen Förderung gemeinwohlorientierter Projekte im Non-Profit-Sektor zu verankern. Auch das ist keine abwegige Forderung, meine Damen und Herren. Im Operationellen Programm des ESF steht genau dieser Satz als Zielgröße und als Entwicklungsrichtung für Arbeitsmarktpolitik mit geschrieben. Arbeit, das wird ja sichtbar, liegt auch aus CDU-Sicht brach und das beweisen ja das Existenzgrundlagengesetz und die hessischen Aktivitäten. Nur die Bezahlung dieser Arbeit, die dort angeboten wird, ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb geht es nicht, dass in einer Art Arbeitsdienst von zwangsverpflichteten Arbeitslosen zum Nulltarif Leistungen eingefordert werden, ohne die entsprechende Bezahlung zu gewährleisten, meine Damen und Herren - auch dort stimme ich dem, was Minister Reinholz gesagt hat, zu, aber ich will es noch einmal deutlicher machen -, müssen klare Regelungen für die organisatorische, inhaltliche und finanzielle Beteiligung regionaler Akteure und der Kommunen mit all ihren Kompetenzen an der Betreuung der Langzeitarbeitslosen getroffen werden. Das ist bisher nicht geschehen. Deutlich wird das auch, indem sich der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamts Köln und die Verwaltung der Stadt Köln zu den zu erwartenden Regelungen geäußert haben. Dort wird festgestellt, es handelt sich um ein partnerschaftliches Herangehen an die Aufgaben, in denen jeder Partner entsprechende Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten aber auch finanzielle Ausgestaltungsmöglichkeiten haben muss, um seine Aufgaben zu realisieren. Das wird mit den Hartz-Gesetzen nicht gewährleistet. Dazu kommt, dass die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose zurückgenommen werden müsste. Sie sind ein Einfallstor zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und der geplante Aussteuerungsbetrag, den die Bundesagentur für Arbeit für nicht vermittelbare Arbeitslose an den Bund zahlen soll, wäre ein klarer Missbrauch von Ver-

sicherungsgeldern, um den Bundeshaushalt zu stützen. Das ist abzulehnen und das ist auch in den Gesetzen zu entfernen, um entsprechende Klagen von verschiedenen Seiten zu begegnen. Schließlich ist die Abschaffung des Sachleistungsprinzips nötig. Solche Zwangsmaßnahmen wie Ernährungsgutscheine und Ähnliches sind einem Sozialstaat unwürdig.

Es gäbe Weiteres, aber diese Punkte halten wir für die Mindestansätze. Stimmen Sie deshalb, meine Damen und Herren, diesem Entschließungsantrag zu, weil er im Interesse der Thüringer Bürgerinnen und Bürger Mindestforderungen artikuliert. Wir werden das namentlich machen, um hinterher auch feststellen zu können, wie Ihre Meinungen dazu waren und um jegliche Diskussionen und Eventualitäten und Entschuldigungen ausschließen zu können. Nach der Diskussion zum Thüringen-Monitor auf theoretischer Ebene wäre das eine praktische, nachvollziehbare und auch mit praktischen Wirkungen verbundene Entscheidung in diesem Haus, um das zu verändern, was sich draußen abspielt. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Vopel, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, als ich diesen Antrag bekommen habe, habe ich mir ganz spontan dahinter geschrieben: Was wäre, wenn? Wir diskutieren heute über Gesetze, die noch nicht mal verabschiedet sind und wo am Ende keiner weiß, wie sie denn aus dem Bundesrat bzw. nach dem Vermittlungsausschuss herauskommen. Aber lassen Sie mich, bevor ich das vergesse, nur auf ein paar Dinge eingehen, die Herr Gerstenberger gesagt hat, weil man das einfach so nicht stehen lassen kann. Alles braucht man überhaupt nicht zu behandeln, das ist sicher sowieso sinnlos. Zunächst einmal der Angriff, der Ministerpräsident sagt heute so und morgen so. Das ist natürlich dummes Zeug.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident sagt, seit diese Diskussion im Gange ist, das, was er auch heute und hier sagen würde, wenn er zu diesem Thema reden würde. Erstens: Unumstritten ist, dass in Deutschland ein Reformbedarf besteht. Das ist unumstritten - bis auf die PDS -,

(Beifall bei der CDU)

das sagen alle Wirtschaftswissenschaftler, das haben die Wirtschaftsweisen vor wenigen Tagen erst wieder gesagt, das ist unumstritten und das sagt auch der Ministerpräsident. Unumstritten ist, dass es unterschiedliche Ausgangssituationen zwischen den alten und den neuen Bun-

desländern gibt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben mehr Arbeitslosenhilfebezieher als Sozialhilfebezieher. Es gibt mit Sicherheit in den alten Bundesländern - ich sage es einmal ganz vorsichtig - Menschen, die sich in der Arbeitslosigkeit, auch im Sozialhilfebereich eingerichtet haben, die damit sehr gut umgehen können und die mit Schwarzarbeit genau das machen, was wir vielleicht legalisieren könnten, wenn man nämlich eine Arbeit hat, in der man gering verdient und das noch ein Stück aufstockt. Das machen die in der umgekehrten Weise. Die denken an sich ganz rational, sie kriegen Transferleistungen und über die Schwarzarbeit verdienen sie noch was dazu und da kommen sie wunderbar über die Runden. Das ist in den alten Ländern anders als bei uns und nie ist bei uns etwas anderes gesagt worden. Ein anderes sind diese Angriffe immer auf Thüringen - nach wie vor geben wir die meisten Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt aus.

(Beifall bei der CDU)

Es fällt uns schwer genug. Das muss man auch einmal so sagen.

Herr Gerstenberger, Ziel der Thüringer Landesregierung ist ein Wirtschaftswachstum und eine gesunde Thüringer Wirtschaft mit innovativen und sicheren Arbeitsplätzen. Das ist unser Ziel und das wird es auch immer bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu diesem Antrag sagen. Kein Mensch von uns, es sei denn, es wäre ein Hellseher dabei, kann, wie gesagt, sagen, wie das Vermittlungsverfahren am Ende aussieht. Was wir aber alle wissen, wie das Vermittlungsverfahren abläuft. Es gibt genaue Regularien, wie in diesem Vermittlungsausschuss gearbeitet wird. Da bin ich dem Minister dankbar, dass er trotzdem heute diesen Bericht gegeben hat, um zumindest erst einmal sachlich darzustellen wie das Ganze läuft.

Ein Zweites, wir haben immer gesagt, wir sind für die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe unter bestimmten Prämissen.

(Beifall bei der CDU)

Es muss alles im Ganzen gesehen werden, Gemeindefinanzreformen, die Kommunen dürfen nicht schlechter gestellt werden und da komme ich auf den Punkt, warum zum Beispiel dieses Gesetz mit 16:0 abgelehnt wurde, das muss man sich mal vorstellen, alle Bundesländer haben es abgelehnt, weil es natürlich nicht möglich ist, dass die Umsatzsteueranteile weggehen. Wir gehen doch davon aus, dass das, wenn auch schon viel zu lange, eine temporäre Geschichte ist, diese Arbeitslosigkeit und dieser hohe Fi-

nanzbedarf. Aber die Umsatzsteuerpunkte sind dann für immer und ewig weg. Was noch bekannt ist, die Länder sollen es sich bei den Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich wiederholen. Das kann es ja wohl nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Was wir auch immer gesagt haben, dass die Absenkung der Leistungen zu einem enormen Kaufkraftverlust in den neuen Bundesländern, also auch in Thüringen, führen würde - ungefähr 20 Prozent, das ist ein Wahnsinnsverlust. Dazu muss man sagen, dass das natürlich sofort eintritt. Darüber braucht man nicht zu reden, das ist ganz einfach ständig, Leute die Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe beziehen, die geben das Geld für den täglichen Bedarf aus; die brauchen das Geld einfach. Und wenn sie dann 20 Prozent weniger haben, dann merkt das natürlich der Kaufmann oder der Supermarkt um die Ecke, wenn das Geld fehlt. Das ist doch ganz selbstverständlich und deswegen haben sich auch die Ostministerpräsidenten zusammengesetzt und der Herr Minister hat doch gesagt, dass diese Forderungen aufgemacht werden, dass das berücksichtigt wird. Das ist doch an sich eine ganz normale Angelegenheit.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ganz kurz auf den Entschließungsantrag eingehen. Erstens, wie gesagt, wie es im Vermittlungsausschuss läuft, das hat der Herr Minister dargestellt, dazu möchte ich nichts sagen. Zwei Punkte sind in diesem Entschließungsantrag. Die Positionen der Thüringer Landesregierung oder überhaupt der Landesregierungen der neuen Länder werden in die Verhandlungen eingebracht. Das ist einmal die Tatsache, dass wir unterschiedliche Positionen zu den alten Ländern haben, weil wir mehr Arbeitslosenhilfeempfänger als Sozialhilfeempfänger haben und dass ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden muss. Auch die ABM-Pauschalen, da haben sich die Ostministerpräsidenten darauf verständigt, sollen erhöht werden. Da muss man natürlich schon einmal fragen, da kam sofort der Aufschrei von Finanzminister Eichel und Herr Stolpe wollte auch nicht so richtig ran. Herr Stolpe hat sich mittlerweile erinnert, dass er mal ostdeutscher Ministerpräsident war und die Verhältnisse natürlich kennt, und will sich nun jetzt auch dafür einsetzen. Das ist ja schon mal gut. Was natürlich Ihren dritten Arbeitsmarkt angeht, da können und werden Sie sicher nicht von uns erwarten, dass wir Ihre Position ins Vermittlungsverfahren einbringen.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS:

Dann geben wir den dritten Sektor der EU.)

Herr Gerstenberger, machen Sie Ihren dritten Sektor, wo Sie wollen, machen Sie ihn da, wo Sie regieren, aber von uns werden Sie dafür keine Zustimmung bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, es ist müßig hier darüber zu diskutieren. Im Vermittlungsverfahren wird er mit Sicherheit keine Rolle spielen.

Ich empfehle meiner Fraktion, diesen Entschließungsantrag abzulehnen. Ich bin an sich, ich habe gestern Abend sehr spät Nachrichten geschaut, ganz optimistisch, dass es - die Positionen, die gehen ja nicht nur von Ost nach West oder von Nord nach Süd, die gehen quer durch die Parteien, die gehen quer durch die Länder, weil jeder einen anderen Bezug hat - trotzdem zu einem vernünftigen Vermittlungsergebnis kommen wird. Eines wollte ich auch noch sagen, Sie haben Herrn Stoiber angesprochen. Ich habe zufällig in München Herrn Stoiber gehört, als er diese Forderung gestellt hat, ABM abschaffen und Weiterbildung streichen. Da muss man eines sagen, das ist nämlich schön verkürzt dargestellt worden. Da ging es um das Vorziehen der Steuerreform. Herr Stoiber hat gesagt, er ist sehr dafür, dass diese Steuerreform vorgezogen wird, aber nicht auf Pump. Maximal 25 bis 30 Prozent könnten über Pump finanziert werden. Da hat er als Nachsatz gesagt: Ich schlage der Bundesregierung vor, ABM abzuschaffen, Weiterbildungsmaßnahmen abzuschaffen, nun soll sich die Bundesregierung mal überlegen, was sie auf den Tisch legt, wie wir das Ganze finanzieren. Das sollte ein Denkanstoß sein. Nur dieser zweite Satz oder der Halbsatz, der ist nie mit gesagt worden. Ich habe es persönlich gehört und deswegen möchte ich das nur mal so sagen. Im Übrigen, es ist nun mal so, natürlich ist die Sicht aus Bayern eine andere und das haben wir an dieser Stelle schon oft gesagt. Wir haben immer gesagt, wir haben in Thüringen kein Vermittlungsproblem, wir haben zu wenig Arbeitsplätze. Dass das in Baden-Württemberg und in Bayern anders ist, das ist überhaupt keine Frage. Aber genau das sind doch diese schwierigen Dinge, die jetzt alle unter einen Hut gebracht werden müssen. Die Bundesregierung, die Opposition im Bund, 16 Bundesländer, und da gibt es wiederstreitende Dinge, das muss alles unter einen Hut gebracht werden. Jetzt lassen wir mal die Leute in den Arbeitsgruppen arbeiten. Ich bin sehr froh, dass das Ganze im Paket verhandelt wird, also auch gemeinsam mit der Steuerreform, weil man es nicht isoliert sehen kann, und ich bin trotzdem noch guter Hoffnung, dass wir vielleicht am Ende des Jahres eine annähernd vernünftige Lösung bekommen, wo vor allem auch unseren Thüringer Arbeitslosen gedient ist, dass wir endlich mit der Wirtschaft wieder auf die Beine kommen. Denn das muss am Ende das Ziel sein. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Müller, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Dr. Müller, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es liegt in der Natur der Sache der Vorlage, dass ich heute natürlich

keine Oppositionsrede halten kann, denn es geht ja um die Problematik Hartz III und IV und das ist fast ausschließlich reine Bundespolitik. Zum Gesetzgebungsverfahren ist schon gesagt worden, der Bundestag hat am 17.10. in zweiter und dritter Lesung diese Gesetze passieren lassen. Es gab die entsprechenden Auseinandersetzungen, in meiner Partei auch, das ist bekannt, dazu komme ich noch. Am 07.11. tagte der Bundesrat. Dort sind die Gesetze zunächst gestoppt worden, unter anderem diese, und es beginnt jetzt das Vermittlungsverfahren. Insofern, Herr Minister, war mir auch nicht ganz klar, was dieses Berichtersuchen zum heutigen Zeitpunkt sollte, aber seit dem Mittwoch ist es mir schon klar geworden, an diesem Tag, als die gemeinsame Fraktionsitzung der PDS-Fraktion mit dem Arbeitslosenparlament stattgefunden hat. Ich hätte, das sage ich ganz offen, auch gern im alten Plenarsaal teilgenommen. Ich gehöre ja üblicherweise zum Verteilerkreis, auch wenn mir dort regelmäßig natürlich der Wind ins Gesicht bläst, aber man muss ja auch seine Politik vertreten können. Aber ich bitte das Arbeitslosenparlament um Verständnis, dass ich am Mittwoch natürlich dann an der Fraktionsitzung meiner eigenen Fraktion teilgenommen habe und nicht an der von der PDS-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Sie sind aber begrüßt worden.)

Das mag schon sein, Herr Gerstenberger hat es auch schon ausgeführt, es lag ja nicht an Ihnen, dass es so gelaufen ist. Der vorliegende Entschließungsantrag der PDS entspricht den Forderungen des Arbeitslosenparlaments, das ist ja nun gerade am Mittwoch diskutiert worden und insofern war das Berichtersuchen schlicht nur der Aufhänger für den Entschließungsantrag.

Ein paar Bemerkungen zum Bericht der Landesregierung, Stichwort Erhalt der Landesarbeitsämter. Ich bin optimistisch, dass wir uns einigen, dass diese Arbeitsämter erhalten bleiben. Wir sind als Thüringer SPD im Übrigen auch dafür, dass es so ist. Die spielen hier eine wichtige Rolle.

(Beifall bei der SPD)

Und wir partizipieren auch in der politischen Arbeit immer viel von den Kontakten dort, nicht nur als Regierung, also die CDU-Regierung. Zu den Fragen SAM, ABM, SAM wird ABM oder neue ABM, wie auch immer wir es bezeichnen wollen, und hier liegt das Problem, wie es in der Presse eigentlich auch deutlich wird, eigentlich nicht bei Hartz IV, sondern bei der Finanzausstattung der Bundesanstalt für Arbeit. Inzwischen ist es ja bestätigt, was gestern durch dpa gemeldet wurde, dass es eine Kürzung von 3 Mrd. € beim Eingliederungstitel geben soll. Wenn man davon ausgeht, dass noch 6 Mrd. € Verbindung da ist aus den laufenden Maßnahmen und 3 Mrd. € für den Aussteuerungsbetrag beim Übergang von Arbeits-

losengeld I und II - also gewissermaßen das Strafgeld, wenn die Bundesanstalt für Arbeit Arbeitslosengeldbezieher nicht vermitteln kann -, dann bleiben ja eigentlich nur 1,5 Mrd. € übrig und als Mathematiker habe ich schnell ausgerechnet, da kommen für den Osten 750 Mio. € raus. Das wäre ja weniger Geld für den ganzen Osten, als Thüringen im letzten Jahr allein hatte. Das kann also so nicht laufen. Ich habe gestern gleich die Feuerlöscher von der Wand gerissen und nach Berlin telefoniert, also so darf das nicht bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Was man im politischen Geschäft erreicht, sind kleine Schritte, wir haben es im letzten Jahr auch schon gehabt und wir haben diese beiden Programme losgeeist; wir werden auch diesmal wieder kämpfen.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe beseitigt Verschiebehahnhöfe, das hat der Minister schon gesagt. Gesamtgesellschaftlich ist das richtig, das so zu machen und es ist auch richtig, dass die Leistung in solchen Jobcentern integriert wird. Denn dann muss man das Problem in der Tat lösen und nicht nur durch zusätzliche Mittel, die Leute immer von der Kommune zur Bundesanstalt schieben und nach einem Jahr fallen sie dann wieder zurück und unterm Strich hat man nämlich dann in Deutschland damit keine Arbeitsplätze geschaffen.

Positiv ist, dass die Landesregierung das Zuordnungsmo- dell des Bundes unterstützt. Die Zuordnung von Koch, das Arbeitslosengeld II - also die Arbeitslosenhilfeempfänger - zu den Kreisen zu bringen, wäre gerade für die neuen Länder katastrophal. Ich hoffe, dass sich die Thüringer Landesregierung mit den anderen neuen Ländern durchsetzen kann in der eigenen Partei. Die Kompensation des Kaufkraftverlustes und der Einnahmeausfälle der neuen Länder über die Neuverteilung der Zusatzversorgungsleistung teilen wir völlig, auch wir haben unsere Sprecherunden und waren angebunden über das Finanzministerium von Mecklenburg-Vorpommern; ich kann das ganz offen so sagen.

Zur Förderung der Niedriglöhne - dieser Begriff impliziert leider immer sofort Lohndumping und deswegen sollte man ihn tunlichst aus dem Vokabular entfernen, weil er eigentlich, glaube ich, in der Arbeitsmarktpolitik eher zur Konfrontation und zu Missverständnissen führt. Wir sollten inhaltlich anders argumentieren. Es geht um die Förderung derjenigen Menschen, die in unserer Leistungs- und Wissensgesellschaft im regulären Arbeitsmarkt schwer vermittelbar sind, und hier müssen wir in der Tat alle tätig werden. Wir wissen, dass wir ein immer stärkeres Defizit bekommen zwischen den Qualifikationserfordernissen und dem Potenzial, was wir dafür haben. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln spricht in seiner Broschüre von 1,13 Mio. offenen Arbeitsstellen, die nicht durch die vorhandenen Arbeitslosen besetzt werden können.

Zum PDS-Entschließungsantrag: Ich sagte schon, er entspricht den Wünschen des Arbeitslosenparlaments vom Mittwoch. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht oder aus Sicht eines Arbeitslosen kann man sicher einige positive Argumente finden und an einigen Stellen weich werden, aus finanzpolitischer Sicht jedoch nicht. Wir haben in der Politik eine Gesamtverantwortung und als Finanzpolitiker, der Sie ja auch sind, Herr Kollege Gerstenberger, wäre es schön oder seriös gewesen, wenn Sie unter Punkt 7 den Saldo Ihrer Forderungen einmal dargestellt hätten. Ich schätze einmal, es sind im Volumen zwischen eins bis zwei Landeshaushalten, um die es hier geht. Das kann man schlicht nicht finanzieren, das ergibt ja gerade den Reformbedarf. Auch nicht mit Einführung von Vermögenssteuer, die noch mehr Kapital verdrängen würde. Schon allein die Warnung an verschiedenen Stellen treibt ja einige nach außen. Auch wenn ich die Dinge im Detail anders sehe, aber die Realität ist so. Mit der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, wie das immer gesagt wird, kann man diese Finanzmittel leider nicht so ohne weiteres beschaffen. Wir sind für die Bekämpfung der Schwarzarbeit, aber man muss die Ursachen bekämpfen. Mehr Geld eintreiben durch Strafen, so einfach geht das nicht. Man braucht unter anderem extra Kontrollpersonal und das verursacht selbst wieder Kosten. Man kann diese 50 Mrd. €, die in Studien genannt werden, sicher aufschreiben, benennen, aber es ist schwer, diesen Sumpf tatsächlich trocken zu legen. Das wissen wir hier alle.

Der PDS-Entschließungsantrag bedeutet eigentlich eine Zurücknahme von Hartz IV, wenn man genau hinsieht. Deswegen können wir natürlich als SPD-Fraktion hier nicht zustimmen.

Zum Vermittlungsverfahren noch einmal. Die CDU hat nach den Pressemeldungen von Mittwoch zwei Positionen aufgemacht. Die eine ist die Verschärfung des Leistungsrechts und die andere ist die Lockerung des Kündigungsschutzes. Die Verschärfung des Leistungsrechts läuft auf die Rücknahme unter anderem von Änderungen hinaus, die durch SPD-Bundestagsabgeordnete erreicht wurden, um die Kanzlermehrheit zu sichern. Sie wissen ja, die Auseinandersetzungen gingen durch die Presse. Die CDU will durch die Rücknahme dieser Änderungen den Konflikt in der SPD erneuern, um Kanzler Schröder möglicherweise fallen zu sehen. Aber ich kann Ihnen schon gleich sagen, vergessen Sie es.

Beim Kündigungsschutz zeigt der internationale Vergleich, dass eine Lockerung nicht notwendig eine Voraussetzung für niedrige Arbeitslosigkeit und mehr Beschäftigung ist. So hat z.B. Dänemark mit guten Arbeitsmarktdaten keinen Kündigungsschutz, jedoch ein Rückfallrecht der betroffenen Personen an den Staat, der sie beschäftigen muss. Das muss man dazu sagen. Die Niederlande hingegen haben bei ebenfalls guten Arbeitsmarktdaten viel stärkere Kündigungsschutzregelungen als wir in Deutschland und man sollte von diesem Thema im Vermittlungsverfahren die Finger lassen.

Abschließend: Reformen sind nötig, warten wir das Ergebnis im Vermittlungsverfahren ab. Über die Auswirkungen können wir uns dann in angemessener Zeit nach dem Wirksamwerden der Gesetze in diesem Haus noch einmal unterhalten. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt jetzt keine weiteren - das war ein Irrtum, es gibt doch weitere Redemeldungen. Bitte, Herr Abgeordneter Gerstenberger.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich will noch einmal ganz kurz auf das Gesagte eingehen. Zunächst eine kleine Korrektur: Der Kommentar zur Thüringer Verfassung ist von Linck, Jutzi und Hopfe. In dem von mir zitierten Teil steht Jutzi als Autor und nicht Linck, so dass das auch im Protokoll richtig erscheint.

Das Zweite: Dr. Müller, die finanzpolitische Sicht ist sicher richtig, aber was Sie hier gerade gesagt haben, heißt übersetzt, die Arbeitslosen können für das Dilemma, was wir im Bundeshaushalt haben, bezahlen, weil das die Einzigen sind, die wir problemlos und mit geringem Widerstand greifen können. Das kann es nicht sein. Es kann nicht sein, dass wir von den Haushaltszahlen ausgehen und sagen, den Arbeitslosen müssen wir aber noch etwas wegnehmen, sonst kommen wir mit unserem Haushalt nicht rund, ohne darüber zu diskutieren, welche Veränderungen in der Einnahmeseite des Haushalts notwendig sind, damit wir die Leistungen, die gesetzlich in einem Sozialstaat vorgeschrieben sind, für die Arbeitslosen erbringen können.

(Beifall bei der PDS)

Das wäre doch die richtige Herangehensweise. Was Sie jetzt gesagt haben, zeigt doch ganz deutlich, dass ganz offensichtlich mit den Arbeitslosen bzw. mit den Leistungen für Arbeitslose der Haushalt dieser Bundesrepublik saniert werden kann. Das ist der eigentliche Skandal dieser Politik.

Nun noch einmal zu dem, Frau Vopel, dem Sie nicht zustimmen können. Zum einen zur Intention des Antrags, man muss unsere Anträge immer von Anfang bis Ende lesen und dann muss man noch einen Moment darüber nachdenken, dort steht, in den Beratungen soll von Landesregierungssseite darauf hingewirkt werden. Jetzt haben wir von der SPD-Seite und auch von der CDU-Seite gehört, wir warten einmal ab, was aus den Beratungen herauskommt und dann diskutieren wir das Ergebnis. Ist es denn wirklich so -

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Nein!)

selbstverständlich, Frau Vopel, haben Sie das gesagt -, dass Sie warten wollen, was die anderen entscheiden, um sich hinterher hinzustellen und zu sagen, so oder so würden wir das interpretieren. Hier geht es um einen Antrag, der Initiativen initiieren soll. Der Ansatzpunkte für Diskussionen initiieren soll. Da komme ich noch einmal zu den Punkten, damit auch wirklich für alle klar ist, was wir einfordern. Die Erhöhung des geplanten Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes auf Basis der Armutsdefinition der Europäischen Union. Das heißt, es wird nichts weiter eingefordert, als das, was auf europäischer Ebene schon einmal Konsens war. Oder wollen wir denn wirklich in diesem sich Sozialstaat nennenden bundesrepublikanischen Staat unterhalb dieser Grenze in Zukunft Geld an Betroffene ausreichen. Ist das wirklich das Ziel auf diese Art und Weise unterhalb der Armutsgrenze einen Großteil der Bevölkerung, der unverschuldet in diese Situation gekommen ist, auszugrenzen? Ich bitte Sie, das auch zu überdenken und ich bitte Sie auch, das zu überdenken, was dann ein Nein in diese Richtung bedeutet. Die Erhöhung der pauschalen ABM-Förderung - dort waren wir weitestgehend im Konsens, das halte ich für das Mindeste, um eben entsprechende Möglichkeiten zu bringen, aber der dritte Punkt, die Möglichkeit der langfristigen Förderung gemeinwohlorientierter Projekte im Non-Profit-Bereich - Frau Vopel, wenn wir nur darauf hoffen und warten, dass über wirtschaftliche Entwicklungen sich die Arbeitslosenzahl abbaut, dann frage ich mich, warum Sie dieses Hoffen und Warten in der sechzehnjährigen Regierungszeit der CDU in der Altbundesrepublik und in dem neuen großen Gebilde nicht dazu benutzt haben, diese Arbeitslosigkeit abzubauen. Dort hatten wir überdimensionales Wachstum, dort hatten wir überdimensionale Entwicklung, aber die Arbeitslosenzahlen sind nicht zurückgegangen.

(Unruhe bei der CDU)

Sie sind nicht zurückgegangen, Frau Vopel, wenn Sie eine Statistik lesen können. Sie müssen Sie richtig herumhalten, sonst gehen die Kurven tatsächlich nach unten, wenn Sie sie auf den Kopf stellen.

(Beifall bei der PDS)

Der vierte Punkt, klare Regelungen für die organisatorisch-inhaltliche und finanzielle Beteiligung regionaler Akteure und der Kommunen an der Betreuung der Langzeitarbeitslosen, auch dort sind wir im Konsens. Ich will es noch einmal sagen: Es kann nicht sein, dass dort regionale Erfahrungen, die mit Jobcentern gemacht wurden - und wer die Szene ein bisschen kennt, weiß, dass es ein Modelljobcenter in Köln gibt -, nicht berücksichtigt werden; deshalb diese Forderung. Das geht auch noch einmal nachdrücklich an die Adresse der SPD, weil diese Erfahrungen tatsächlich und praktisch existieren und aus diesen praktischen Erfahrungen heraus, diese Beschlusslagen sowohl der Bundesanstalt als auch des kommunalen Parlaments bzw. der kommunalen Verwaltung gemacht wurde.

Der fünfte Punkt, die Rücknahme der Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose.

Der sechste Punkt, der Verzicht auf den geplanten Aussteuerungsbetrag, den die künftige Bundesanstalt für Arbeit für nicht vermittelte Arbeitslose, die sich Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben haben, an den Bund zahlen sollen und die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.

Meine Damen und Herren, was haben diese drei Regelungen im Gesetz mit Fördern und Fordern, mit schnellerer Vermittlung in Arbeit, mit Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeit für Arbeitslose zu tun, meine Damen und Herren? Das sind Zwangsmaßnahmen, das sind Maßregelungen, die getroffen werden sollen, die keine neuen Arbeitsplätze bereitstellen,

(Beifall bei der PDS)

sondern die Sozialstaatsforderung in Deutschland konkretisieren. Deshalb stehen diese Teile in unserem Entschließungsantrag, Frau Vopel, bitte schön.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Herr Gerstenberger, ich habe versucht vorhin klar zu machen, dass es durchaus Menschen gibt, die sich in dieser Situation eingerichtet haben. Der Mensch ist nun mal so wie er ist. Können Sie sich vorstellen, dass manche ein bisschen Druck brauchen?

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Vopel, ich hatte angenommen, Sie hatten einen zweiten Satz gesagt. Diese Aussage gilt für die neuen Bundesländer nicht. Oder wollen Sie allen Ernstes behaupten, dass unter den 200.000 registrierten Arbeitslosen, den 120.000 Arbeitslosenhilfegeldempfängern diese Meinung die verbreitete und die bestimmende wäre, mit der Sie argumentieren? Wenn das nicht so ist, Frau Vopel, dann gibt es keinen Grund, dem nicht zuzustimmen. Sie können doch nicht mit dem Einzelfall und der Ausnahme, die es geben mag, an dieser oder jener Stelle argumentieren, wenn Sie eine gesetzliche Regelung einfordern wollen. Das kann doch nicht wahr sein.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Wollen Sie noch eine zweite Frage zulassen, Herr Abgeordneter Gerstenberger?

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Wenn wir einmal drin sind, ja.

Abgeordnete Vopel, CDU:

Herr Gerstenberger, gehen Sie mit mir konform, dass wir ein Gesetz machen für die Bundesrepublik Deutsch-

land mit 16 Bundesländern und nicht ein Gesetz für jedes Bundesland einzeln.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Vopel, wir machen ein Gesetz für alle Bundesländer, aber in dem Gesetz darf nicht der Einzelfall zur Bestrafung aller herangezogen werden,

(Beifall bei der PDS)

sondern dort muss die reale Situation die Basis für die Entscheidung bilden. Frau Vopel, wo sind wir denn?

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Im Landtag.)

Wie wahr. Dieser Landtag sollte sich den Problemen, die draußen stehen, widmen, Herr Kretschmer, und nicht denen, die man sich schönredet oder auf irgendwelche internen Parteiprogramme schreibt. Das ist nicht die Realität, die draußen stattfindet. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Redewünsche? Das ist ganz offensichtlich nicht mehr der Fall. Dann kann ich die Aussprache beenden und komme dazu festzustellen, dass dem Berichtersuchen Genüge getan wurde. Erhebt sich dagegen Widerstand? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 3/3734. Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, ich merke es, das hohe Haus hat zugehört, die PDS-Fraktion beantragt namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Dann bitte ich die Schriftführer, die Stimmkarten einzusammeln. Bitte schön.

Hatten alle Gelegenheit ihre Stimmkarte abzugeben? Das ist wohl der Fall. Dann bitte ich auszuzählen.

Das Abstimmergebnis zu Drucksache 3/3764 liegt vor. Es wurden 72 Stimmen abgegeben, davon 13 Jastimmen, 59 Neinstimmen, Enthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage).

Den Tagesordnungspunkt 11 können wir schließen und kommen zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 12**

**Bevorstehende Versteigerung von
Objekten des Thüringenforstes**

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3734 -

Ist Begründung durch den Antragsteller gewünscht? Gut, dann fangen wir in der Aussprache mit dem zuständigen Minister an. Bitte, Herr Minister Sklenar.

**Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft,
Naturschutz und Umwelt:**

Herzlichen Dank. Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, mit der Entscheidung über den Verkauf der forstfiskalischen Grundstücke und Gebäude zur Erzielung der Einnahmen in Höhe von 11 Mio. € ist neben dem Verkauf von unbebauten Grundstücken und Waldflächen auch der Verkauf von unsanierten und teilsanierten Forsthäusern vorgesehen. Von den im Bestand der Thüringer Forstverwaltung befindlichen bebauten Liegenschaften, also Forsthäuser, sollen insgesamt 125 verkauft werden. Bei der Verkaufsvorbereitung der Forsthäuser wurde unter Beachtung des Zeitrahmens zur Erwirtschaftung der Einnahmen festgelegt, in einem ersten Verkaufspaket den Verkauf von 35 Häusern vertraglich der Sächsischen Grundstücksauktions AG zu übertragen. Unter diesen Voraussetzungen ist der Verkauf noch im Jahr 2003 möglich, da mit dem Versteigerungsergebnis der Verkehrswert als erzielt gilt, das heißt, es müssen keine Gutachten durch die Staatsbauämter erstellt werden. Das Auktionspaket, welches mit der Sächsischen Grundstücksauktions AG für den 17. und 18. November 2003 vertraglich gebunden ist, umfasst insgesamt 31 Forsthäuser, 4 Forsthäuser sind bereits versteigert worden. Die Liegenschaften sind unsaniert und teilweise in einem schlechten baulichen Zustand. Einige Liegenschaften waren bereits mehrmals ausgeschrieben.

Im Einzelnen folgende Informationen zum Verkaufspaket: 6 leer stehende Forsthäuser, 22 fremdvermietete Forsthäuser, 3 vermietete Forsthäuser an Bedienstete. Sowohl die Beschäftigten der Landesforstverwaltung als auch die Mieter sind über die Verkaufsabsichten umfassend informiert worden und können als Bieter an den Auktionsterminen Forsthäuser erwerben. Im Übrigen gelten auch bei der Veräußerung im Wege einer Auktion die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. In einem weiteren Verkaufspaket wurden 54 teilsanierte Forsthäuser ausgewählt, die über den Weg der öffentlichen Ausschreibung angeboten und verkauft werden. Für diese Forsthäuser müssen durch die Staatsbauämter Gutachten erarbeitet werden. Die Staatsbauämter wurden beauftragt diese zeitnah zu erstellen. Beim Ausschreibungsverfahren hat jeder Mieter nach Maßgabe der Richtlinien zum Grundstücksverkehr die Möglichkeit in das höchste Gebot einzusteigen, sofern er sich am Verfahren beteiligt. Nach Vorlage der

Auktionsergebnisse bzw. der ersten Verkäufe über öffentliche Ausschreibung soll ein Restpaket von ca. 40 Forsthäusern geschnürt werden. Der Antrag der PDS ist zurückzuweisen, der Verkauf der Forsthäuser im Rahmen der Grundstücksauktion am 17. und 18. November 2003 in Erfurt ist mit der Sächsischen Grundstücksauktions AG vertraglich gebunden und ist deshalb durchzuführen. Damit ist die Erwirtschaftung eines Teilbetrags der Einnahmen bereits 2003 für den Landeshaushalt möglich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Minister. Als erste Rednerin bitte ich Frau Abgeordnete Klaus an das Rednerpult. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Dr. Klaus, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, als wir vor noch nicht allzu langer Zeit mehrheitlich hier im Parlament beschlossen hatten, dass Kulturgüter gegen eine gewisse Summe - hier wurde gerade von 11 Mio. €, die die Landwirtschaft bzw. den Forst betreffen, gesprochen - zurückkommen sollten, herrschte hier mehrheitlich erst einmal große Begeisterung über diesen Vertrag. Jetzt bekommt dieser Vertrag ein Gesicht,

(Beifall bei der PDS)

und zwar in Form dieses Katalogs. Da können Sie lesen: Sächsische Grundstücksauktions AG - Auktion: Was steht da? Zum Beispiel unter Nummer 181 - Wiehe, ein Forsthaus, unter 189 - Buchfarth oder 215 - mancher kennt es - Kranichfeld im Zieglersgrund, 220 - Goldistal oder die 231 - Lengenfeld unterm Stein. Ich werde Ihnen auch gleich noch erklären, was all diese gemeinsam haben. 232 - Faulungen, bei der 233 in Friedrichroda wird sogar erwähnt, dass der Mieter selbst gerade 15.000 € investiert hat, um das Ganze wieder in Ordnung zu bringen. 235 das ist in Luisenthal und 241 in Eichenberg in Südthüringen, 245 in Sonneberg. Was haben die alle gemeinsam? Es handelt sich nicht um die leer Stehenden, da gibt es noch weitere leer Stehende, da kann man ja durchaus darüber reden, ob man diesen Weg wählt, es handelt sich um vermietete Immobilien. In der Regel befinden sich diese, die ich hier genannt habe, im Außenbereich und sie liegen meistens außerhalb oder am Rande der Ortschaft sehr schön an einem Waldrand, in der Regel mitten in einem großen Grundstück. Sie sind also das, was man gemeinhin unter einem schönen Forsthaus, wie es zu früheren Zeiten üblich war, versteht. Diese Häuser stehen zur Auktion an. Die Menschen, die darin wohnen, die Mieter, haben zum Teil viele Jahre dort im Umfeld gearbeitet und da auch am Forst der Fortschritt nicht vorbeigeht und der Förster nicht mehr zu Fuß sein Revier betreut, werden sie als rein dienstliche Immobilien natürlich nicht mehr benötigt. Aber wie man den Unterlagen

entnehmen kann, dass sie überhaupt in diesem Zustand noch sind, das haben die Mieter dort häufig mit ihrer Hände Arbeit geschaffen.

(Beifall bei der PDS)

Ich hätte es einfach nur anständig gefunden, wenn man ihnen die Möglichkeit eröffnet hätte, dort auch weiter wohnen zu bleiben. Warum wird hier noch zweierlei Recht geschaffen, die einen, die Glücklichen, die später drankommen, die können in das Höchstgebot einsteigen, die anderen, die sollen mal schön auf die Auktion gehen. Meine Damen und Herren, hier scheinen manche Leute nicht zu wissen, wie mit Rentnern und anderen Leuten zu solchen Auktionen umgegangen wird und was Banken sagen, wenn man dafür Bürgschaften will. Die freie Entscheidung der Mieter für diese Immobilien ist somit mitnichten gegeben. Herr Dr. Sklenar, Sie haben sich meiner Ansicht nach auch zu Recht in der Vergangenheit immer dafür gerühmt, dass Sie für Ihre Forstbediensteten eintreten. Ich frage Sie hier einfach, was es das Wert, die Einigung mit den Fürstenhäusern, Menschen hier in unserem Land so etwas anzutun. Das müssen Sie sich fragen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Wunderlich, bitte schön.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Frau Dr. Klaus, Ihr Beitrag war genauso substanzlos wie der Antrag der PDS selbst. Ich stimme dem Minister zu, der Antrag muss abgelehnt werden, weil Sie sich überhaupt noch nicht mit dem Problem beschäftigt haben. Ich weiß sowohl bei Ihnen nicht, Herr Kummer - der Antrag kommt ja von der PDS - oder auch bei Ihnen, wer bei Ihnen für die Argumentation Pate gestanden hat. Entweder hat bei Ihnen die große Boulevardzeitung für Sie Pate gestanden oder Sie haben für die große Boulevardzeitung Pate gestanden, recherchiert haben Sie jedenfalls beide miserabel, von wem das auch immer durchgeführt worden ist. Ich werde es dann noch im Detail ansprechen.

Ziel dieses Antrags ist es ja zum wiederholten Mal dem Minister zu unterstellen, dass er mit seinen Bediensteten unsozial umgeht. Sie werden scheitern, da sind Sie in der Vergangenheit gescheitert und so werden Sie auch dieses Mal wieder scheitern. Herr Kummer, PDS, hier handelt es sich nicht um eine Nacht-und-Nebel-Aktion der Landesregierung, es ist eine Nacht-und-Nebel-Kampagne Ihrer Partei, das wollen Sie bezwecken und nichts anderes. Es wird unterstellt, dass Eigentum verschleudert wird, dass sozial unverantwortlich mit den Forstbediensteten und mit den Mietern umgegangen wird. Ich werde Ihnen dann auch mit entsprechenden Zahlen unterlegen, dass das eine Fehleinschätzung ist, denn dieser

Vorwurf entbehrt jeglicher Grundlage. Er ist einfach, Herr Kummer und auch Frau Dr. Klaus, böswillig, weil er verlogen ist, weil es so einfach nicht stimmt. Was ist denn passiert? Es sollen Forstobjekte verkauft werden, seit Jahren eine Selbstverständlichkeit in diesem Land, eine Aufgabe, mit der wir uns schon seit Jahren beschäftigen, Frau Dr. Klaus und werte PDS. Es ist eine Selbstverständlichkeit seit Jahren. Es handelt sich hier um 31 Forstobjekte, der Herr Minister hat es angesprochen, die zum Teil in einem unsanierten oder teilsanierten Zustand sind. Sechs sind überhaupt nicht bewohnt. Er hat es gesagt.

Was ist denn die Wahrheit? Ein Großteil dieser Liegenschaften sollte schon in der Vergangenheit verkauft werden. Deswegen vielleicht auch einmal eine Frage an das Hochbauamt. Natürlich die Werteschätzung durch das Hochbauamt war wesentlich zu hoch, so dass sie überhaupt noch nicht verkauft werden konnten. Ein Problem, mit dem wir uns schon seit Jahren herumstreiten, allein wegen der Forstobjekte.

Nun zum Kauf durch die Sächsische Grundstücksauktions AG: Frau Dr. Klaus, das ist eine Selbstverständlichkeit von vielen Institutionen im Freistaat Thüringen, von Landkreisen oder von Kommunen. Da ist nichts Anrüchiges dabei, denn das ist immer normal. Noch etwas: Dieser Verkauf ist besonders gründlich vorbereitet worden. Insgesamt wurden 85.000 Auktionskataloge verschickt und damit bundesweit ca. 250.000 Kaufinteressenten erreicht. Für die 31 Forstobjekte sind an die 2.190 Exposé-Anforderungen eingegangen, für 27 Forsthäuser liegen insgesamt 124 schriftliche Mindestangebote vor. Das ist ein nackter eindeutiger Fakt. Das ist das geschäftliche Gebaren. Aber Ihre Frage ist ja: Wie ging man denn mit den Forstbediensteten oder mit den Mietern in diesen Häusern um? Das ist ja das, was Sie hier suggerieren wollen, dass hier unsozial mit ihnen umgegangen worden ist. Fakt ist, dass mit allen Forstbediensteten und Mietern ausreichend und breit diskutiert und gesprochen worden ist.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Das sehen wir vollkommen anders.)

Da bin ich mir sicher. Dann bringen Sie mir bitte die Forstbediensteten und die Mieter, mit denen nicht gesprochen worden ist. Und merkwürdigerweise, der Berufsstand, die Berufsvertretung, die eigentlich immer protestieren, hat in der Frage nicht protestiert. Jedenfalls die Forstbediensteten und die Mieter waren breit einbezogen. Wenn bei dem Gespräch ein Mieter oder ein Forstbediensteter Interesse an dem Kauf seines Hauses hatte, in dem er wohnte, ist er zurückgestellt worden. Die sind gar nicht mit auf die Liste gekommen. Denn die sind dabei für die 54 anderen Objekte, die dann verkauft werden durch eine öffentliche Ausschreibung. Diese Ausschreibung soll kleinräumlich geschehen, weil die entsprechenden Mieter oder Forstbediensteten sich dann mit beteiligen können. Es ist dann möglich, dass man in das Höchstgebot einsteigen kann. Das ist ein ehrliches und

fares Angebot gegenüber den Forstbediensteten und gegenüber den Mietern. Das wird von denen auch so anerkannt, weil ich einige Beispiele kenne, die mit dieser Frage umgegangen sind. Deswegen bei diesem Verfahren, wo alle Beteiligten breit eingebunden sind, von sozialer Unverantwortlichkeit zu sprechen, ist einfach unanständig. Die Ehrlichkeit, das muss ich ganz ehrlich sagen, das ist so wie immer oder wie meistens, die ist Ihnen dann wieder abhanden gekommen.

Noch etwas: Zur Seriosität gehört auch, dass der in der Boulevardzeitung angegebene Preis, und letzten Endes berufen Sie sich ja auch darauf, Frau Dr. Klaus, für das jeweilige Forsthaus der Auktionseinstiegspreis ist. Man weiß auch, dass von einer wesentlich höheren Wertschöpfung ausgegangen werden kann. Das ist ja das Ziel und das kann auch erreicht werden. Es kann sich auch jeder daran beteiligen. Bei all den von mir vorgebrachten Argumenten haben Schlagzeilen, wie "Thüringen muss seine schönsten Forsthäuser verschleudern", nichts mit der Realität zu tun.

Wissen Sie, Herr Kummer oder die PDS, es ist heute Vormittag schon einmal angesprochen worden, wenn Sie wieder mit den Ängsten gerade älterer Menschen hier Schindluder treiben - das betrifft das Ehepaar aus dem Forsthaus Kranichfeld -, ich frage Sie klipp und klar: Im Mietvertrag der Mieter im Forsthaus Kranichfeld steht eindeutig: Mit Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses endet auch das Mietverhältnis. Mit Eintritt in das Rentenalter bemühen sich beide Mietparteien um anderen angemessenen Mietraum. Der Eigenbedarf wurde bisher nicht geltend gemacht, weil der jetzige zuständige Revierförster in einem Eigenheim wohnt und das dortige Revier bewirtschaftet. Deswegen ist das Ehepaar von dieser Entscheidung nicht vollkommen unvorbereitet getroffen worden. Dann sage ich Ihnen noch einmal das eine. Jeder Forstbedienstete weiß klipp und klar, wenn sein Dienstverhältnis endet, endet auch das Mietverhältnis. Und wer hier etwas anderes behauptet, der lügt und der verkündet hier einfach falsches Zeug. Ich sage Ihnen auch ganz eindeutig, Herr Kummer, diese Verhaltensweise ist eine Selbstverständlichkeit für die Forstbediensteten. Denn die Häuser, entweder werden sie verkauft, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, oder sie werden für den weiteren Forstdienst benötigt, wenn das Revier oder das Forstamt bewirtschaftet werden muss. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, der Antrag der PDS läuft ins Leere. Auf die populistische Argumentation der Frau Dr. Klaus möchte ich gar nicht mehr eingehen.

Trotzdem möchte ich noch einmal zum Schluss zu einer Bemerkung kommen. Es wird ja immer wieder von der Opposition, sowohl von der PDS als auch von der SPD, der Versuch gemacht, dem Landwirtschaftsminister, der ist ja auch Forstwirtschaftsminister, zu unterstellen - das hat ja gerade Frau Dr. Klaus versucht, und das ist ein ganz untauglicher Versuch, den Sie schon oft unternommen haben -, dass er sich nicht sozial gegenüber seinen Be-

schäftigten verhalten und diese ausreichend vertreten würde. Ja, das war immer so.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Das wird auch immer so bleiben.)

Das ist immer so. Und da können Sie noch so schäbige Vorwürfe machen, sie werden immer wieder ins Leere laufen.

(Beifall bei der CDU)

Denn allen in der Öffentlichkeit ist bekannt, gerade unter den Forstbediensteten, das Engagement und der Einsatz des Ministers für die Bediensteten - und das sage ich Ihnen, Frau Dr. Klaus ganz ehrlich -, das ist ein ganz besonderer menschlicher Vorzug von ihm.

(Beifall bei der PDS)

Der fehlt manchem, wenn er sich damit beschäftigt. Das wissen draußen auch die Forstbediensteten, deswegen schätzt man ihn auch und deswegen wird er auch so akzeptiert. Das werden auch diese - und ich sage es ganz ehrlich - absurden Anträge von der PDS, weil das ein wirklich untauglicher Versuch ist, hier dem Minister unsoziales Verhalten zu unterstellen, nicht bewirken. Ich rate der PDS, kommen Sie endlich davon weg, dass Sie glauben, dass Sie ein Hort oder eine Instanz der Gerechtigkeit sind. Das bilden Sie sich nur ein. Wissen Sie, was Sie sind? Sie sind ein Konglomerat von Populisten und mehr nicht. Genau dieser Antrag ist ein populistischer Antrag. Und deswegen lehnen wir ihn ab, weil er mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Kummer, Sie haben das Wort. Bitte.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nach dem Beitrag von Herrn Wunderlich muss ich natürlich zuerst einmal kurz darauf eingehen. Ich werde dann aber im Laufe meines Redebeitrags noch mehrere Dinge dazu bemerken. Zuerst einmal, Herr Wunderlich, würde mich schon interessieren, wo Sie denn den Mietvertrag von Herrn Thieme herhaben. Denn meiner Ansicht nach unterliegt so etwas auch dem Datenschutz. Ich möchte Ihnen aber aus einem Schreiben des Forstamts Kranichfeld an den Herrn Thieme, das er uns zur Verfügung gestellt hat, etwas vorlesen, gerade zu diesem Mietvertrag. Da steht etwas anderes drin, als das, was Sie hier gesagt haben. Hier steht nämlich: "Wenn Sie nicht mitbieten wollen oder nicht den Zuschlag erhalten, so ist dafür gesorgt, dass Ihr Mietverhältnis auf den neuen Eigentümer übergeht nach allen mietrechtlichen Bestimmungen und üblicherweise ab dem Monatsersten

nach der vertragsgerechten Bezahlung, also frühestens ab dem 01.12.2003."

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Das ist doch korrekt.)

Hier ist also nicht die Rede davon, dass dieses Mietverhältnis ausgelaufen wäre. So viel dazu.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Das ist doch seit fünf Jahren schon ausgelaufen.)

(Unruhe bei der CDU)

Und nun zu meinem Redebeitrag. Meine Damen und Herren, am 17.11.2003 um 12.00 Uhr geht es los im Viktors, 500 m von hier. Die Versteigerung Thüringer Immobilien findet hier statt. Einige hundert Menschen werden in der Hoffnung, dort ein Schnäppchen zu machen, auch entsprechend mitsteigern. Aber es wird natürlich auch noch andere Hintergründe des Steigern geben, man wird auf Immobiliengeschäfte hoffen und der eine oder andere möchte vielleicht auch ein Häuschen kaufen in der Erwartung, dass er einen Eigenjagdbezirk gleich daneben erwerben kann.

(Heiterkeit bei der CDU)

Erstaunlicherweise wurde uns von einigen der Betroffenen erzählt, dass die meisten der Interessenten an den Häusern, in denen sie wohnen, sich mit "Grüß Gott" vorgestellt haben, also auch nicht unbedingt zu erwarten ist, dass es sich hier um Thüringer handelt.

(Zwischenruf Abg. Carius, CDU: ... Thüringer ...)

Niedrige Einstiegsgebote locken natürlich dazu, hier entsprechend mitzubieten. Ein Beispiel möchte ich vorlesen, das Beispiel in Tautenhain, das ist übrigens ein leer stehendes Forsthaus, "idyllische Lage am Ortsrand" steht im Katalog, Grundstücksgröße 4.569 m², zwei Wohnungseinheiten mit ca. 216 m², zwei Schutzräume im Kellergeschoss - man bekommt also einen integrierten ehemaligen Luftschutzbunker gleich noch mit - und die Bausubstanz ist solide. Mindestgebot 20.000 €, also das Einstiegsgebot zumindest ist wirklich ein Schnäppchen. Aber wie das bei Versteigerungen so ist, beim Einstiegsgebot wird es nicht bleiben - Herr Wunderlich, Sie sind schon darauf eingegangen -, es wird also, wenn sich dann die Steigerer erst in einen richtigen Rausch versetzen, um ein Vielfaches überboten werden - sollte zumindest meistens so sein. So weit ist alles normal.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Was ist normal?)

Nur am 17. und 18.11. handelt es sich eben um 31 Immobilien des Thüringenforstes, davon fünf leer stehende, die sie von mir aus versteigern können. Damit habe

ich kein Problem. Ich hoffe nur, das Geld kommt rein, das man sich erhofft, weil es ja sonst vielleicht den Rechnungshof interessieren könnte. 26 dieser Immobilien sind jedoch vermietet und damit haben wir eben ein Problem. Wie das vonstatten geht und zu dem, was Sie hier gesagt haben, Herr Wunderlich, wie im Vorfeld mit den ehemaligen Bediensteten gesprochen wurde, möchte ich Ihnen auch noch aus diesem Brief aus dem Forstamt Kranichfeld vorlesen. "Bevorstehende Versteigerung Ihres von uns vermieteten Hauses - Sicherlich haben Sie auch in den Medien verfolgt, dass der Freistaat Thüringen dem Herzogshaus Sachsen-Weimar-Eisenach durch gerichtliche Einigung 15,5 Mio. € zu entrichten hat. Allein 11 Mio. € hat hierfür die Forstwirtschaft Thüringens aufzubringen und das geht zuerst über Hausverkäufe, anschließend über die Veräußerung unbewaldeter Immobilien und letztlich wird auch noch ein beträchtlicher Teil unseres eigentlichen Kapitals, des Staatswaldes, verkauft werden müssen, um diese Riesensumme aufzubringen. Insgesamt gesehen, mehr als eine bittere Pille, die wir Forstleute zu schlucken haben. In diesem Zusammenhang standen alle Forstgebäude auf dem Prüfstand und es wurden hiervon nochmals in einer Kommission beim Landwirtschaftsministerium Erfurt drei Dutzend Häuser ausgewählt, die noch in diesem Jahr versteigert werden sollen. Bedauerlicherweise müssen wir Ihnen mitteilen, dass auch das von Ihnen angemietete Forsthaus dafür mit ausgewählt wurde. Auf die Auswahl hatte unser Forstamt keinen Einfluss." So weit dazu, wie hier im Vorfeld Betroffene mit einbezogen waren. So war also die Information der Betroffenen.

Meine Damen und Herren, wir hatten eigentlich erwartet, dass es ein Vorkaufsrecht für die Mieter geben wird. Ein Vorkaufsrecht gibt es im Rahmen einer solchen Versteigerung jedoch nicht.

Meine Damen und Herren, die Mieter, die ihr Haus erwerben wollen, und wir wissen eben, dass es Mieter gibt, die ihr Haus erwerben wollen und auch unter den jetzt Betroffenen,

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Das konnten sie schon lange machen.)

die haben sich eben auch in dieser Hinsicht an uns gewandt.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Kummer, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wunderlich zu?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Am Ende.

Diese Mieter müssen sich also dem Procedere der Versteigerung unterziehen. Dazu gehört, dass sie zuerst eine

Bietungssicherheit in Höhe von 10 Prozent des ihnen unbekanntem Zuschlagspreises hinterlegen müssen. Anschließend werden dann bei der Versteigerung die Objekte aufgerufen, die spezifischen Daten verlesen, Mindestgebote aufgerufen, höhere Gebote mit einer vorher festgelegten Steigerungsrate per Handzeichen abgegeben. Meistbietende erhalten dann wie üblich mit dem dritten Hammerschlag den Zuschlag. Ich denke, dieses Verfahren ist für jemanden, der ein Haus, das über Jahrzehnte zum Teil sein Lebensmittelpunkt war, erwerben will, unwürdig. Und das besonders für ältere Menschen, um die es sich hier oft handelt, denn es handelt sich eben zum großen Teil nicht um aktive Bedienstete,

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Das ist logisch.)

die ein solches Procedere oft rein psychisch gar nicht aushalten. Deshalb möchte ich auch noch einiges zu den Mietern sagen. Was sind das für Mieter? Es sind eben oft ehemalige Mitarbeiter des Landesforstes, es sind deren Familien, es sind die Witwen von Mitarbeitern und, wie gesagt, ihnen droht der Verlust ihrer Wohnung.

(Unruhe bei der CDU)

Auch wenn natürlich das Bundesmietrecht gilt,

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Forsten: Na, sicher gilt das.)

aber, Herr Minister, Sie wissen ganz genau, dass es die Möglichkeit einer Eigenbedarfskündigung durch den Neuerwerber gibt. Und warum denn, bitte schön, soll jemand gerade auf den Gedanken kommen, ein idyllisches Forsthaus an einer Stelle, wo er nie wieder eine Baugenehmigung bekommen würde, zu erwerben, wenn er es nicht für den Eigenbedarf haben möchte? Ansonsten, wenn man über die Eigenbedarfskündigung diejenigen nicht rausbekommt, dann wissen wir ja, wie das sonst in dieser Branche üblich ist, über Dauersanierung und Ähnliches wird dann Stress hervorgerufen, dass die Mieter dann irgendwann doch gehen. Den Forstbediensteten hatte man ein humaneres Verfahren zugesagt. Hier hatte man gesagt, wir machen eine öffentliche Ausschreibung, anschließend habt ihr die Möglichkeit, in das Gebot des Höchstbietenden einzusteigen. Da gibt es auch 14 Tage Frist, wenn ich das richtig mitbekommen habe, in der man sich das überlegen kann und man sich bei seiner Bank das entsprechende Finanzierungsangebot machen lassen kann, so dass man hier auf der sicheren Seite ist, in Ruhe und gründlich überlegt hat und dann sagen kann, ich möchte das Haus kaufen, das mein Lebensmittelpunkt ist. Herr Minister, das ist die Regelung, die wir als vernünftig empfinden. Wir haben nichts gegen den Verkauf von Forsthäusern. Wir wollen aber eine vernünftige Regelung, wir wollen, dass die Menschen, die darin wohnen, wirklich die Möglichkeit bekommen, dieses Haus auch zu vernünftigen Bedingungen zu

erwerben, deshalb haben wir vorgeschlagen, dass gerade diese Verfahrensweise der Thüringer Landesliegenschaftsmanagement GmbH hier entsprechend auch auf diese vermieteten Forsthäuser angewendet wird. Das ist eine runde Sache. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen, damit nicht Menschen, die oft ihr Leben lang für dieses Land gearbeitet haben, im hohen Alter auf unwürdige Art und Weise ihre Wohnung verlieren.

Herr Minister, eins noch zu der Frage, dass es schon einen Vertrag gibt,

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Populistisch.)

aus einem solchen Vertrag kommt man auch raus, die Möglichkeiten dafür gibt es, allerdings würde es das Land ein bisschen Geld kosten. Das ist uns klar gewesen mit unserem Antrag. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Kummer, Sie hatten die Beantwortung der Nachfrage zugesagt. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Entschuldigung, das hatte ich vergessen.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Kollege Kummer, können Sie mir vielleicht einmal sagen, wer außer den Kranichfelder Mietern noch Beschwerden bei Ihnen eingelegt hat?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Wunderlich, das werde ich Ihnen eben gerade nicht sagen,

(Heiterkeit bei der CDU)

weil die meisten derer, die sich an die IG BAU gewandt haben oder die sich an unsere Fraktion gewandt haben, aus Gründen, über die Sie einmal deutlich nachdenken sollten, darum gebeten haben, dass ihre Namen hier rausgelassen werden. Ich möchte mit dieser Antwort auch keine Möglichkeit zu Spekulationen geben.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Nein, Herr Kummer, ich wollte doch nur die Anzahl wissen und nicht die Namen.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Wunderlich, ganz offensichtlich kommen Sie nicht noch mal zum Zuge.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Frau Präsidentin, das sehe ich auch so.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich sehe jetzt noch eine weitere Wortmeldung. Herr Minister Sklenar, bitte schön, Sie haben noch einmal das Wort.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Kummer, das Letzte weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU)

Sie suggerieren hier dem Parlament, dass wir Druck auf die Leute ausüben, dass wir sie Repressalien aussetzen, wenn Sie uns die Namen nennen. Das kann ich nicht verstehen und das weise ich mit allem Nachdruck zurück.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Das habe ich auch nicht gesagt.)

Das haben Sie auch gesagt und haben Sie auch gemeint.

Das Nächste ist, ich sage das hier noch mal, jeder weiß, der ein Forsthaus mietet, es steht in dem Mietvertrag drin, dass mit Beendigung des Arbeitsverhältnisses auch das Mietverhältnis endet und beide Parteien dann bemüht sind, etwas Vernünftiges zu finden. Sie können sich doch jetzt nicht hier hinstellen und so tun, als könnten wir das hier aushebeln. Wenn ich das gemacht hätte, hätten Sie mir vielleicht das nächste Mal vorgeworfen, ich breche das Recht, ich setze mich über geltendes Recht hinweg, um da irgendwas zu machen in dieser Richtung. Das geht doch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns schon an Recht, Gesetz und Ordnung halten. Zum anderen hatte ich ja klipp und klar gesagt, sechs Häuser sind leer, 22 sind fremdvermietet. Die müssten schon lange geräumt sein. Und nur in 3 Häusern sind noch Bedienstete drin. Da stellen Sie sich hier hin und tun so, als wäre das alles noch mit Bediensteten und eventuell noch mit ledigen Bediensteten dann bedacht.

(Zwischenruf Abg. Kummer, PDS: Das habe ich nicht gesagt, ...)

Es ist auch mit allen gesprochen worden. Das ist wirklich gemacht worden, das weiß ich. Es ist auch mehrfach - ich habe das auch in meinem Eingangsstatement schon gesagt - den Leuten angeboten worden, sich zu überlegen, ob sie nicht dieses Forsthaus erwerben möchten. Das nicht erst seitdem wir diesen Vertrag abgeschlossen haben, schon die ganze Zeit über geht das.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind schon viel länger aufgefordert, diese Häuser, die wir nicht mehr brauchen für unsere Bediensteten, die nicht mehr im Landesdienst stehen, doch dann bitte schön zu veräußern, weil diese Immobilien uns nur noch Kosten verursachen. Hier sind die Immobilien rausgesucht worden, die a) leer sind, b) nicht mehr von unseren Leuten bemietet werden und c) wo die höchsten Kosten in der nächsten Zeit auftreten.

Ich denke, gerade diese Variante der Versteigerung gibt uns die Möglichkeit zu sehen, was sind denn diese Immobilien nun tatsächlich wert und was können wir noch damit erreichen. Überall dort, wo wir wissen, dass diejenigen, die zurzeit drin wohnen, das Ganze gern selbst kaufen, selbst erwerben möchten, die sind alle in dem zweiten Paket der 54 Häuser, die jetzt vorbereitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Bitte, Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Das kann wirklich nicht anders sein, wenn einem solche Dinge unterstellt werden. Zuerst, Herr Minister, ich habe nicht gesagt, dass die Landesregierung oder dieses Parlament Druck auf irgendwen ausgeübt hätte. Ich kann Ihnen nur eins sagen, ich habe mit Leuten gesprochen und es war eben nicht nur Herr Thieme. Es waren auch andere, die gesagt haben, dass diese Betroffenen inzwischen in diesem Land die Erfahrung gemacht hätten, dass es nichts bringt, wenn man sich öffentlich zu irgendwelchen Sachen bekennt und dass sie lieber die Schnauze halten.

(Unruhe und Heiterkeit bei der CDU)

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt und Abg. Wunderlich, CDU: Das kann doch wohl nicht sein!)

Natürlich ist mir das gesagt worden und da brauchen Sie nicht drüber zu lachen. Ich finde, dass das eigentlich eine sehr traurige Geschichte ist, über die wir nachdenken müssen hier im Haus.

(Unruhe bei der CDU)

Die zweite Sache, Herr Minister, in Bezug auf die Mietverträge. Sie haben es hier auch noch mal ganz deutlich gesagt, über 20 dieser Häuser sind fremdvermietet. Diese Leute haben auch einen Mietvertrag, auch wenn es nicht Landesbedienstete sind. Gerade um diese Leute geht es uns eben auch. Wenn Sie mit diesen Menschen gesprochen haben, dann weiß ich nicht, warum sich diese Menschen nicht daran erinnern können. Zumindest ist uns das nicht gesagt worden. Vielleicht ist es auch schon eine Weile her, so dass man damals nicht erwartet hatte, dass die Häuser verkauft werden und deshalb kein eigener Kaufwunsch bestand, weil man davon ausgegangen ist, dass der Mietvertrag, der auch sehr günstig war - das muss man auch noch dazu sagen - weiterhin Bestand hat und dass man so als Mieter besser fährt. Aber letzten Endes hätte man, bevor dieses Haus dann auf eine Auktionsliste kommt, mit den Leuten noch mal reden und ihnen die Möglichkeit geben müssen, ihr Haus entsprechend zu erwerben. Das Interesse scheint es auf jeden Fall zu geben, sonst hätten sich die Betroffenen nicht an uns oder die IG BAU u.a. gewandt.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Kummer, lassen Sie noch mal eine Nachfrage zu.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Bitte.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Wunderlich.

Abgeordneter Wunderlich, CDU:

Herr Kummer, ich habe zwei Fragen: Haben Sie zur Kenntnis genommen, so wie es der Minister bzw. ich dargelegt haben, dass mit allen Betroffenen umfassend gesprochen worden ist und diejenigen, die bekundet haben, an dem Haus Interesse zu haben, auf die Liste nicht gekommen sind, sondern die sich dann bei dem zweiten Paket bei der öffentlichen Ausschreibung beteiligen können?

Meine zweite Frage ist: Kennen Sie den Stand der Vertreter des Berufsstandes z.B. BDF zu der Frage?

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Wunderlich, ich habe Ihre Meinungsäußerung vernommen, weil ich Ihnen auch zuhöre. Das ist bei uns so Sitte. Aber wenn wir von Betroffenen - und ich kann Ihnen von zwei Fällen auf jeden Fall sagen - aus Gesprächen erfahren haben, dass sie ihr Haus kaufen wollen, dass sie zu der Versteigerung hingehen werden. Wenn die mir gesagt haben, dass sie ein Interesse daran haben,

dann wundere ich mich, dass ihr Haus dann wohl doch nicht im Versteigerungskatalog steht. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Gentzel, Sie haben das Wort noch mal.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kummer, so geht das nicht. Unsere Fraktion war zu Beginn der Diskussion der Meinung, dass wir dem zustimmen können, was da von Ihrer Seite kommt. Wir müssen ganz einfach konstatieren, hier gibt es eine ganz klare Aussage des Ministers zu Mietverträgen und zu dessen Folgen. Sie halten dagegen diffuse Gespräche, die Sie mit irgendjemandem geführt haben, wo Ihnen irgendwas gesagt worden ist, wo Sie uns nicht mal sagen wollen, wer derjenige ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir können auf dieser Grundlage, von dem, was Sie hier angeboten haben, doch nun wirklich keine Entscheidung treffen. Hier ist klar gesagt worden, es geht nur noch um drei Leute. Hier ist klar gesagt worden, diese Mietverträge waren befristet. Jetzt frage ich Sie, was sagen Sie inhaltlich dagegen? Dazu äußern Sie sich überhaupt nicht. Ich möchte meine Fraktion bitten, nachdem das anders besprochen war, diesen Antrag jetzt abzulehnen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es noch weitere Wünsche zum Reden. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Dann schließe ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der PDS-Fraktion in Drucksache 3/3734. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei einigen Enthaltungen und etwas mehr Jastimmen ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 12.

Ich komme zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 13**

Umfang, Intensität und Finanzierung von Forschung und Technologieentwicklung 2004
Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/3735 -

Frau Abgeordnete Klaubert, Sie wollen diesen Antrag begründen. Bitte schön.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte den Antrag der PDS-Fraktion in der Drucksache 3/3735 begründen, der betitelt ist mit "Umfang, Intensität und Finanzierung von Forschung und Technologieentwicklung 2004".

Wir hätten ihn natürlich auch titeln können "Wann beendet die Thüringer Landesregierung die Pause in der Denkfabrik?". Aber wir sind ja seriös. Der Antrag ist zu verstehen als Reaktion auf die Beantwortung von Anfragen der Abgeordneten Dr. Kaschuba, Dr. Stangner und Huster durch Minister Reinholz während der 92. Plenarsitzung am 16. Oktober dieses Jahres sowie als Reaktion auf die Regierungserklärung von Minister Reinholz am darauf folgenden Tag. Ich kann mir vorstellen, dass er sich schon denken konnte, dass wir einen solchen Antrag nachschieben werden.

Der Antrag scheint deshalb notwendig zu sein, weil die Informationen der Landesregierung gegenüber dem Landtag in der erwähnten Plenarsitzung sehr, sehr kurz und vor allem unbefriedigend gewesen waren und weil wir konstatieren müssen, dass erstens die Landesregierung für die Forschungs- und Technologieförderung Bescheide zurückgezogen hat, zweitens Entscheide aussetzte, drittens erneute Evaluierungen und Entscheidungen durch die STIFT anordnete und damit Verzögerungen bei Entscheidungen und folglich auch Verzögerungen bei deren Verwirklichung erwähnte. So ist also der gegenwärtige Zustand in der Forschungs- und Technologielandschaft und wir mussten konstatieren, offensichtlich hat sich die Landesregierung eine Auszeit gegönnt, die sie damit begründet, dass die Haushaltssituation in Thüringen eine prekäre sei.

Das ist nun mehrfach festgestellt worden, wir verweisen aber auch in der Begründung unseres Antrags darauf, wie solche Situationen zu überwinden sind. Inzwischen wird immer wieder auf die STIFT als Prüfungsinstanz verwiesen, doch wir müssen feststellen, und das weiß wahrscheinlich auch jeder in diesem Haus, dass die STIFT keinerlei Kompetenz zum Landeshaushalt Thüringens besitzt. Weil der Thüringer Landtag der alleinige Haushaltsgesetzgeber ist, müssen die Probleme in diesem Bereich auf den Tisch des hohen Hauses und so ist unser Antrag auch zu verstehen. Die Landesregierung wird durch ihn aufgefordert, ihre Denk- und Handlungspause zu beenden, alle notwendigen Entscheidungen zu treffen, ob sie nun - die Finanzministerin ist nicht da - von der Finanzministerin zu treffen sind, vom Wirtschaftsminister zu treffen sind, der offensichtlich auch zuständigerweise für diesen Antrag heute reden wird, oder von der Wissenschaftsministerin, die sicher dieses Problemfeld aufmerksam beobachten wird.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Schuchardt, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, mir wird hier im Saal abgenommen, wenn ich sage, Kürzungen im Wissenschafts- und Forschungsbereich gefallen insbesondere mir nicht, und ich bin auch sehr unglücklich, wenn in einer neuen Studie, wie das vor einigen Wochen in den Medien veröffentlicht wurde, die "Initiative für soziale Marktwirtschaft" feststellt, dass Thüringen wie kein anderes Land in diesem Bereich abgefallen ist seit 1999. All dies kann mich aber nicht veranlassen, sehr kritische Worte zu dem hier vor ...

(Ausfall der Mikrofonanlage)

Frau Präsidentin, kann ich fortfahren?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Also, Technik ist doch ein bisschen störanfällig, aber das wird sich geben.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Frau Präsidentin, darf ich fortfahren?

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich bitte darum.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Meine Damen und Herren, ich führte aus, dass ich natürlich auch besorgt bin über den Einbruch der Forschungsfinanzierung. Gleichwohl, wenn die Abgeordnete Frau Dr. Klaubert hier eben die Bemerkung machte, wir sind ja seriös, dann muss ich doch etwas bitter lachen anhand dieses PDS-Antrags, der hier vorliegt. Ich habe ihn heute früh zum Frühstück noch mal auf dem Tisch gehabt und überflogen. Ich habe extra keine Milch in meinen Kaffee gegossen, damit sie mir nicht sauer wird angesichts dieses Antrags.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, SPD)

Und ich will Ihnen auch sagen, warum. Es hat drei Gründe. Der erste Grund, es hat was mit Haushalt zu tun. Ein Deckungsvorschlag, der dort von Ihnen erhoben wird angesichts der Forderung - er ist so schön, ich muss das einfach mal vorlesen: "Zur Verwirklichung dieser Ziele sollten alle zur Verfügung stehenden Finanzierungsquellen und Finanzierungsformen in Betracht gezogen werden." Meine Damen und Herren, das ist ein Finanzierungsvorschlag der dritten Art,

(Beifall bei der CDU, SPD)

das ist eigentlich das Schärfste, was ich bis jetzt so an Finanzierungsvorschlägen gehört habe.

(Heiterkeit bei der CDU)

Der zweite Grund, warum ich das nur ablehnen kann, und meine Fraktion wird diesen Antrag ablehnen, hat was mit dem Inhalt, mit sachlichen Gründen zu tun. Sie haben es offensichtlich in der Auseinandersetzung zum Nachtragshaushalt versäumt, hier entsprechende Anträge einzubringen und möglichst natürlich auch mit Deckung, was man von Ihnen ja nicht immer erwarten kann, siehe dieser vorliegende Deckungsvorschlag. Sie haben ganze 2,2 Mio. € in diesen Bereich investieren wollen beim Nachtragshaushalt, das ist genau die Summe, um die gekürzt wurde. Das heißt, Sie hätten mit Ihrem Antrag lediglich den niedrigen Stand von 2003/2004 festgeschrieben. Das ist nicht die SPD-Position. Wir wollen in diesem Zukunftsbereich mehr. Das heißt, wir müssten Ihren Antrag schon allein deshalb ablehnen, weil er sich z.B. auf das niedrige Niveau auch des Jahres 2002 bezieht.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Grund hat etwas mit dem Selbstverständnis dieses Parlaments zu tun. Es kann doch nicht sein, dass wir vor vier Wochen hier einen Nachtragshaushalt behandelt haben, wo Sie alle Möglichkeiten hatten, Ihre Vorstellungen alternativ zu anderen Projekten einzubringen. Und dann kommen Sie vier Wochen nach Verabschiedung des Nachtragshaushalts und bringen hier einen klassischen Änderungsantrag eines Haushalts ein. Denn wenn man von Ihrer Begründung mal absieht, die konkreten Forderungen - es ist ja eigentlich nur der Punkt 1 die Forderung, in Punkt 2 steht ja nur, die Landesregierung soll darüber dann später berichten -, es ist ein klassischer Änderungsantrag. Dazu hatten Sie Zeit, als der Nachtragshaushalt 2004 hier behandelt wurde und dort haben Sie anscheinend geschlafen. Dieser Antrag, meine Damen und Herren, kann so von uns nur abgelehnt werden. Wenn ich mich umsehe in diesem Plenarsaal, er hat ja nun, das wird ja niemand bestreiten, ein vernünftiges Niveau bekommen, ich würde mir wünschen, dass Ihre Anträge sich langsam dem Niveau dieses neuen Plenarsaals anpassen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es gibt noch eine Frage an den Abgeordneten Dr. Schuchardt von Frau Klaubert.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Ich gestatte diese Frage, selbstverständlich.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Ich möchte meiner Kollegin Frau Dr. Kaschuba nicht vorgehen, die ja dann zu einigen dieser Fragen sprechen wird, aber würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir in der von mir genannten Plenarsitzung einige Anfragen an den Minister gestellt haben und dort auch Antworten gegeben worden sind zur Finanzierung und zu ausstehenden Entscheidungen von Technologieprojekten in Thüringen

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Frage, Frage!)

- würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, damit begann das - und dass letzten Endes auch diese Entscheidungen auf dem Prüfstand stehen und Inhalt dieses Antrags sind, oder wollten Sie mit Ihrer Entgegnung auf diesen Antrag nur eine Diffamierung unseres Antrags vornehmen?

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das ist wieder eine Frechheit!)

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Frau Klaubert, in Ihrer Begründung steht ja eine ganze Menge. Wichtig ist, was Sie eigentlich in dem Antrag fordern. Da gibt es einen Punkt 1 und das ist ein klassischer haushaltsrelevanter Änderungsantrag, mehr nicht. Und dann gibt es einen Punkt 2 und der fordert die Landesregierung auf, dann zu gegebener Zeit über die Realisierung dieses Punktes 1 zu berichten. Das ist Ihr Antrag und dann kommt das Grüne dazu. Wir haben hier in erster Linie über das zu befinden, was Sie fordern, und das ist Punkt 1 und das ist Punkt 2. Und ich wiederhole: Mit Punkt 1 bleiben Sie meilenweit beispielsweise hinter den Forderungen der SPD, die mit Finanzierungsvorschlägen unteretzt waren, zurück. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. Im Übrigen finde ich es einen schlechten parlamentarischen Stil, dass man die Haushaltsdebatte versäumt an dieser Stelle entsprechend zu führen und stattdessen vier Wochen danach mit einem nachgeschobenen Änderungsantrag vorkommt, denn wenn Sie sich Ihren Punkt 1 ansehen, es ist ein klassischer Änderungsantrag des Landtags mit einem Deckungsvorschlag, ich habe es vorhin vorgelesen, der aus Wunsch und Wolke besteht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kretschmer, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kretschmer, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schuchardt, es ging mir mit dem Antrag genauso

wie Ihnen. Vielleicht liegt es auch daran, dass wir als Ingenieure einen anderen Blick auf solche Vorlagen haben. Frau Kollegin versuchte uns ja mit einer Bedienungsanleitung auf das Thema dieses Antrags in ihrer Begründung hinzuführen. Wissen Sie, Herr Ramelow ist nicht da, denn ich hatte mir hier oben draufgeschrieben, ob er überhaupt überlegt hat, was er da unterschrieben hat. Aber Herr Buse, da Sie ja zuständig sind für meine Beobachtung, vielleicht können Sie ihm das sagen, dass ich ihm die Frage stellen wollte, ob er sich überlegt hat, was er da unterschrieben hat.

Ich bin in etwa genauso herangegangen wie Herr Kollege Schuchardt - einfach Textanalyse. Ich habe mir jeden Satz angeguckt und habe mir überlegt, was wollen sie mit dem Antrag erreichen? Also, erster Satz: Die Landesregierung wird aufgefordert, ... im Jahr 2004 weiter zu fördern. Der Haushalt ist verabschiedet, Kollege Schuchardt hat es sehr deutlich gesagt. Man kann ja mit gutem Recht sagen, dass die Landesregierung das, was im Haushalt verabschiedet worden ist, auch ausführen wird. Beim zweiten Satz: Die Förderung soll sich an der Technologiekonzeption ... orientieren und insgesamt das Niveau der Vorjahre nicht unterschreiten. Auch dazu kann ich nur sagen: Wenn Sie das Niveau annehmen, zumindest ist der Haushaltsansatz 2004 mit 24,1 Mio. € über den Ist-Zahlen von 2002 und 2003. Ob das genügend ist oder nicht, da sind wir wahrscheinlich alle in einer ganz anderen Situation, aber die Haushaltsituation ist eben die. Und die Kommentierung zu Satz 3 hätte ich nicht besser bringen können, Herr Kollege Schuchardt, da schließe ich mich einfach nur an, da lasse ich meinen Teil weg. Was jetzt aber die Krönung ist, darauf sind Sie noch gar nicht eingegangen, die Krönung ist der Punkt 2. Wenn Sie das mal durchlesen, da wird geschrieben: Die Landesregierung wird aufgefordert, über das Vorhaben in der Plenarsitzung des Thüringer Landtags im Januar 2004 zu berichten. "Über das Vorhaben" - welches Vorhaben? Das steht ja nicht mal da. Es wird aufgefordert, über das Vorhaben vorzutragen. Also, meine Damen und Herren, das ist wirklich so dilettantisch, wie man es selten erlebt hat, so einen Antrag hier hinzulegen. Wie gesagt, da hilft auch die Bedienungsanleitung nicht mit anderen Titeln hin und her.

Es zieht sich im Übrigen wie ein roter Faden durch, denn, wie gesagt, in der Begründung, die dann dort steht, dass Sie mit der Regierungserklärung von Herrn Minister Reinholz nicht zufrieden sind, das ist sicher eine Einzelmeinung und vielleicht auch ein Vorurteil, aber wir sind immerhin fester Gewissheit, dass gerade zur Umsetzung der Technologiekonzeption mit den drei Hauptzielen Ausbau Forschungs- und Technologieinfrastruktur, Forschungsschwerpunkte, Kompetenzzentren und Förderung von Verbund- und Forschungsvorhaben sehr engagiert vorgetragen worden ist und eigentlich auch sehr gute Antworten gegeben worden sind.

Vielleicht zum Schluss: Das gemeinsame Empfinden, Herr Dr. Schuchardt, nicht nur im Land mehr Technologiemitel

zu nehmen, dass das im Augenblick auf Bundesebene stattfindet, da kämpft ja Herr Matschie nicht ganz erfolgreich, aber doch immerhin, er kämpft, wie ich sympathischerweise im "Spiegel" gelesen habe, aber die Kürzung, die in 2004 ansteht, wird wahrscheinlich auch gravierende Folgen hier in Thüringen haben, z.B. in Fragen des Hochschulbaus und anderer Vorhaben.

Aber zurück zum Antrag der Kollegen der PDS-Fraktion: Als Wirtschaftspolitiker möchte ich einfach noch mal in den letzten Satz hineingehen. Sie müssen schon mal den Sprachgebrauch nehmen. Sie wollen die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der kleinen und mittelständischen Unternehmen unterstützen, also selbst das ist schon mal ein Stockfehler; entweder sind es kleine oder mittlere Unternehmen oder es sind mittelständische Unternehmen. Überlegen Sie sich mal, was Sie geschrieben haben, klein- und mittelständische Unternehmen, das geht gar nicht. Das Einfachste wäre gewesen - wir waren ja schon so weit bei dem Versagen der Tontechnik, Freitag um eins macht jeder seins, deshalb wollte die wahrscheinlich schon aussteigen -, wie vorhin hier vorgeschlagen: Ziehen Sie ihn zurück und dann hat es sich. Es sei denn, und das hat ja Frau Dr. Klaubert angedeutet, Sie wollen etwas ganz anderes besprechen als das, was hier in dem Antrag steht. Für den Fall, Frau Kaschuba, kann ich schon andeuten, hält sich Herr Kollege Schugens bereit, weil in dem Teil, den Sie andeuten, er sich gut auskennt. Nur, wie gesagt, ich kann nur sagen, mit dem Antrag haben Sie das Thema dann verfehlt. Ich schließe mich dem Vorredner an, auch für meine Fraktion kann ich nur sagen, wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Als nächste Rednerin hat sich zu Wort gemeldet Frau Dr. Kaschuba, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, also der Spaß an der Sache ist, dass Sie einem hier immer wieder das Redemanuskript verderben, dieses Mal Herr Dr. Schuchardt und Herr Kretschmer. Sie können ja zu dem Antrag Ihre Meinung, so wie Sie sie hier gesagt haben, sagen. Herr Dr. Schuchardt meint, es wäre ein Antrag, der in die Haushaltsdebatte gehört hätte. Dort haben wir auch Anträge eingebracht. Sie haben unserem sogar zugestimmt, falls ich Sie erinnern darf.

(Beifall bei der PDS)

Zum anderen möchte ich aber auch sagen, das Leben geht weiter. Wir haben mittlerweile Anfragen an Herrn Minister Reinholz gestellt, die hat er beantwortet, daraus ergeben sich Fragen. Wir haben Gespräche geführt an verschiedenen Stellen, daraus ergeben sich weitere Fragen. Und

Sie haben den Staatssekretär für Forschung in Ihrer Partei, der Ministerpräsident für Thüringen werden will und da ist es natürlich ein bisschen unangenehm, wenn auf dem Gebiet Forschung, Wissenschaft, Technologie nicht ausreichend Mittel sowohl von der Bundesseite als auch von der Landesseite zur Verfügung gestellt werden, egal aus welchen Gründen. Bei Ihnen ist die Sache nicht anders. Ihr Ministerpräsidentenkandidat hat im Sommer dieses Jahres gesagt, er will Forschung, Innovation in Thüringen in besonderer Weise fördern. Schauen Sie in den Haushalt hinein, da wissen Sie, wie die Förderung aussieht. Das sagt Ihnen jeder an den Einrichtungen, die davon betroffen sind. Unser Antrag bezieht sich einfach, wenn hier steht "in den vergangenen Jahren". Wir hätten auch schreiben können "auf dem Niveau des Jahres 2001", wenn wir noch munterer gewesen wären, hätten wir schreiben können "auf dem Niveau des Jahres 1999", da sahen die Zahlen ganz anders aus, als sie jetzt aussehen, und daran kommen Sie auch nicht vorbei.

Herr Kretschmer, was Sie anbelangt, dass Sie mit den Erklärungen von Minister Reinholz in seiner Regierungserklärung sehr zufrieden waren, da sind Sie ein bescheidener Mensch. Ich zitiere, Frau Präsidentin, wenn Sie das gestatten, aus seiner Regierungserklärung, ich zitiere den Minister: "So ganz verstanden habe ich auch die Aussage, die Technologieförderung in den Vordergrund zu bringen, nicht. Warum müssen wir unbedingt immer mehr Autos und immer mehr Anlagen bauen. Der Automobilbau ist einer der technologieintensivsten Bereiche, die Deutschland überhaupt zur Verfügung hat." So weit der Minister.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Nein, da haben Sie ...)

Wenn der Minister bei Technologie- und Forschungsförderung das Wort Auto hört, dann fehlt ihm ein ganzes Stück, was in der Technologiekonzeption noch drinsteht. Da fehlen die Schwerpunkte Mikro- und Nanotechnik, Optik, Futonik, Biotechnologie - ich kann weiterzählen, das lasse ich jetzt, das kennen Sie alles selbst, Sie lesen das ja. Ich bin der Meinung, hier im Thüringer Landtag ist bis jetzt eigentlich immer in den Debatten relativ verantwortungsvoll über dieses Thema gesprochen worden. Das scheint am heutigen Tag nicht der Fall zu sein. Ich denke, auch der Wirtschaftsminister wird sich mit dem Thema über das Thema Auto hinaus und Weiteres befassen müssen, auch was die Einstellung von Mitteln und die Zukunftsausrichtung anbelangt. Ansonsten könnte man vielleicht zu der Schlussfolgerung kommen, dass bestimmte Kompetenzen, die diesen Bereich betreffen, nicht beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur liegen sollten,

(Beifall bei der PDS)

sondern vielleicht beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Aber dazu werde ich noch etwas sagen.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Beim Außenministerium.)

Ach was, wissen Sie, wir können noch ganz andere Vorschläge machen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das glaube ich.)

Wir können noch ein Umweltministerium einrichten, da haben wir dann wirklich die Möglichkeit, die Mittel auch nachhaltig einzusetzen. Das wäre alles gar nicht so schlecht. Also zu dieser Zuständigkeitsfrage will ich jetzt nichts weiter sagen, aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir der festen Überzeugung sind, auch nach diesem Haushalt, dass wir in Thüringen eine Innovations- und Gründungs-offensive brauchen. Um das jetzt einmal zu konkretisieren, das Thema Verbundforschung ist ja immer wieder benannt worden. Ich nenne noch einmal die Zahlen: 2001 im Planansatz 28,4 Mio., 2004 12,1 Mio. Das ist also weit über die Hälfte weniger und Sie wissen genau, welche Folgen das hat. Und genau in diesem Zusammenhang fordern wir Sie auf, Finanzierungsquellen und Finanzierungsformen in Betracht zu ziehen, die möglich sind, alle, und alle zu prüfen. Es muss doch geprüft werden, ob mehr Bundesmittel und Europamittel zum Einsatz kommen können. Wenn nicht, muss man sagen können, warum. Wo sind die GA-Mittel und EFRE-Mittel geblieben, die in einem Bewilligungsbescheid bereits gestanden haben? Wo werden Sie eingesetzt?

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Im Hochschulbereich.)

Vielleicht im Straßenbau, vielleicht im Straßenbau in Nordthüringen. Das ist alles möglich, muss nicht sein, kann aber sein. Diese Töpfe müssen für Forschung- und Technologieentwicklung ausgegeben werden, damit man in Thüringen wirklich zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft und daran kommen Sie nicht vorbei. Dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung für die deutsche Biotechnologie eine erneute Finanzspritze von 100 Mio. € zur Verfügung gestellt hat. Die sollen an kleine und mittlere Biotechnologieunternehmen gehen. Davon haben wir in Thüringen ausreichend. Unsere Frage ist: Wie nutzt die Landesregierung diese Möglichkeit? Das ist eine rein sachliche Frage, die wir beantwortet haben möchten, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der PDS)

Darüber hinaus hat Minister Clement angekündigt, einen Dachfonds für Beteiligungskapital in Höhe von 500 Mio. € aufzulegen.

(Zwischenruf Richwien, Staatssekretär: In Ankündigungen waren die immer groß.)

Damit soll also Beteiligungskapital für Gründungen, das Wachstum für Technologieunternehmen mobilisiert werden. Auch da haben wir die Frage: Wie beteiligt sich Thüringen an diesen Prozessen? Wir möchten also von der Landesregierung wirklich wissen: Welche Finanzierungsformen werden erschlossen, welche werden genutzt? Ich bin der festen Überzeugung, dass es Mittel und Wege gibt, um die angedachten Applikations- und Gründerzentren auf den Weg zu bringen und auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu finanzieren. Ich denke, dass es diese Möglichkeiten gibt, wenn man alle Möglichkeiten erschließt. Dabei bin ich an einem Punkt, den möchte ich hier nur marginal streifen. Das Medienapplikationszentrum in Erfurt scheidet ja bisher immer noch an allen möglichen Dingen. Minister Reinholz hatte einiges dazu gesagt. Es scheitert aber vor allen Dingen auch daran, weil sich prominente Bürger offensichtlich gestört fühlen und, ich denke, von solchen Dingen sollte man sich nicht berirren lassen, wenn man so eine Geschichte auf den Weg bringen will.

Ich möchte einiges zum Applikationszentrum in Ostthüringen sagen. Dort hatte der Minister gesagt - Herr Kretschmer, da stimmt Ihre Aussage nicht -, es muss geprüft werden auf die Wirtschaftlichkeit und auf die Effizienz, ob dieses Applikationszentrum und wann und wo und wie errichtet werden soll. Das ist die Aussage und keine andere. Die ist ja nun unmittelbar mit Geld verknüpft. Sie haben das nicht gemacht, aber der Minister hat das gemacht. Und da frage ich Sie, Sie haben kürzlich gesagt, Ihre Fraktion oder der Ministerpräsident oder wer weiß ich, der politische Wille der Landesregierung sei es, ein Applikationszentrum in Ostthüringen zu errichten, also ein Applikationszentrum für Präzisionskunststofftechnik in Thüringen zu errichten. Das ist gesagt worden. Sie haben das dann wieder zur Prüfung bereitgestellt. Es ist zurückgestellt worden. Dann gab es Aussagen, die Akteure müssen sich einigen. Die realen Prozesse sind aber, dass eine erweiterte Arbeitsgruppe der IHK sich positioniert hat. Die Standortanalyse liegt vor, das wissen Sie doch, Akteure haben ihren Bedarf angemeldet.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident)

Dann sagen Sie es doch hier, dass es nichts wird. Sagen Sie es laut und deutlich.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Sie dürfen die Welt nicht als Schwarz und Weiß darstellen, Sie müssen auch einmal die Tiefe darstellen.)

Na, Sie haben eben gesagt, der Verband der Kunststoffindustrie hat es abgelehnt. Die Frage ist: Was macht die Landesregierung - lehnt sie es nun auch ab oder bringt sie es auf den Weg?

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Wir prüfen es. Wir können es aber noch nicht ...)

Warum fallen Sie mir dann ins Wort? Ich will ja das sagen, was also tatsächlich von verschiedenen anderen Interessengruppen geprüft worden ist. Diese erweiterte Arbeitsgruppe der IHK hat sich dazu bekannt. Dann hat die Wirtschaft gesagt, das APT ist für sie attraktiv.

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Das glaube ich nicht.)

Sie hat noch zusätzlich einen Ausbildungsbedarf angemeldet für geeignete Fachkräfte, was ja auch für die Ausbildungseinrichtungen interessant ist, und die wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen haben auch gesagt, sie erwarten sich Synergien aus diesem Prozess. Darüber hinaus - Sie wissen ja, in Ostthüringen gibt es da verschiedene Interessenlagen, das kennen Sie ja besser als ich - hat es auch aus Sachsen und Sachsen-Anhalt von der Wirtschaft Interessenbekundungen gegeben. Das würde doch Ihrer "Initiative Mitteldeutschland" auch sehr entgegenkommen. Insofern finde ich, sollte man das auch anfassen und überlegen, ob man dort Geld einstellt oder nicht einstellt.

Nun möchte ich noch einige Worte zur STIFT sagen, weil das ja in diesem Zusammenhang eine große Rolle spielt. Ich hatte vorhin schon einmal gesagt, vielleicht gibt es ja auch bestimmte Kompetenzen, die sich nicht richtig zuordnen lassen. Also in der STIFT sind das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur vertreten, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ist vertreten, ein Bescheid wird herausgegeben, er wird zurückgegeben, Prioritätensetzungen werden festgelegt und dann passiert erst einmal ein halbes Jahr lang nichts, also bis zur nächsten STIFT-Sitzung wird ja offensichtlich erst einmal nichts geschehen, bis auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit geprüft worden ist. Wir könnten uns durchaus vorstellen, wenn der eigentliche Sinn der STIFT die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Technologieförderung erfüllt sein soll, dass man sich auch, was die Kompetenzen der Ministerien anbelangt, dort deutlich verständigt und vielleicht die Kompetenz wirklich dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst vorrangig zuordnet und dort auch die Mittel hingibt, damit die Förderung in eindeutiger Weise erfolgen kann. Ich könnte mir z.B. vorstellen - Sie wollen ja ohnehin noch einmal das Verhältnis LEG und STIFT diskutieren -, dass die STIFT Stiftungsprofessuren vergibt, dass sie sich um die Überführung von Forschungsleistungen in der Wirtschaft kümmert oder dass sie auch Drittmittelprojekte weiter fördert über befristete Zeiträume. Also ich denke, da ist schon viel möglich, sowohl was die Inhalte anbelangt, als auch was die Finanzierungen anbelangt. Ich denke, da kann man einiges machen. Insofern glaube ich, dass unser Antrag doch nicht so ganz dahin geht, und wir wollen ja eigentlich nur, dass Vorschläge gemacht werden, damit dieses Feld nicht wegbricht, dass es nicht immer weniger wird. Wenn die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die das Land gewollt hat, immer mehr auch in ihren Mitteln zurückgefahren werden, wir brauchen uns doch hier nicht

in die Taschen zu lügen, das ist der Bereich, wo man kürzen kann. Es gibt doch nur relativ wenige Bereiche, wo das Land überhaupt den Zugriff hat. Aber dann muss man sich doch darüber verständigen dürfen, wie man diese Situation verändern kann und da können weder Sie, Dr. Schuchardt, noch Sie, Herr Kretschmer, so tun, als wäre im Himmel Jahrmarkt und wir sind einfach nur dusselig. Wir wollen hier ein Problem diskutieren. Das ist die Frage.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD: Sie müssen das Problem diskutieren und nicht so einen komischen ...)

Ich denke, Sie haben heute Morgen schon ein paar Wahrheiten gesagt, die sehr unverträglich waren, für Sie

(Zwischenruf Althaus, Ministerpräsident: Das war vielleicht ein bisschen hart formuliert.)

unverträglich, Sie haben gestern offensichtlich nicht vertragen, dass Karl Marx in Thüringen auf Platz 1 gewählt worden ist. Das hat Sie heute ein bisschen vorangetrieben.

(Heiterkeit im Hause)

Entschuldigung, aber am späten Nachmittag muss das mal erlaubt sein. Also ich wollte wirklich auch noch einmal versuchen zu verdeutlichen, was wir mit unserem Antrag beabsichtigen. Wir hätten gern zu diesen Dingen eine Berichterstattung der Landesregierung im Januar und ich bitte um Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Danke.

Präsidentin Lieberknecht:

Frau Dr. Kaschuba, gestatten Sie eine Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Schuchardt?

Abgeordnete Dr. Kaschuba, PDS:

Aber sicher.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Frau Dr. Kaschuba, könnten Sie mir bestätigen, dass es ein gutes Stück parlamentarische Kultur wäre, wenn man zu einem Antrag, so wie er vorliegt, so wie er Punkt für Punkt dargelegt ist, auch genau zu diesem Antrag spricht, und dass es abwegig ist, einen Antrag zu stellen, der eine andere spezielle Sache verlangt? Der Hintergrund ist, dass man über etwas ganz anderes sprechen möchte. Können Sie mir bestätigen, dass es die bessere Kultur wäre, das in einen Antrag zu schreiben, was man eigentlich will?

(Beifall bei der SPD)

Abgeordnete Dr. Kaschuba, PDS:

Dr. Schuchardt, ich möchte jetzt nicht über kulturelle Fragen mit Ihnen diskutieren. Ich möchte nur sagen, dass unser Antrag den Sinn machte, und das steht ja auch drin, dass Forschung, Technologie und Wissenschaft in Thüringen ausreichend gefördert werden. Dazu ist es durchaus meiner Meinung nach auch im Sinne einer parlamentarischen Kultur möglich, zu den Inhalten, die dahinter stehen, etwas zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Schugens, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schugens, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werte Frau Kaschuba, ich denke, es ist schon richtig festgestellt worden: Der Antrag ist nicht nur ungenau, sondern der ist abzulehnen, weil er eigentlich nicht das, was Sie als Antworten erwarten, als Ziel definiert hat. Es ist eigentlich auch ein bisschen unehrlich, das ist gestern auch schon einmal in diesem Haus erwähnt worden, dass aus Ihrer Richtung Anträge kommen, die doch ein bisschen Unehrlichkeit haben. Sie haben es ja eigentlich gesagt, worauf Sie abzielen, das sind diese Zentren, einmal das Medienzentrum, zum anderen das Applikationszentrum, und Frau Kaschuba, Sie wissen aus unserer gemeinsamen Arbeit in der STIFT, dass die Dinge doch auf gutem Weg sind. Und zweitens, ich will es auch ganz deutlich sagen, ich vertraue der Landesregierung, denn der Herr Minister hat in seiner Regierungserklärung doch sehr deutlich gesagt, wo seine Ziele liegen: Ausbau, Forschung und technologische Infrastruktur, Forschungsschwerpunkte, Kompetenzzentren, Förderung von Verbund- und Forschungsvorhaben. Ich denke, das ist in den letzten 12 Jahren auch gut realisiert worden. Wir haben eine gute Struktur geschaffen. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn der Bund noch mehr Unterstützung geben könnte. Es sei aber auch dazu gesagt, dass die Mittel, die zur Verfügung stehen für diesen Bereich, in den letzten Jahren zum Teil nicht abgeflossen sind. Gerade das Jahr 2002 war ein kritisches Jahr. Das heißt, hier eine Forderung aufzumachen nach mehr Geld, das ist im Moment eigentlich gar nicht sinnvoll, wenn die Unternehmen, die genau mit solchen Verbundprojekten arbeiten könnten, nicht in der Lage sind aufgrund der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik. Zu diesen Infrastrukturprojekten bin ich sehr überzeugt, Frau Kaschuba, dass zumindest in Ostthüringen, und ich glaube, das hat die Landesregierung auch sehr ernst genommen und nimmt es ernst, eine Lösung geschaffen wird, auch wenn es heißt: zurückgestellt und der Prüfung unterzogen. Das zu Recht, denn die Wirtschaft ist sich dort nicht einig, was sie will. Das wissen Sie ganz genau. Ein großer Teil der Plasteerzeuger meint, das benötigt man nicht. Meine Über-

zeugung ist, dass man das benötigt, aber natürlich nur auf einem Bereich und das heißt Präzisionskunststofftechnik, denn die Präzision ist das, was wir brauchen und da haben wir auch noch Kompetenz in Thüringen und auch in Ostthüringen. Ich denke, hier wird sich die Stiftung und die Landesregierung mit einem solchen Thema beschäftigen und auch eine Lösung herbeiführen. Aber wann die Lösung kommt, ist ein ganz anderes Thema.

Eine zweite Geschichte in dem Zusammenhang ist: Es kann nicht Aufgabe der Landesregierung sein über die regionalen Querelen zu verhandeln. Frau Kaschuba, ihr Antrag muss abgelehnt werden, weil es erstens nicht richtig ist, dass die Landesregierung die Bremse angezogen hat. Genau das Gegenteil ist der Fall. Zweitens, Ihre Finanzierung ist unsolid, wie festgestellt wurde, und drittens, Ihr Antrag sollte das nächste Mal exakt gestellt werden. Ich bin der Meinung, wie der Wirtschaftsminister das hier ausgedrückt hat, wir werden auch weiter in Forschung und Technologie investieren und so die Zukunftsfähigkeit des Standorts Thüringen sichern. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort die Landesregierung, Herr Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Dr. Kaschuba, wir haben auch in der DDR-Schule schon gelernt, dass man Zitate vollständig wiedergibt und nicht das Ding aus dem Zusammenhang reißt.

(Beifall bei der CDU)

Ich lese Ihnen die Passage noch einmal vollständig vor, Frau Dr. Kaschuba. Priorität genießt die Verwirklichung der Projekte, die in der Technologiekonzeption als vordringlich eingestuft sind. Wir halten an der Realisierung der Projekte grundsätzlich fest, auch wenn es durch die angespannte Haushaltslage zu Verzögerungen kommen wird. So viel mal dazu.

Zu Ihrer Aussage, es passiert nichts: Frau Dr. Kaschuba, genau Sie haben im Kuratorium auch das beschlossen, was zurzeit passiert. Es passiert nämlich das, dass die Projekte hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit, hinsichtlich ihres Zeitrahmens, hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel noch einmal geprüft werden. Diese Projekte stehen nicht in Frage, sie stehen lediglich unter Maßgabe des Haushalts, der hier im hohen Hause auch beschlossen wurde. So viel zur Aussage, es passiert nichts.

Präsidentin Lieberknecht:

Sie gestatten die Nachfrage, Herr Minister?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Aber selbstverständlich.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, PDS:

Wir wollen das "Es passiert nichts" vielleicht wirklich ein bisschen relativieren, zumindest in den Punkten, die ich benannt hatte, wird geprüft. Aber Sie müssen doch zugeben, dass das Zentrum für intelligentes Bauen in Weimar durchaus weiter sein könnte was die Finanzierung angeht, und dass auch das Erfurter Zentrum bereits im Herbst dieses Jahres mit dem Bau beginnen sollte.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Sehr geehrte Frau Dr. Kaschuba, Sie wissen genauso gut wie ich, dass derzeit im Landesverwaltungsamt ein Verfahren noch zum Bebauungsplan dort oben an der Messe läuft. Dazu hat es gestern auch sehr umfangreiche Gespräche im Landesverwaltungsamt gegeben. Und solange ich dort oben kein Baurecht habe, kann ich es auch nicht bauen. Ad eins.

(Beifall bei der CDU)

Ad zwei, das Zentrum für intelligentes Bauen steht auch nicht in Frage, dazu gibt es sehr engen Kontakt zwischen Kollegin Schipanski und mir, und auch dafür ist eine Lösung in Sicht. Zum Thema APT in Ostthüringen, da bleibe ich bei meiner Auffassung. Die Herrschaften in Ostthüringen mögen sich bitte erst einmal finden. Es nützt mir nämlich nichts, wenn sie mir gemeinsam einen Brief schreiben, wir wünschen, dass der Herr Minister das entscheidet, und jeder Einzelne ruft mich an und sagt, pass mal auf, wenn du dich nicht für Altenburg entscheidest, dann gehen meine Leute nach Leipzig. Das ist auch kein Stil und ich weiß nicht wer den auch noch schürt.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

So, es gibt eine Nachfrage vom Abgeordneten Gentzel.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Herr Minister, Sie haben das Baurecht für das Applikationszentrum angesprochen und dass Sie deshalb wieder im Landesverwaltungsamt waren. Können Sie oder sind Sie im Augenblick ungefähr in der Lage eine Zeitschiene aufzubauen, wann es zu diesem Baurecht kommt?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Herr Gentzel, ich hatte vor einer knappen Stunde eine SMS auf meinem Handy, dass man heute Nachmittag dazu noch mit mir reden will. Der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt hat sich dazu mit der STIFT in Verbindung gesetzt nach dem Gespräch von gestern. Ich denke, ich werde da Neues erfahren.

Präsidentin Lieberknecht:

Es gibt noch den Wunsch zu einer weiteren Frage von der Abgeordneten Frau Dr. Klaubert.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Sie haben jetzt noch einmal auf das Applikationszentrum für Präzisionskunststofftechnik in Ostthüringen hingewiesen. Meines Erachtens ist übrigens nie von einem anderen Kunststoffzentrum in Thüringen gesprochen worden als Präzisionskunststofftechnik, ist das richtig so?

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Es hat zwischenzeitlich Veränderungen in der Konzeption dazu gegeben, nachdem sich der Verband der Kunststoffindustrie anders positioniert hat. Man ist nicht mehr davon ausgegangen Mikrospritztechnik dort allein zu beforschen, zu erweitern, Technologien dafür zu ergründen, sondern man wollte auch Oberflächen behandeln.

Abgeordnete Dr. Klaubert, PDS:

Wie ist denn der letzte Stand, der augenblicklich letzte Stand des Verbandes der Kunststoffindustrie dazu? Ich sage jetzt mal, ist zu erwarten, dass im Dezember in der Kuratoriumssitzung der STIFT eine Entscheidung fällt? Sie hatten die Finanzierungsquellen schon einmal genannt für dieses Ostthüringer Zentrum.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Das ist aber nicht das Thema des Antrags.)

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Ich beantworte die Frage trotzdem gern. Ich gehe davon aus, dass am 18. Dezember dazu eine Entscheidung fällt. Ich hatte gestern noch ein Gespräch mit der STIFT. Man ist auf gutem Wege eine entscheidungsfähige Unterlage vorzulegen.

Präsidentin Lieberknecht:

Noch eine Nachfrage?

(Zwischenruf aus dem Hause: Nein.)

Vielleicht kann man das ja auch einmal im Rahmen einer anderen Befassung noch vertiefen, für die, die da noch weiteren Bedarf haben.

Ich sehe jedenfalls keine weiteren Nachfragen und danke dem Minister. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen, so dass ich die Aussprache schließen kann. Es war der Antrag auf Überweisung gestellt worden, und zwar Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Wer mit dieser Überweisung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Da müssen wir die Gegenprobe machen. Danke. Enthaltungen? Dann ist der Antrag auf Überweisung mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung unmittelbar über den Antrag der PDS-Fraktion in Drucksache 3/3735. Wer dem die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Dann machen wir auch hier die Gegenprobe. Danke. Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann mit Mehrheit abgelehnt.

Damit schließe ich auch den Tagesordnungspunkt 13. Das war der letzte Punkt, den wir für heute auf der Tagesordnung hatten. Ich kann damit die heutige Plenarsitzung schließen und darauf hinweisen, dass wir uns am 11. und 12. Dezember 2003 zur nächsten planmäßigen Plenarsitzung wiedersehen, und weise noch einmal darauf hin, dass Morgen von 11.00 Uhr bis 15.00 Uhr dieser Plenarsaal auch für die Thüringer Bürgerinnen und Bürger offen steht. Wer sich daran beteiligen möchte, ist herzlich willkommen.

Ende der Sitzung: 15.45 Uhr

Anlage**Namentliche Abstimmung in der 95. Sitzung am
14.11.2003 zum Tagesordnungspunkt 11****Auswirkungen der geplanten Arbeitsmarkt-
reformen auf Thüringen**

Antrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/3733 -

hier: Entschließungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/3764 -

1.	Althaus, Dieter (CDU)	nein	47.	Michel, Harald (CDU)	nein
2.	Arenhövel, Johanna (CDU)	nein	48.	Mohring, Mike (CDU)	nein
3.	Bechthum, Rosemarie (SPD)	nein	49.	Müller, Dr. Alfred (SPD)	nein
4.	Becker, Dagmar (SPD)		50.	Nitzpon, Cornelia (PDS)	
5.	Bergemann, Gustav (CDU)	nein	51.	Nothnagel, Maik (PDS)	
6.	Böck, Willibald (CDU)	nein	52.	Panse, Michael (CDU)	nein
7.	Bonitz, Peter (CDU)	nein	53.	Pelke, Birgit (SPD)	nein
8.	Botz, Dr. Gerhard (SPD)		54.	Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
9.	Braasch, Detlev (CDU)	nein	55.	Pietzsch, Dr. Frank-Michael (CDU)	nein
10.	Buse, Werner (PDS)	ja	56.	Pohl, Günter (SPD)	nein
11.	Carius, Christian (CDU)	nein	57.	Pöhler, Volker (CDU)	nein
12.	Dittes, Steffen (PDS)	ja	58.	Primas, Egon (CDU)	nein
13.	Doht, Sabine (SPD)	nein	59.	Ramelow, Bodo (PDS)	
14.	Döring, Hans-Jürgen (SPD)		60.	Schemmel, Volker (SPD)	nein
15.	Ellenberger, Irene (SPD)	nein	61.	Schröter, Fritz (CDU)	nein
16.	Emde, Volker (CDU)	nein	62.	Schuchardt, Dr. Gerd (SPD)	nein
17.	Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	63.	Schugens, Gottfried (CDU)	nein
18.	Fischer, Dr. Ursula (PDS)		64.	Schuster, Franz (CDU)	
19.	Gentzel, Heiko (SPD)	nein	65.	Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
20.	Gerstenberger, Michael (PDS)	ja	66.	Sedlacik, Heidrun (PDS)	
21.	Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	67.	Seela, Reyk (CDU)	nein
22.	Grob, Manfred (CDU)	nein	68.	Seidel, Harald (SPD)	nein
23.	Groß, Evelin (CDU)	nein	69.	Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
24.	Grüner, Günter (CDU)	nein	70.	Sojka, Michael (PDS)	ja
25.	Hahnemann, Dr. Roland (PDS)	ja	71.	Sonntag, Andreas (CDU)	nein
26.	Heym, Michael (CDU)	nein	72.	Stangner, Dr. Isolde (PDS)	
27.	Höhn, Uwe (SPD)	nein	73.	Stauch, Harald (CDU)	nein
28.	Huster, Mike (PDS)		74.	Tasch, Christina (CDU)	nein
29.	Illing, Konrad (CDU)		75.	Thierbach, Tamara (PDS)	ja
30.	Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	76.	Trautvetter, Andreas (CDU)	
31.	Kaschuba, Dr. Karin (PDS)	ja	77.	Vogel, Dr. Bernhard (CDU)	
32.	Klaubert, Dr. Birgit (PDS)	ja	78.	Vopel, Bärbel (CDU)	nein
33.	Klaus, Dr. Christine (SPD)	nein	79.	Wackernagel, Elisabeth (CDU)	nein
34.	Koch, Dr. Joachim (PDS)	ja	80.	Wehner, Wolfgang (CDU)	nein
35.	Köckert, Christian (CDU)	nein	81.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
36.	Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	82.	Wildauer, Dr. Heide (PDS)	ja
37.	Kraushaar, Dr. Ingrid (CDU)	nein	83.	Wolf, Bernd (CDU)	nein
38.	Krauße, Horst (CDU)	nein	84.	Wolf, Katja (PDS)	ja
39.	Kretschmer, Thomas (CDU)	nein	85.	Wunderlich, Gert (CDU)	nein
40.	Krone, Klaus, von der (CDU)		86.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein
41.	Kummer, Tilo (PDS)	ja	87.	Zimmer, Gabriele (PDS)	
42.	Künast, Dagmar (SPD)	nein	88.	Zitzmann, Christine (CDU)	nein
43.	Lehmann, Annette (CDU)	nein			
44.	Lemke, Benno (PDS)	ja			
45.	Lieberknecht, Christine (CDU)	nein			
46.	Lippmann, Frieder (SPD)	nein			